Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg «GmbH.» Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Montag, 25. Juli 1927 | 7. Jahrgang * Nr. 172

Bürgerblock befiehlt — SPD. pariert

Hörsing muß zurücktreten — Die SPD. nimmt auch diese Ohrfeige hin — Nach Hörsing Severing?

(WTB.) Magdeburg, 24. Juli.

Oberpräsident Hörsing hat gestern früh sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

*

Halle, 25. Juli.

Der Vorsitzende des Reichsbanners, der sozialdemokratische Regierungspräsident von Magdeburg, Otto Hörsing, erließ am 18. Juli im Namen des Reichsbanners einen Aufruf zu den Wiener Kämpfen, dessen Zweck darin bestand, die Wiener Ereignisse zu einer Kommunistenhetze auszunützen. Wörtlich hieß es in dem Aufruf Hörsings:

„Reaktionäre und Kommunisten scheuen sich nicht, ihre Hoffnung auf bewaffnete Intervention ungarischer und italienischer Faschisten zu setzen . . . Die von Spitzeln durchsetzten faschistischen und kommunistischen Organisationen suchen auch in Deutschland Unruhe zu stiften (!) . . ."

In diesem Tone geht es weiter fort. Aber neben 99 Prozent Kommunistenhetze, Beschimpfung der Barrikadenkämpfer und Verherrlichung des Wiener Republikanischen Schutzbundes, neben den im Noske-Tone gehaltenen Warnungen auch in Deutschland Unruhen zu stiften, enthielt der Hörsingsche Aufruf auch einen kleinen Satz, der einen Seitenhieb gegen die klerikal-großbäuerliche österreichische Regierung enthielt. Dieser kleine Satz lautet:

„Die Hilflosigkeit der österreichischen Regierung hat das Unheil zu einer Katastrophe werden lassen."

Hilflosigkeit . . . Artiger hätte sich Hörsing wirklich nicht ausdrücken können. Nur aus Hilflosigkeit wurden die wahnsinnigen Befehle, Salve über Salve abgeben zu lassen, ausgegeben. Nur aus Hilflosigkeit wurden über 100 Arbeiter hingemordet und viele Hunderte schwerverletzt.

Und siehe, dieser Satz hat Hörsing den Kopf gekostet. Das Zentrum erhob ein ohrenbetäubendes Geschrei über die unerhörte Beleidigung der österreichischen Regierung. Die Bürgerblock-Regierung hat sofort ihrem „lebhaften Bedauern" über den Aufruf Ausdruck gegeben. Das Zentrum drohte mit dem Austritt aus dem Reichsbanner. Die deutschnationale Presse hetzte gegen die preußische Regierung, die den Aufruf Hörsings inspiriert haben soll und die sicher nicht wußte, wie sie zu dieser Ehre kam.

Dem Sonntags-„Vorwärts" war schon zu entnehmen, daß die preußische Regierung nicht zögern wird, dem Befehl des Zentrums sich zu unterwerfen und Hörsing zu opfern. So stand es im „Vorwärts" vom 24. Juli:

„Gewiß ist Hörsing kein Mann, der an seinem Amte klebt. Er wird leichter auf Amt und Würden eines Staatsdieners verzichten, als auf politisches Wirken im Dienste der republikanischen Idee."

Nach dieser halbamtlichen Ankündigung war vorauszusehen, daß der Rausschmiß Hörsings erfolgen muß. Es wird eine stürmische Heiterkeit hervorrufen, wenn die Sozialdemokratie den Rücktritt Hörsings damit begründet, daß er sich mehr seiner Tätigkeit im Reichsbanner zu widmen wünscht. Hörsing selbst hat auf der gestern abgehaltenen Reichskonferenz des Reichsbanners in Magdeburg mit jener plumpen Offenheit, wegen der seine politischen Freunde ihn als einen „Trottel" bezeichnen, die Gründe, weshalb er zum Rücktritt gezwungen wurde, mit aller Klarheit aufgezeigt. Es heißt im Bericht des Wolff-Bureaus über Hörsings Rede:

„Er wolle von seinem Posten als Oberpräsident zurücktreten, ganz besonders auch deshalb, um der preußischen Regierung keine Schwierigkeiten zu machen, und um alles aus dem Wege zu räumen, was den Bestand der Preußen-Koalition und die Beschaffung einer republikanischen Regierung im Reiche (d. h. Große Koalition. D. Red.) für die Zukunft gefährden könnte."

Die ganze Erklärung bestätigt, daß der Rücktritt Hörsings einen Sieg des Zentrums und der gesamten klerikal-faschistischen Reaktion, eine Ohrfeige für die Preußen-Regierung bedeutet.

Das deutsche Proletariat wird Hörsing sicher keine Träne nachweinen. Der Noske Mitteldeutschlands, der die Gunst der herrschenden Klasse durch seine schmachvolle Rolle im Jahre 1921 erkaufte, erhält jetzt den wohlverdienten Fußtritt von derselben Bourgeoisie, in deren Dienst er bereit war, die revolutionären Arbeiter hinmorden zu lassen. Ueber Hörsings Rolle im Klassenkampf besteht kein Zweifel.

Interessant und lehrreich bei der ganzen Angelegenheit ist nicht der Rücktritt Hörsings selbst, sondern die Art und Weise, wie er erfolgte. Das Zentrum schwingt die Peitsche, die Preußen-Regierung kuscht und gehorcht. Heute haben sie Hörsing geopfert, morgen werden sie andere sozialdemokratische Staatsbeamte opfern, um die Gunst des Zentrums nicht zu verscherzen.

Sie opfern wahllos Personen, Positionen, Grundsätze — alles, um in der Preußen-Regierung bleiben zu können. Sie werden vor allem die letzten Errungenschaften der Arbeiterschaft im Reiche preisgeben, um die Preußen-Koalition mit dem Zentrum und mit den Demokraten zu halten.

Das ist der Kurs der SPD.-Führer, das ist der Kurs der Reichsbanner-Führung. Hörsing soll sich jetzt ganz dem Reichsbanner widmen. In welchem Geiste, zeigt die Ankündigung, daß das Reichsbanner Vorbereitungen trifft, um — den 80. Geburtstag Hindenburgs in Würde und Ehren zu begehen.

Hörsing geht — Severing oder ein anderer kommt. An Stelle des mitteldeutschen Noskianers tritt der Vater der schwarzen Reichswehr. Nicht die Bourgeoisie, sondern das Proletariat soll die Hörsings wegjagen! Dann wird der Personenwechsel auch einen Systemwechsel bedeuten. Dann wird der Rausschmiß von Hörsing und Konsorten nicht einen Sieg des Bürgerblocks und eine Tragikomödie der schwarzrotgoldenen Lakaien der Bourgeoisie, sondern einen Sieg des proletarischen Klassenwillens herbeiführen.

Geheimkonferenz der österreichischen Sozialdemokratie

Hinter verschlossenen Türen — Die Mitgliedschaft darf über die Diskussion nichts erfahren — Keine Bestrafung der Schuldigen gefordert — Rechtskurs in der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs

Sonnabend trat eine zusammengeschobene Konferenz der SPDe. in Wien zusammen. Die Konferenz war geschlossen: bestelltes Vertrauensvotum war ihr Zweck. Da trotzdem eine stürmische Diskussion zu befürchten war, wurde der Mitgliedschaft die Beteiligung nicht gestattet. Ein schönes Beispiel für die Musterdemokratie dieser Musterpartei der 2. Internationale!

Das Referat hielt Otto Bauer. Nach der Diskussion wurde folgende klägliche Resolution angenommen:

„Die Parteikonferenz nimmt den Bericht des Parteivorstandes über die letzten Ereignisse zur Kenntnis und billigt die Beschlüsse, die Parteivorstand und Gewerkschaftskommission in den entscheidenden Stunden gefaßt haben. Die Parteikonferenz fordert die parlamentarische Fraktion auf, im Nationalrat folgende Forderungen zu erheben:

1. **Strenge Untersuchung darüber, wie es zu dem Blutbad in den Wiener Straßen gekommen ist.**
2. **Amnestie für die Verhafteten des 15. und 16. Juli.**
3. **Staatshilfe für die Hinterbliebenen der Opfer.**
4. **Niederschlagung der Prozesse gegen die Schutzbündler, die wegen der Schattendorfer Vorfälle angeklagt sind.**

Im übrigen läßt die Parteikonferenz der Sozialdemokratischen Fraktion freie Hand für ihre politischen Entschließungen."

Hieraus geht hervor, daß die Führer der österreichischen Sozialdemokratie nicht den Mut aufbringen, eine Bestrafung Schobers und der übrigen verantwortlichen Personen für das Blutbad zu fordern. Die Forderung einer Untersuchung ist gar keine Forderung, denn eine Untersuchung führen ja die Behörden — natürlich in ihrem Sinne — sowieso durch.

Diese Resolution ist eine erneute Kapitulation vor der bürgerlichen Klassenjustiz und vor dem Klassenstaat.

Ueber die innerparteiliche Krise in der SP. Oesterreichs bringt die gut informierte „Vossische Zeitung" vom 24. Juli folgende interessante Mitteilung:

„Heute begann in Wien eine außerordentliche Parteikonferenz der österreichischen Sozialdemokratie unter vollem Ausschluß der Oeffentlichkeit. Es ist aber bekannt, daß auf dieser Konferenz die Organisationsmängel, die bei den letzten Ereignissen zutage getreten sind, behoben werden sollen. In Zukunft soll es unmöglich gemacht werden, daß Nichtbevollmächtigte und unverantwortliche Leute die Arbeitsniederlegung und Straßenkundgebungen durchsetzen können. Auch im Republikanischen Schutzbund, wo einige Teile versplittert sind, dürfte eine neue Organisation durchgeführt werden.

Schließlich wird sich die Konferenz noch mit der vom Landbund aufgeworfenen Frage der Auflösung des Parlaments und der Ausschreibung von Wahlen befassen müssen. Da bei dem Wiener Aufstand wesentliche Meinungsverschiedenheiten in der sozialdemokratischen Partei entstanden sind und die große Mehrheit anscheinend gewillt ist, den radikalen Flügel, der zahlenmäßig nicht stark ist, in die Schranken zu weisen, dürfte von der heutigen Aussprache eine Läuterung innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie ausgehen, der über die Grenzen hinaus Bedeutung beizumessen ist."

Was die „Vossische Zeitung" „Läuterung" nennt, ist in Wirklichkeit der Kurs auf die Entfernung aller revolutionären Elemente aus der SPDe.! Rausschmiß und keine Läuterung!

Dieser Kurs der Wiener Sozialdemokratie ist eine selbstverständliche Folge der elenden Rolle, die die „linken" Führer in Wien spielten. Sie geben die wirklich links eingestellten sozialdemokratischen Arbeiter preis, um sich selbst halten zu können!

Vor einem Terrorurteil in Stuttgart

Festung wegen Flugblattverteilung

Wieder „Zersetzung der Schupo"

(WTB.) Leipzig, 23. Juli. **Der 35jährige Schriftsetzer Ernst Esser aus Köln hatte sich am Sonnabend vor dem Feriensenat des Reichsgerichts wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu verantworten. Der Angeklagte, der sich seit Mai in Untersuchungshaft befindet, soll im August vorigen Jahres in Köln an Schupobeamte Schriften zersetzenden Inhalts verteilt haben. Esser war Funktionär der Kommunistischen Partei in Köln. Das Gericht verurteilte Esser zu einem Jahr und sechs Monaten Festungshaft und 150 Mark Geldstrafe.**

Das ist wieder ein unerhörtes Terrorurteil. Nachdem erst kürzlich der Nürnberger Genosse Enderlein wegen Flugblattverbreitung gewerkschaftlichen Inhalts zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, zeigt das neue Urteil, daß die bayrische Justizpraxis im ganzen Reiche durchgeführt wird.

Diese Terrorurteile wegen „Zersetzung der Schupo" werden gefällt, um jede Fühlungnahme der Arbeiter mit den einfachen Schupobeamten zu verhindern. Gleichzeitig werden den Schupobeamten die elementarsten gewerkschaftlichen Rechte geraubt. Diese Terrorurteile, gerade jetzt, zeigen, daß die Bourgeoisie ihre Schupo mit militärischem Drill und wilhelminischen Methoden zum Bürgerkrieg vorbereitet. Die Arbeiterschaft muß gerade auf diese Zeichen ein scharfes Auge haben.

Stuttgart, 23. Juli. Eigener Bericht.) Die beiden letzten Verhandlungstage des Kommunistenprozesses waren angefüllt von den Plaidoyers der Verteidiger, des Genossen Obuch, Rechtsanwälte Bagnato und Heinz.

Rechtsanwalt Genosse Obuch führte aus, daß der Reichsanwalt Neumann vergeblich die Darstellung der kommunistischen Presse bestreite, daß sich der gegenwärtige Prozeß im Rahmen der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion bewege. Schon der Umstand, daß der Reichsanwalt Neumann überhaupt auf diesen Punkt eingegangen ist, ist ein Beweis dafür, daß sich die Justizbehörden durch die Darstellung der kommunistischen Presse getroffen fühlten. Genosse Obuch stellte dann fest, daß der Oberreichsanwalt mit keinem Wort auf die Rüstungen der faschistischen Staatsstreichverbände eingegangen ist und daß das Gericht alle Beweisanträge abgelehnt hat, die dem Zwecke dienten, die politische Atmosphäre im Herbst 1923 und 1924 zu beleuchten. Von diesem Gericht haben die Angeklagten, die die Abwehr der faschistischen Staatsstreichpläne wollten, allerdings nichts als ein Racheurteil zu erwarten. Es steht auch fest, daß bei jedem Angeklagten, der Mitglied der Kommunistischen Partei ist, das Urteil schon von vornherein gesprochen ist.

Auch die Verteidiger RA. von Bagnato und Heinz wiesen die Angriffe des Reichsanwalts aufs schärfste zurück.

Ueberraschenderweise sollen am Montag noch nachträglich einige Zeugen vernommen werden. Genosse RA. Obuch wird nochmals das Wort ergreifen. Man rechnet damit, daß das Urteil Anfang nächster Woche gefällt wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192707 25-15/fragment/page=0001

Antikriegstag in Hamburg

(Eig. Drahtm.) **Hamburg**, 25. Juli.

Unter außergewöhnlich großer Beteiligung der werktätigen Bevölkerung fand gestern der Antikriegstag der Kommunistischen Partei, verbunden mit dem roten Treffen des Roten Frontkämpfer-Bundes, statt. Der Vorbeimarsch der Massen zum gemeinsamen Sammelpunkt, dem „Stadtpark", dauerte länger als eine Stunde und bewegte sich ausschließlich durch proletarische und halbproletarische Viertel, in deren Straßen von der Arbeiterschaft beim Vorbeimarsch lebhafte Beifallskundgebungen entanstaltet wurden. Auffallend war die starke Beteiligung der Landbevölkerung. Im „Stadtpark" selbst versammelten sich um die Tribünen mehr als 45 000 Proletarier. In den Ansprachen kam ein starkes Kampfgelöbnis gegen die sich auch in Wien etablierende Konterrevolution und den Faschismus zum Ausdruck. Die Polizei hielt sich unter dem Eindruck des disziplinierten Aufmarsches stark zurück.

Genosse Pieck noch immer in Haft

Erzwingt die Freilassung!

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 25. Juli.

Die Meldung der gestrigen Berliner Sonntagspresse, wonach Genosse Wilhelm Pieck gegen eine Kaution von 3000 Schilling auf freien Fuß gesetzt worden sein soll, hat sich nicht bewahrheitet. Genosse Pieck befindet sich noch immer in Haft. Die deutschen und österreichischen Arbeiter müssen ihren Protest gegen die Verhaftung des Genossen Pieck verstärken, damit die Pläne der Schober-Polizei, den Genossen Pieck noch länger festzuhalten, durchkreuzt werden.

Nach Hörsing — Severing?

Wie die „Montagpost" berichtet, wird als Nachfolger Hörsings für den Magdeburger Oberpräsidentenposten der frühere preußische Innenminister Karl Severing genannt.

Reichsbanner ehrt Hindenburg

In der geschlossenen Beratung der Konferenz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gab der Bundesvorsitzende Hörsing Bericht über den Stand der Bundesgeschäfte. Er teilte u. a. mit, daß die nächstjährige Verfassungsfeier anläßlich des 80. Gedenktages der Frankfurter Nationalversammlung in Frankfurt a. M. stattfinden solle. Für die nächstjährige Bundesgeneralversammlung sei Hannover in Aussicht genommen. Zum 80. Geburtstage des Reichspräsidenten werde der Bundesvorstand dem Präsidenten Achtung und Ehrung aussprechen, „wie dem auf Grund der republikanischen Verfassung rechtmäßigen Präsidenten zukomme". Eine Beteiligung an von rechts geplanten Kundgebungen unter schwarzweißrot sei abzulehnen.

Deutsche Munition für chinesische Konterrevolution

(Eig. Drahtm.) **Hamburg**, 25. Juli.

Auf der Reede von Brunshausen hat der Hapag-Dampfer „Saarland" von dem Dampfer „Alster" der Kirsten-Reederei 150 Tonnen Pulver in der Nacht vom Sonnabend, dem 16. Juli, zum Sonntag, dem 17. Juli, übernommen. „Saarland" hat den Hamburger Hafen verlassen und ist nach Schanghai, Tschingtau und Hupe in See gegangen. Damit wird offiziell bekannt, daß die vornehme Hapag sich an Waffen-, Munitions- und Pulver-Transporten beteiligt. Ohne jeden Zweifel ist das Pulver, das ergibt sich schon aus der Reiseroute, für die dem Imperialismus und der Konterrevolution dienenden chinesischen Generale bestimmt.

Das Wohnungselend in Preußen

Der Amtliche Preußische Pressedienst veröffentlicht die ersten vorläufigen Ergebnisse der Reichswohnungszählung am 16. Mai, soweit sie sich auf 19 preußische Großstädte beziehen:

Danach wurden in Berlin insgesamt bei einer Bevölkerungszahl von 4 024 165 (nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung 1925) 1 212 491 bewohnte Wohnungen ermittelt. Die Zahl der Haushaltungen war jedoch größer; sie betrug insgesamt 1 301 638. Hiervon waren zweite und weitere Haushaltungen in einer Wohnung nicht weniger als 88 147. Von je 100 Haushaltungen insgesamt waren also zweite und weitere in einer Wohnung 6,85. Dieser Hundertsatz hält von den preußischen Großstädten ungefähr die Mitte. Den geringsten Prozentsatz hatte mit 4,01 die Stadt Barmen, den höchsten mit 9,59 Königsberg i. Pr., an zweiter Stelle Altona mit 9,58.

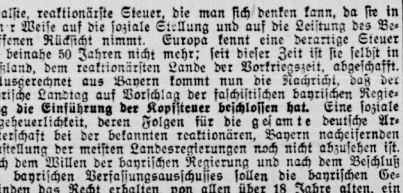
Die Zahl der leerstehenden Wohnungen ist, wie in allen Großstädten, auch in Berlin außerordentlich gering. Noch oder bereits vermietet waren am Stichtage 1296, zur Verfügung des Wohnungsamtes standen 1673. Baufällig waren 214, aus sonstigen Gründen nicht vermietet 700 Wohnungen.

Schon diese Zahlen zeigen, wie entsetzlich das Wohnungselend ist. Leerstehende Wohnungen sind kaum vorhanden. Zwei und mehr Familien hausen in den vorhandenen Wohnungen. Ueber deren Zustand wird kaum etwas gesagt, außer, daß in Berlin 214 Wohnungen baufällig sind. Vor allem aber wird die Größe der Wohnungen verschwiegen. Eine Wohnung im Sinne dieser Zählung ist auch ein einzelnes Zimmer. Es müßte noch festgestellt werden, soll die Zählung genau sein, wieviel von den Berliner 89 147 zweiten und weiteren Haushaltungen ,die in einer Wohnung wohnen, nur ein Zimmer als Wohnung benutzen. Darüber ist in dieser Zählung nichts gesagt.

Dafür hat auf Veranlassung des sozialdemokratischen Stadtrats Mulzki das Berliner Wohnungsamt alle diejenigen Wohnungsuchenden von der Wohnungsliste gestrichen, die an der Zählung sich nicht beteiligt hatten. Auf diese Weise beseitigt man allerdings am bequemsten die Wohnungsnot. Das ist auch der Sinn dieser Reichswohnungszählung. Sie soll das Wohnungselend nicht statistisch belegen, sondern soll durch möglichst günstige, wenn auch frisierte Zahlenergebnisse einen Vorwand mehr dazu liefern, den letzten Mieterschutz zu beseitigen.

Kopfsteuer — eine neue bayrische Errungenschaft

Wenn unsere völkischen „Pioniere" auszogen, um die Kolonialvölker mit den „Segnungen europäischer Zivilisation" zu beglücken, dann gehörte zu diesen Segnungen außer Schnaps und Spottis regelmäßig die Kopfsteuer. Eine Steuer, die, wie das Wort schon sagt, von jedem erwachsenen „Kopf", gleichgültig, ob es sich um Invaliden oder Erwerbslose, um einen reichen Agrarier und Ausbeuter oder um einen Arbeiter, der mit einem kärglichen Lohn kaum seine Bedürfnisse decken kann, handelt, einen bestimmten Tribut in gleicher Höhe einfordert. Es ist die ungerechteste, unsozialste, reaktionärste Steuer, die man sich denken kann, da sie in keiner Weise auf die soziale Stellung und auf die Leistung des Betroffenen Rücksicht nimmt. Europa kennt eine derartige Steuer seit beinahe 50 Jahren nicht mehr; seit dieser Zeit ist sie selbst in Rußland, dem reaktionärsten Lande der Vorkriegszeit, abgeschafft.



Ausgerechnet aus Bayern kommt nun die Nachricht, daß der bayrische Landtag auf Vorschlag der faschistischen bayrischen Regierung **die Einführung der Kopfsteuer beschlossen hat.** Eine soziale Ungeheuerlichkeit, deren Folgen für die gesamte deutsche Arbeiterschaft bei der bekannten reaktionären, Bayern nachsichtenden Einstellung der meisten Landesregierungen noch nicht absehen ist. Nach dem Willen der bayrischen Regierung und nach dem Beschluß des bayrischen Verfassungsausschusses sollen die bayrischen Gemeinden das Recht erhalten, von allen über 18 Jahre alten, ein eigenes Einkommen aufweisenden Einwohnern eine Kopfsteuer bis zu 6 Mk. im Jahre zu erheben.

Der innerbayrische Finanzausgleich, der den Gemeinden das notwendigste zur Aufrechterhaltung ihrer Verwaltungen und der Erfüllung ihrer sozialen Pflichten vorenthält, der die Gemeinden nunmehr auf den Weg der Kopfsteuer verweist, wurde von der bayrischen Regierung immer schon benützt, eine gehässige Stimmung gegen das Reich zu schaffen. Würde sie endlich darangehen, ihren ausschließlich zum Zwecke der Erhaltung monarchistischer Beamter über alles Maß aufgeblähten Regierungs- und Verwaltungsapparat abzubauen, dann könnte sie auch den Anforderungen der Gemeinden ohne derartige unsoziale Steuern gerecht werden.

Neben einer ausschließlich Wahldemagogie entsprungenen Bevorzugung bäuerlicher Gemeinden, für die die Erhebung der Kopfsteuern nicht in Betracht kommt, stellt diese Steuer aber auch einen Vorstoß gegen die Steuerhoheit des Reiches dar. Länder und Gemeinden können Steuern nur erheben, soweit nicht Reichsverfassung und reichsgesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Die Einkommensteuer steht ausschließlich dem Reiche zu. Gleichartige Steuern dürfen nicht erhoben werden. Die Kopfsteuer stellt aber im Prinzip eine derartige gleichartige Steuer dar und widerspricht damit dem klaren Wortlaut des Finanzausgleichsgesetzes.

Aber es ist bekannt, daß für Bayern Reichsgesetze nicht existieren, und daß es in seinem Bestreben, Reichsgesetze zu sabotieren, bei den Bürgerblockparteien stets Unterstützung gefunden hat.

Deutsch-polnische Industriekonferenz

Beim Reichsverband der deutschen Industrie ist ein Schreiben eingegangen, das den Besuch einer Abordnung von polnischen Industriellen in Berlin für Anfang Oktober ankündigt. Die Anregung zu dieser Zusammenkunft ist schon vor längerer Zeit von polnischer Seite ausgegangen. Auch hier nehmen nun, wie bei den Vertragsverhandlungen mit Frankreich und Japan, deutsche Privatkapitalisten die Verhandlungen in ihre Hände, um so zunächst einen privaten Ausgleich zu treffen, der dann die Grundlage für einen staatlichen Vertrag abgeben soll.

Die Streitpunkte zwischen beiden Ländern sind folgende: Deutschland will in einem stärkeren Ausmaße Fertigwaren nach Polen ausführen, die schwächere polnische Industrie fürchtet diese Konkurrenz und möchte der Einfuhr von deutschen Fertigwaren einen Damm setzen. Polen wiederum möchte in großem Umfange Lebensmittel und Kohlen nach Deutschland ausführen, diese Ausfuhr stößt aber auf Widerstände bei den deutschen Großagrariern und Schwerindustriellen. Die neuesten Zollerhöhungen auf Kartoffeln und Schweinefleisch beispielsweise haben direkt den Zweck, die polnische Lebensmittelzufuhr noch zu erschweren. Die deutsche Kohlenindustrie ist, wie sie ausdrücklich betont hat, nicht geneigt, Polen die Einfuhr von Kohle im Umfang der Kontingente vor Ausbruch des Handelskrieges zu bewilligen. Sie hätte auch nichts gegen eine Fortsetzung des Zollkrieges gegen Polen einzuwenden. Dagegen übt die deutsche Fertigindustrie, vor allem der niederschlesische Industriellenverband, einen starken Druck in der Richtung einer Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges aus.

Ein anderer wichtiger Streitpunkt ist die Frage der Niederlassung und Ansiedlung Deutscher in Polen. Das deutsche Kapital kontrolliert heute noch in direkter oder indirekter Form große Teile der ostoberschlesischen Industrie. Es möchte die hohen Verwaltungsstellen in diesen Unternehmungen mit seinen Leuten besetzen. **Polen hat nun eine ganze Reihe von Vorschriften erlassen,** die zur Ausweisung deutscher Reichsangehöriger geführt haben. Auf diesem Wege will Polen erreichen, daß die höheren Verwaltungsstellen in der ostoberschlesischen Industrie der polnischen Bourgeoisie bleiben. Deutschland will eine Abänderung dieser Erlässe und Gesetze, welche die Expansionstätigkeit des deutschen Kapitals in Polen, vor allem in Ostoberschlesien hemmen, durchsetzen. Ein Ausgleich zwischen den stark auseinandergehenden Interessen der beschiedenen Partner wird daher nur schwer zu treffen sein.

Diese Verhandlungen sind noch von ganz besonderer politischer Bedeutung. Das treibende Element, das einen Waffenstillstand zwischen deutschem und polnischem Kapital um jeden Preis erzielen möchte, stellen die englischen Imperialisten dar. Sie streben eine — wenn auch nur vorübergehende — Vereinigung der Differenzen zwischen Deutschland und Polen an, weil das eine der wesentlichen Voraussetzungen ist, die beiden Länder in die Front gegen die Sowjetunion einzugliedern.

Der faschistische Kurs in England

Am 21. Juli wurde im Unterhaus der Etat für Schottland beraten. Dabei kam es zu größeren Sturmszenen, als der stellvertretende Sprecher, ein Konservativer, Redner der Arbeiterpartei daran hindern wollte, das durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Elend in den schottischen Industriebezirken zu erörtern. Einer der schottischen radikalen Abgeordneten der Arbeiterpartei wandte sich auf diese Provokation hin heftig gegen die Konservativen. Er drohte, daß unter solchen Umständen Schottland, ähnlich wie Irland, Selbstverwaltung anstreben müsse. Sich an die konservativen Abgeordneten wendend, erklärte der schottische Radikale: „Die Stimmung im Lande ist reif dafür, um aus den Unterständen unseres Elends herauszukommen, um einen Sturmangriff auf Euch zu unternehmen. Wir sind bereit, Euch die Daumenschraube anzulegen."

Aehnliche radikale Worte fand man auf der Jahresversammlung der Transportarbeitergewerkschaft in Swansea. Der Sekretär Williams erklärte in seiner Eröffnungsrede, daß die Regierung Baldwin seit ihrem Bestehen nie ein anderes Ziel verfolgt habe, als die Gewerkschaftsbewegung zu vernichten. Die Regierung dürfe sich aber keinen Illusionen hingeben. Sie täte gut daran, wenn sie die jüngsten Ereignisse in Wien wohl bedenken würde. Diese seien eine Warnung dafür, daß es nicht geraten sei, sich an der Arbeiterbewegung zu vergreifen. Die englische Arbeiterbewegung sei am Ende ihrer Geduld angekommen. Sie werde alle Hebel in Bewegung setzen, um das Kabinett Baldwin zu stützen, auch wenn Gewalt erforderlich sein würde.

In derselben Zeit hat das Oberhaus, unbekümmert um diese leeren Proteste und Drohungen, die Bestimmungen des Gesetzentwurfs, betreffend die Trade Unions, angenommen und wird sie am 25. Juli in dritter Lesung beraten. Die konservative Regierung kennt ihre Pappenheimer, sie schert sich den Teufel um die „radikalen" Reden der Arbeiterparteiler, die ihr nichts antun können, sie weiß, daß diese „Radikalen" den Weg der außerparlamentarischen Aktion, der allein den faschistischen Kurs in England aufhalten könnte, nicht beschreiten werden. Die Konservativen gehen um so sicherer den Weg faschistischer Maßnahmen, als sie wohl wissen, daß sie bei einem Ausbruch der Massenempörung die gesamte Führung der Arbeiterpartei, einschließlich der Radikalen, an ihrer Seite finden werden.

Der Papst schreit Krieg

In der Geschichte der europäischen Völker hat die katholische Kirche jahrhundertelang einen unheilvollen Einfluß ausgeübt. Als die politischen Exponenten der katholischen Kirche haben die Jesuiten stets heran gearbeitet, deren Politik mit irgendeinem und irgendwann in der Welt auftauchenden reaktionären Kräften zu verbinden. Sie trieben dieses teuflische Spiel bis zu solcher Höhe, daß selbst das liberale Bürgertum sie mit Gewalt über die Landesgrenze jagte.

Heute, wo sich die Reaktion nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt in den verschiedensten Formen rüstet und sich verbindet gegen den Arbeiterstaat, gegen die Sowjetunion, fühlt auch Rom wiederum, daß seine Stunde naht, daß dasselbe Bürgertum, das einst in Rom den Herd der mittelalterlichen Reaktion sah, die reaktionären Kräfte Roms dringend benötigt zur Gehirnverblödung der Massen, zur Vorbereitung des imperialistischen Aufmarsches.

Rom fühlt sich als Herr der Situation. Der vorliegende Schulgesetzentwurf, das brutalste Konkordat, in dem die materiellen Forderungen der Kirche festgelegt werden sollen, nachdem den ideellen im Schulgesetzentwurf mehr als reichlich Rechnung getragen wurde, zeigen jedem Arbeiter eindringlich, wie stark sich die schwarzen Kuttenbrüder fühlen, wenn sie von der Bourgeoisie ein bedingungsloses Schlucken ihrer unverschämten Forderungen verlangen können.

Rom ist aber mit dieser im Interesse der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Macht notwendigen Unterwerfung der Bourgeoisie noch nicht zufrieden. Es fordert die Spitzenstellung innerhalb der Weltreaktion, es fordert, daß die kommende Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus als ein neuer Kreuzzug proklamiert wird, als ein neuer Kreuzzug, der neben der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Macht auch die Wiederherstellung der politischen Macht der Kirche, ihre Spitzenstellung innerhalb der imperialistischen Mächtegruppen für alle Zukunft sichern soll. Ein deutlicher Beweis dafür ist ein Artikel des Jesuiten Muckermann im Organ der Bayrischen Volkspartei, dem „Bayrischen Kurier", in dem dieser infolge seiner prominenten Stellung innerhalb der katholischen Kirche in der ganzen Welt bekannte Jesuit schreibt, nachdem er kurz die Bestrebungen innerhalb des Völkerbundes aufzeigte, eine bewaffnete Intervention gegen die Sowjetunion in die Wege zu leiten:

„Ist es nicht auffallend, daß man von Rom aus im gleichen Augenblicke, mit erneuter Eindringlichkeit vor dem Bolschewismus warnt, wo man in Genf sich sehr ausführlich mit der Abwehr bolschewistischer Propaganda beschäftigt hat?"

Im Interesse des Zustandekommens und des Zusammenschweißens der Antisowjetfront spricht dann der Jesuiter davon, daß gerade England und Deutschland „vom Bolschewismus besonders bedroht" sind, um dann in unverhüllter Anbiederung an die Reaktion dieser Staaten zu sagen: „Es ist . . . klar, daß Rom in Abwehr des Bolschewismus stärker ist, als die reine Humanität, wie sie von den Hauptvertretern in Genf vertreten wird."

„Zwangsläufig wird demzufolge nun eine starke Aenderung im Antlitz des geistigen Europas stattfinden. Das im Liberalismus einige Bürgertum wird nun für die nächste Zeit, wo es dem Bolschewismus gegenüber auf Leben und Tod geht, seine antirömischen Instinkte, die, nebenbei gesagt, zum größten Teil auf Mißverständnissen beruhen, hintan setzen müssen. Es wird nicht die geringste Lust verspüren, sich den stärksten Bundesgenossen im Kampfe gegen den Bolschewismus noch besonders zum Feinde zu machen. Es wird die alten Streitigkeiten fallen lassen, um erst einmal um seine Existenz zu kämpfen. Man kann diese stärkere Rücksichtnahme auf uns schon deutlich fühlen, und nur die ganz Blinden und ganz Unorientierten sind heute Kulturkämpfer wider Rom."

Muckermann ist sich seiner Sache sicher, er weiß, die Bourgeoisie kann sich den Luxus „antirömischer Instinkte" nicht mehr erlauben, sie wird Rom ideell und materiell entgegenkommen müssen, und das reaktionäre Schulgesetz ist wohl kaum mehr als der Anfang zu einer systematisch durchgeführten, gesteigerten geistigen Versklavung der gesamten Arbeiterschaft.

Hohenzollernsches

Zu den niederträchtigsten Gemeinheiten des ostelbischen Deutschland gehörte — und gehört zum Teil heute noch — der Gesindezwangsdienst: Der Gutsherr stellte den Grundsatz auf, daß die Söhne und Töchter „seiner Bauern" bei ihm und nirgends sonst in Gesindedienst zu treten hätten; höchstens wenn er sie nicht brauchen konnte, durften sie anderswohin gehen. So kam er zu billigen Arbeitskräften, die nicht zu mucksen wagten. Es war das eine Anmaßung wider Recht und Gesetz, denn unrsprünglich hatte das nirgends bestanden und wurde erst im 15. und 16. Jahrhundert von den Gutsherren eingeführt. Aber die Hohenzollern — und das ist eines ihrer historischen „Verdienste" ums deutsche Volk — zögerten nicht, die Anmaßung der Junker durch Brief und Siegel zu bestätigen und dadurch erst gesetzlich zu machen. Natürlich gegen hares Geld. Allen voran sieht hier der „Große" Kurfürst, der im Jahre 1653 als echter Landesvater die Rechte und die Freiheit der märkischen Bauern für elende 500 000 Taler an die Junker verkaufte.

Doch das ist lange her und längst vergessen. Das ist finsteres Mittelalter. — Sollte man meinen.

Aber nein! Diese trübe Erinnerung an die Hohenzollern ist immer noch lebendig vorhanden. Nicht umsonst haben wir unter den deutschen Vaterländern eines, das „Hohenzollern" heißt. Wohnt auch nur eine Handvoll Menschen dort — im ganzen Ländle nur 72 000, soviel wie in einem mittleren Berliner Vorort — die hohenzollernschen Traditionen werden dort gepflegt.

In der kleinen Ortschaft Bisingen in Hohenzollern gibt es eine Schuhfabrik W. Keller. Diese richtete vor Ostern 1927 (es heißt wirklich 1927, nicht etwa 1627) durch Anschlag am Schwarzen Brett „an alle Betriebsangehörigen"

„das dringende Ersuchen, ihre Söhne und Töchter, die zu Ostern aus der Schule kommen, in meiner Fabrik Arbeit nehmen zu lassen und dieselben nicht, wie dies seither vielfach der Fall gewesen ist, in anderen Fabriken, besonders der Trikot-Industrie, unterzubringen. Das gleiche gilt für die Betriebsangehörigen, von denen Schwestern oder Brüder schulentlassen werden."

Indessen, warum soll die Firma, wenn sie jugendliche Arbeitskräfte braucht, nicht an ihre Leute ein solches Ersuchen richten dürfen? — deshalb nicht, weil dieser Unternehmer zugleich **Zwangsmaßnahmen** androht und solche auch in Anwendung gebracht hat! In einem Nachsatz zu der Bekanntmachung „hofft" sie, die Arbeiter würden sie „nicht in die unangenehme Lage versetzen, **entsprechende Gegenmaßnahmen** zu ergreifen". Das war deutlich. In der Tat haben sich alle Arbeiter bis auf zwei einschüchtern lassen und ihre Töchter zum Zwangsdienst gebracht. Prompt wurden die letzten zwei zur Firma geladen, einer von ihnen ließ sich noch nachträglich überzeugen, der andere konnte nicht, weil er seine Tochter schon anderwärts untergebracht hatte. Dieser letzte bekam dann am 23. April die Kündigung, ausdrücklich wegen seiner Widerspenstigkeit „betreffs Ihrer Tochter".

Und was taten die Behörden? Schritten sie gegen den Firmeninhaber ein wegen versuchter und vollendeter Nötigung? (§ 240 des Strafgesetzbuches.) Das nicht. Die Sache kam nur vor das Arbeitsgericht. Dessen Richter bekam es fertig, in der Urteilsbegründung nicht etwa das Verhalten der Firma, sondern das des Vaters, der seine Tochter dorthin brachte, wo er es für richtig hielt, als einen „Verstoß gegen das Treueverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer" zu bezeichnen! Dabei wußte der Richter, daß nicht der Arbeiter, sondern der Unternehmer gegen das Gesetz verstoßen hat. Denn er mußte ihn trotz alledem zu einer Entschädigung verurteilen. Aber „angesichts dieses Umstandes", d. h. weil der Arbeiter nicht die schuldige Treue gehalten habe, wurde ihm nicht der gesetzliche Höchstsatz, sondern nur 300 Mk. Entschädigung zugesprochen.

Dieses „Treueverhältnis", das da ein hohenzollernscher Richter aufstellt, ist nichts anderes als eine Wiedergeburt der scheußlichen Leibeigenschaft oder wenigstens eines Stückes davon.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192707 25-15/fragment/page=0002

Finanzielle Mißwirtschaft der Amsterdamer

Ein Amsterdamer über Politik und Praxis der Amsterdamer Internationale

P. R. Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam) hält vom 1. bis 6. August seinen Kongreß in Paris ab. Die Situation, in der diese Tagung der europäischen Gewerkschaften stattfindet, wird gekennzeichnet besonders durch die fortwährend gesteigerten und zugespitzten Konflikte in der chinesischen und englisch-russischen Frage sowie durch Angriffe der internationalen Reaktion auf die Gewerkschaften. Eine solche Lage wie die gegenwärtige erfordert von einer internationalen Gewerkschaftsorganisation die unbedingte und offene Stellungnahme zu den wichtigsten Fragen sowie die Klarlegung der Aufgaben im Kampfe gegen den Imperialismus und die angriffslustige Reaktion aller Länder.

Die bisherigen Kongresse und überhaupt die Praxis des IGB. lassen keine Hoffnungen auf eine wirkliche Behandlung der für die Arbeiterklasse wichtigsten Fragen sowie der notwendigen Aufgaben zu. Und doch stehen die Fragen so, daß selbst reformistische Gewerkschaftsführer ihre Auffassung und eingehende Behandlung auf dem 4. Kongreß des IGB. fordern. Sie sind sogar im Zusammenhang damit gezwungen, die bisherige Tätigkeit der Amsterdamer Internationale zu verurteilen und — soweit es ihnen ihre eigene reformistische Einstellung noch erlaubt — bloßzustellen. So finden wir im „Gewerkschafts-Archiv" (Juli 1927) einen Artikel von Eduard Weckerle, einem Hilfssekretär der Amsterdamer Transport-Internationale, über „Die Aufgaben des 4. Internationalen Gewerkschaftskongresses", der voll von interessanten Schilderungen der Mißstände auf politischem und organisatorischem Gebiet ist. Da diese Aeußerungen eines Amsterdamer Sekretärs die größte Beachtung aller Gewerkschaftsmitglieder verdienen, sei hier eine eingehende Betrachtung des Weckerlschen Artikels vorgenommen.

Hören wir zuerst, was Weckerle über die **speziellen politischen** Fragen zu sagen hat.

1. **Zur Bekämpfung der imperialistischen Kriegsgefahr**, eine Frage, die gegenwärtig die allerwichtigste jeder Arbeiterorganisation sein muß:

„So gut wie vollständig still lag die Tätigkeit auf dem Gebiete der Antikriegspropaganda, die in 1922 mit dem Weltkongreß in Haag so pompös eingeleitet und für die durch besondere Sammlung seinerzeit ein Fonds von rund 200 000 Reichsmark gebildet worden ist. Der Bericht weiß in diesem Abschnitt nur auf den in 1924 stattgefundenen Antikriegstag hinzuweisen, dessen Durchführung aber den Landesorganisationen oblag. Daß in diesem Zusammenhange noch unerwähnt wird, der IGB. habe sich auf Grund eines in den Presseberichten der Sozialistischen Internationale erschienenen Artikels an den Völkerbundsrat gewandt mit dem Ersuchen, „genaue Erhebungen über die (auf dem Balkan) bestehenden Kriegsgefahren einzuleiten und alles zu tun, um einen Konflikt zu vermeiden", ist wohl reichlich naiv, aber auf solche Kunstgriffe zur Erweiterung des Berichtes stößt man des öfteren."

2. **Zur gegenwärtigen Kriegsgefahr** sagt Weckerle mit Recht, daß der IGB. es nicht bei bloßen Protesten belassen darf:

„Jedenfalls weiß der Tätigkeitsbericht darüber nur zu vermelden, daß dieses Komitee (Aktionskomitee gegen den Krieg) am 18. März 1926 in Amsterdam eine Sitzung abhielt, und daß die ausführlichen Besprechungen „fortgesetzt werden sollen".

Im Zusammenhang damit geht Weckerle auf die chinesische Frage und Amsterdam ein:

„Die Vorgänge in China trafen ihn (den IGB.) nicht nur vollständig unvorbereitet an, sondern bildeten für ihn eine förmliche Offenbarung. Auch heute noch scheint Amsterdam das notwendige Verständnis für die chinesischen Vorgänge zu fehlen. Wie schiefen dies aus gewissen Stellen des Berichtes, worin das Verlagen internationaler Hilfe an chinesische Gewerkschaften u. a. damit begründet wird, daß den eingetroffenen Berichten „nicht deutlich entnommen werden konnte, ob es sich um einen wirtschaftlichen oder politischen Konflikt handelte". Wer sich auch nur einigermaßen in die asiatische Welt hineindenken kann, der weiß, daß in diesen Ländern nationale und soziale Kämpfe ineinander übergehen, und daß jeder soziale Kampf der Arbeiter zugleich immer auch als ein nationaler erscheinen muß, wie umgekehrt auch jeder nationale Kampf, soweit er von der Arbeiterschaft getragen wird, zugleich eine eminente soziale Bedeutung hat. Der IGB. wird begreifen lernen müssen, daß solche spitzfindigen Unterscheidungen bei Bewegungen im fernen Asien, wie überhaupt in allen Kolonien, abwegig sind."

3. **Ueber die Solidaritätsaktionen des IGB.** im englischen Generalstreik und überhaupt schreibt Weckerle:

„Mag es zweifelhaft sein, ob die Gewerkschaftsbewegung des Kontinents wirklich imstande gewesen wäre, dem Großkampf in England durch praktisches Eingreifen eine andere Wendung zu geben, so steht jedenfalls unverrückbar fest, daß der psychologische Augenblick zur Durchführung einer großzügigen Geldsammlung für die englischen Gewerkschaften infolge der wirklichkeitsfremden, bureaukratischen Haltung der Amsterdamer Schaltäre für immer verpaßt worden ist."

4. **Scharf kritisiert werden die Beziehungen zwischen Amsterdam und Genf.** Weckerle sagt hierzu folgendes:

„Das Schicksal der Washingtoner Konvention über die Arbeitszeit, das ziemlich negative Resultat der jüngsten Internationalen Arbeitskonferenz und vor allen Dingen der herausfordernde Gegenangriff, der auf der 10. Arbeitskonferenz in der Frage der Gewerkschaftsfreiheit in Erscheinung trat, sind sinnfällige Beweise dafür, daß die Arbeiterbewegung von ihrer Mitarbeit in Genf nichts mehr erhoffen kann, dagegen aber vieles zu fürchten hat."

5. Zu den organisatorischen Fragen gewandt, geht Weckerle besonders auf die **finanziellen** Angaben im Tätigkeitsbericht des IGB. ein:

„Es wurden in den drei Jahren rund 600 000 Gulden ausgegeben. Hiervon entfallen u. a. auf Gehälter und Löhne 317 000, auf Verlag und Propagandaschriften 48 000, auf Reisekosten 30 000, auf Miete 45 000, auf Bibliothek und Zeitungen 3600 Gulden. Außerdem findet sich in den Ausgaben für 1925 ein Posten „Unterstützungen" mit 21 000 Gulden, und ein Posten „Bildungszwecke" mit 4600 Gulden, doch ist nicht ersichtlich, wie diese Beträge verwandt worden sind (!).

Wie man sieht, arbeitet der IGB. mit ganz ansehnlichen Summen, und man sollte darum schon erheblich mehr Leistungen erwarten müssen, als er in seinem Tätigkeitsbericht selbst zu vermelden weiß . . . Die Hälfte aller Ausgaben wird durch Gehälter und Löhne verschlungen und von dem Rest geht allein wieder ein Zehntel an „Reisekosten" darauf . . . 40 Mk. Tagesdiäten für Personen, die fast ohne Ausnahme gut besoldete Posten in der Gewerkschaftsbewegung bekleiden, sind entschieden zu hoch. Sie sind dies zumal in einer Zeit, in der so viele, die der Arbeitersache die Treue gehalten haben — wie die unzähligen geflüchteten oder in Verbannung geschickten Italiener —, große materielle Not leiden und vergeblich beim IGB. um finanzielle Unterstützung anklopfen müssen."

Ein interessantes Beispiel für die **propagandistische Tätigkeit** des IGB., das Weckerle anführt, sei hier noch erwähnt:

„Von der Lassenbachschen Broschüre „25 Jahre internationale Gewerkschaftsbewegung" sind in englischer Sprache ganze 90 und in französischer Sprache gar nur 40 Stück abgesetzt worden. Aehnlich niedrig sind die Verkaufsziffern der sonstigen Publikationen."

*

Diese finanzielle Mißwirtschaft im IGB. kann aber nicht — wie Weckerle und einige Anträge der Ländercentralen empfehlen — durch rein organisatorische Mittel behoben werden. Die Ursachen für die Mängel auf jedem Gebiete liegen tiefer. Sie sind eine Folge der reformistischen Theorie und Praxis, die eine bureaukratische Einstellung zu allen Gewerkschaftsfragen, mögen sie in rein finanziellen oder in Fragen der Solidarität, Propaganda usw. zu finden sein, bewirkt.

Die Aenderung der Politik des IGB. kann aber nicht herbeigeführt werden durch irgendwelche kritischen Anträge auf den Internationalen Gewerkschaftskongressen. In den einzelnen Ländern muß zuerst die Ablehnung der Arbeitsgemeinschaftspolitik und die Aenderung der Gewerkschaftspolitik im revolutionären Sinne von den breiten Mitgliedermassen erkämpft werden, um sie dann auch international durchzusetzen und ihr alle organisatorischen, finanziellen und sonstigen Aufgaben unterzuordnen.

Was jeder schon wissen müßte

(Meldg. d. Tel.-Ag. d. Sowjetunion.) **Moskau**, 22. Juli.

Die Berichte einiger ausländischer Blätter über einen Aufstand in der Ukraine sind frei erfunden. Weder in der Ukraine, noch in anderen Gebieten der Sowjetunion haben Aufstände stattgefunden. Da normale Leben ist nirgends gestört.

Die Parteischule der KPD. im Jahre 1927

Von **Hermann Duncker**

Die vorletzte Parteischule der KPD. war im Herbst 1923 abgehalten worden, fand aber durch die Vorflut der Oktoberereignisse ein vorzeitiges Ende.

Die Ruth-Fischer-Zentrale, die nach der Niederlage der Partei 1923 die Führung übernahm, hatte für systematische Propagandaarbeit nichts übrig. Die Kurs- und Schulungstätigkeit in der Partei wurde fast systematisch abgedrosselt.

Erst als nach dem Offenen Brief die Partei von der ultralinken Führung befreit wurde, als der Drang nach wirklicher Bolschewisierung die Genossen beseelte, mußte man erkennen, daß der Partei vor allem eine feste Basis marxistisch-leninistischen Wissens nottat, daß sie über einen ausreichenden Stab gut geschulter Funktionäre verfügen müsse. So hat nun endlich im April und Mai 1927 — d. h. nach dreieinhalb Jahren — wieder eine zentrale Parteischule stattgefunden.

Zur guten Durchführung der Schule bot die Auslese der Teilnehmer eine glückliche Grundlage. 42 Genossen waren aus dem ganzen Reiche zusammengezogen worden. 12 von ihnen kamen aus gewerblichen Betrieben, 16 waren Arbeitslose und 13 Parteiangestellte. Das Alter von ungefähr der Hälfte der Schüler bewegte sich zwischen 20 und 30 Jahren. Im Gegensatz zu früheren Parteischulen, auf denen immer noch einige Intellektuelle herumwimmelten, war diesmal ein **homogenes Kollektiv von Proletariern** geschaffen worden, das sich auch im kameradschaftlichen Zusammenhalt bewährte. Und mit Stolz dürfen wir feststellen: noch nie hat die Partei ein so vortreffliches Schülermaterial in einer Parteischule vereinigt! Die Lehrerschaft ist sicher mit nicht geringen Erwartungen an die Arbeit gegangen — aber von allen wurde die freudige Ueberraschung hervorgehoben, die jeder Lehrer angesichts der so außerordentlich wißbegierigen und ausdauernd mitarbeitenden Schülerschar empfing. Es war eine Lust, zu lehren, wie zu lernen!

Zum Erfolg der Schule trugen noch einige andere günstige Umstände bei. Vor allem war es gelungen, die Schule an einem großstadifernen Orte abzuhalten, wo auch die Schüler in einem Massenquartier untergebracht werden konnten. Die Schule stellte sich als völliges Internat dar. Dadurch war das Interesse der Teilnehmer einzig und allein auf das Studium konzentriert. Niemals hatten die Lehrer nötig, zum Fleiß anzuspornen, höchstens hatten sie Ursache zu bremsen, daß nicht von einzelnen Schülern zu wild darauflos gearbeitet wurde.

Zwei Monate dauerte die Schule. **Der Tagesplan** war der folgende: 9 bis 11 erstes Unterrichtsfach, 11¼ bis 1¼ zweites Unterrichtsfach. Nachmittags von 5 bis 7 Repetitionsstunden oder auch nur von ½5 bis 6 Uhr, und dann von 6 bis 7½ noch ein drittes Unterrichtsfach. Zu den Repetitionsstunden wurde das Plenum der Schüler, das sonst im Unterricht immer vereinigt war, in drei Abteilungen auseinandergezogen. Diese kleinen Seminare wurden dann in drei verschiedenen Räumen von den drei Hauptlehrkräften, die dauernd an der Schule tätig waren, geleitet. Doch wurde auch im Plenum der Unterricht wesentlich seminaristisch durchgeführt. Ständig wurden Fragen an die Teilnehmer, sei es an alle gemeinsam, sei es an den Einzelnen, gestellt. Natürlich brachten auch die Schüler ihrerseits Fragen vor. In den Repetitionsstunden war der Kontakt zwischen Lehrer und Schüler noch viel enger und zwangloser. Da kamen die Schüler mit allen Schwierigkeiten, die sie bei der Stoffbehandlung am Vormittag noch nicht überwunden hatten. Es wurden Kontrollfragen gestellt, bestimmte Detailprobleme ergänzt, vielleicht noch durch gemeinsame Lektüre befestigt und vertieft. Diese zum ersten Male auf der Parteischule 1923 durchgeführte Teilung in a) Unterricht im Plenum und b) Schulungszirkel in verkleinerten Abteilungen, hat sich auch diesmal außerordentlich bewährt. Die Schüler haben es sehr bedauert, daß in der zweiten Hälfte der Schuldauer infolge des sich drängenden Stoffes der Plenumunterricht auch in den Nachmittagsunterricht übergriff und zuletzt die Abteilungsarbeit fast ganz absorbierte. Für die Zukunft wird man daran festhalten müssen, daß im allgemeinen pro Tag nicht mehr als vier Stunden unterrichtet wird und daneben regelmäßig die zwei Stunden abteilungsweiser Repetition gesichert bleiben. Die übrige Zeit braucht der Schüler unbedingt zur privaten Wiederholung und Lektüre, sowie zur Anfertigung von kleinen schriftlichen Arbeiten.

Ungefähr aller zwei Wochen wurden auf der diesjährigen Parteischule den Schülern — im Plenum — noch eine Reihe Fragen aus den verschiedenen Unterrichtsgebieten zur sofortigen schriftlichen Beantwortung vorgelegt. Die Ergebnisse konnten durchweg als zufriedenstellend bezeichnet werden. Ueber jede Unterrichtsstunde wurde von den Schülern ein Protokoll verfaßt, das dann zu Beginn

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

47] **Jaroslav Hašek**

(Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner)

Während dieser Rede saß Oberleutnant Lukasch schon lange auf einem Stuhl, blickte Schwejk auf die Stiefel und dachte: „Mein Gott, ich rede ja auch manchmal solche Blödheiten und der Unterschied liegt nur in der Form, in der ich sie vordringe."

Nichtsdestoweniger, da er seine Autorität nicht verlieren wollte, sagte er, als Schwejk geendet hatte:

„Bei mir müssen Sie Stiefelputzen, Ihre Uniform in Ordnung halten, die Knöpfe ordentlich angenäht haben und müssen den Eindruck eines Soldaten und nicht irgendeines Zivillakels machen. Es ist merkwürdig, daß sich keiner von Euch militärisch benehmen kann. Nur einer von allen meinen Dienern hat ein kriegerisches Aeußere gehabt und zum Schluß hat er mir meine Paradeuniform gestohlen und in der Judenstadt verkauft."

Er brach ab und fuhr fort, Schwejk alle seine Pflichten zu erklären, wobei er nicht vergaß, nachdrücklich zu betonen, daß er treu sein müsse und nirgends erzählen dürfe, was zu Hause geschehe.

„Zu mir kommen Damen zu Besuch," bemerkte er, „manchmal bleibt eine über Nacht hier, wenn ich früh keinen Dienst habe. In so einem Fall bringen Sie uns den Kaffee zum Bett, wenn ich läute, verstehn Sie?"

„Melde gehorsamst, daß ich versteh, Herr Oberlajtnant, wenn ich unverhofft zum Bett kommen möcht, könnt es vielleicht mancher Dame unangenehm sein. Ich hab mir mal ein Fräulein nach Haus geführt und meine Bedienerin hat uns grad, wie wir uns sehr gut unterhalten ham, den Kaffee ins Bett gebracht. Sie is erschrocken und hat mir den ganzen Rücken begossen und hat noch gesagt: „Guten Morgen wünsch ich." Ich weiß, was sich schickt und gehört, wenn irgendwo eine Dame schläft."

„Gut, Schwejk, Damen gegenüber müssen wir immer einen ungewöhnlichen Takt bewahren," sagte der Oberleutnant, dessen Laune sich besserte, weil das Gespräch auf einen Gegenstand gekommen war, der seine freie Zeit zwischen Kaserne, Exerzierplatz und Karten ausfüllte.

Die Frauen waren die Seele seiner Wohnung. Sie schufen ihm ein Heim. Es waren ihrer ein paar Dutzend und viele von ihnen bemühten sich während ihres Aufenthaltes, seine Wohnung mit verschiedenen Kleinigkeiten auszuschmücken.

Eine, die Frau eines Kaffeehausbesitzers, die volle vierzehn Tage bei ihm gelebt hatte, bis der Herr Gemahl sie abholte, stickte ihm einen reizenden Ueberwurf auf den Tisch, verfaß seine ganze Wäsche mit Monogrammen und hätte vielleicht noch einen Wandteppich zu Ende gestickt, wenn der Gatte die Idylle nicht zerstört hätte.

Eine Dame, die nach drei Wochen von ihren Eltern abgeholt wurde, wollte sein Schlafzimmer in ein Damenboudoir umwandeln, stellte überall allerlei Krimskrams und kleine Vasen auf und hängte das Bild eines Schutzengels über sein Bett.

In allen Winkeln des Schlafzimmers und Speisezimmers war eine Frauenhand merkbar, die sogar in die Küche gedrungen war, wo die mannigfachsten Küchengeräte und Gefäße zu sehen waren, das grosartige Geschenk einer verliebten Fabrikantenfrau, die außer ihrer Leidenschaft ein Instrument zum Zerschneiden von sämtlichen Gemüse und Kraut, ein Instrument zum Semmelreiben, eine Hackmaschine für Fleisch, Kasserollen, Pfannen, Schüsseln, Kochlöffel und weiß Gott was noch mitgebracht hatte.

Sie ging jedoch nach einer Woche fort, weil sie sich nicht mit dem Gedanken abfinden konnte, daß er neben ihr noch beiläufig zwanzig andere Geliebte hatte, was gewisse Spuren in den Funktionen des edlen Männchens in Uniform hinterließ.

Oberleutnant Lukasch führte auch eine umfangreiche Korrespondenz, besaß ein Album seiner Geliebten und eine Sammlung verschiedener Reliquien, da er in den letzten zwei Jahren eine gewisse Neigung zum Fetischismus zeigte. So besaß er verschiedene Damenstrumpfbänder, vier reizende gestickte Damenhöschen, dünne Hemdchen, Battistkleidchen und sogar ein Korsett und einige Strümpfe.

„Ich habe heute Dienst," sagte er, „ich komme erst in der Nacht, geben Sie auf alles acht und bringen Sie die Wohnung in Ordnung. Der letzte Putzfleck ist wegen seiner Niedertracht heute mit dem Marschbataillon an die Front abgegangen."

Nachdem er noch Anordnungen betreffs des Kanarienvogels und der Angoraratze getroffen hatte, ging er fort, ohne daran zu vergessen, noch in der Tür einige Worte über Ehrlichkeit und Ordnung zu sagen.

Nachdem er gegangen war, brachte Schwejk alles in der Wohnung in beste Ordnung, so daß er Oberleutnant Lukasch, als dieser in der Nacht nach Haus kam, melden konnte:

„Melde gehorsamst, Herr Oberlajtnant, alles is in Ordnung, nur die Katze hat Unfug getrieben und den Kanari aufgefressen."

„Wieso?" donnerte der Oberleutnant.

„Melde gehorsamst, Herr Oberlajtnant, so. Ich hab gewußt, daß Katzen Kanaris nicht gern ham und ihnen gern was zu Leid tun. So hab ich sie zusamm bekannt machen wolln und im Fall, daß die Bestie was unternommen hätt, wollt ich ihr den Pelz verbläuen, damit sie ihr lebenlang nicht dran vergißt, wie sie sich zum Kanari benehmen soll, weil ich Tiere sehr gern hab. Bei uns im Haus is ein Hutmacher und der hat eine Katze so dressiert, daß sie ihm zuerst drei Kanaris aufgefressen hat und jetzt nicht einen und der Kanari kann sich meintwegen auf sie setzen. Ich wollt's also auch versuchen, und hab den Kanari aus Käfgi genommen und ihr ihn zu beschnuppern gegeben und sie, der Aff, hat ihm, eh ich mich versehn hab, den Kopf abgebissen. Ich hab wirklich ja eine Gemeinheit nicht von ihr erwartet. Wenn's ein Spatz wär, Herr Oberlajtnant, möcht ich noch nichts sagen, aber so ein hübscher Harzer Kanari. Und wie gierig sie ihn samt den Federn aufgefressen hat und dabei hat sie aus lauter Freude geknurrt. Katzen sind herich nicht musikalisch gebildet und können nicht ausstehn, wenn ein Kanari singt, weil's die Bestien nicht verstehn. Ich hab die Katze ausgeschimpft, aber Gott behüte, ich hab ihr nichts gemacht und auf Sie gewartet, bis wie Sie entscheiden wern, was ihr dafür geschehn soll, dem Biest, dem räudigen."

Bei dieser Erzählung schaute Schwejk dem Oberleutnant so aufrichtig in die Augen, daß dieser, der sich Schwejk anfangs mit einer bestimmten rohen Absicht genähert hatte, von ihr abließ, sich auf einen Stuhl setzte und fragte:

„Hören Sie, Schwejk, sind Sie wirklich so ein Rindvieh Gottes?"

„Melde gehorsamst, Herr Oberlajtnant," erwiderte Schwejk feierlich, „ja! — Von klein auf hab ich so ein Pech, immer will ich was besser machen, gut machen und nie kommt was heraus, wie irgend eine Unannehmlichkeit für mich und die Umgebung. Ich hab die zwei wirklich bekannt machen wolln, damit sie sich verstehn und kann nicht dafür, daß sie ihn aufgefressen hat und es aus war mit der Bekanntschaft. In einem Haus beim Stupart hat vor Jahren eine Katze sogar einen Papagei aufgetressen, weil er sie ausgelacht und ihr nachgemacht hat. Katzen ham aber ein zähes Leben. Wenn Sie befehln, Herr Oberlajtnant, daß ich sie umbring, wer ich sie zwischen der Tür zerquetschen müssen, anders geht sie nicht drauf."

Und Schwejk erklärte dem Oberleutnant mit der unschuldvollsten Miene und seinem lieben gutmütigen Lächeln, wie man Katzen tötet und brachte Einzelheiten vor, die sicherlich einen Tierschutzverein ins Irrenhaus hätten bringen müssen.

Er legte dabei fachmännische Kenntnisse an den Tag, so daß Oberleutnant Lukasch, seinen Aerger vergessend, fragte:

„Sie können mit Tieren umgehen? Haben Sie Gefühl und Liebe für Tiere?"

„Ich hab am liebsten Hunde," sagte Schwejk, „weil das für einen, der sie verkaufen kann, ein einträgliches Geschäft is. Ich hab's getroffen, weil ich immer ehrlich war; aber doch sind noch Leute auf mich gekommen, ich hab ihnen herich ein Krepierl statt einem reinrassigen und gesunden Hund verkauft, wie wenn alle Hunde reinrassig und gesund sein müßten. Und jeder wollt gleich einen Stammbaum, so hab ich mir Stammbäume drucken lassen müssen und aus irgendeinem Koschirischer Köter, was in einer Ziegelei geboren worden is, den reinrassigsten Adeligen aus dem Bayrischen Hundezwinger Armin von Barheim machen müssen. Und wirklich, die Leute waren gleich froh, daß es so gut ausgefalln is, daß sie ein reinrassiges Tier zu Haus ham und ich hab ihnen meintwegen einen Wrschowitzer Spitz als Dachshund anbieten können und sie ham sich nur gewundert, warum so ein seltener Hund, der bis aus Deutschland is, struppig is und keine krummen Beine hat. Das macht man so in allen Hundezwingern, ha möchten sie erst Augen machen. Herr Oberlajtnant, was für Betrügereien mit Stammbäumen man in den großen Hundezwingern macht. Hunde, die von sich sagen könnten: „Ich bin eine reinrassige Bestie," gibt's wirklich wenig. Entweder hat sich die Mutter mit irgendeinem Scheusal vergessen, oder seine Großmutter, oder hat er mehrere Väter gehabt und von jedem was geerbt. Nach einem die Ohren, von einem den Schwanz, von einem andern die Haare am Maul und vom fünften die Größe und wenn er zwölf solche Väter gehabt hat, so können sie sich denken, Herr Oberlajtnant, wie so ein Hund ausschaut. Ich hab mal so einen Hund gekauft, einen Hühnerhund, der war nach seinen Vätern so häßlich, daß ihm alle Hunde ausgewichen sind und ich hab ihn aus Mitleid gekauft, weil er so verlassen war. Und er is fort zu Haus im Winkel gesessen und war so traurig, bis ich ihn hab als Stallpintscher verkaufen müssen. Am meisten Arbeit hat's mit gegeben, ihn zu färben, damit er die Farbe von Pfeffer und Salz hat. So is er mit seinem Herrn bis nach Mähren gekommen und seit der Zeit hab ich ihn nicht gesehn."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192707 25-15/fragment/page=0003

der nächsten Stunde verlesen und eingehend besprochen wurde. Mit außerordentlichem Eifer sind diese Protokolle geschrieben worden. Keiner wollte hinter den anderen zurückstehen. So hat die Schulleitung über einzelne Unterrichtsfächer Protokolle erhalten, die geradezu druckreif sind und ein gutes Zeugnis vom Schulbetriebe ablegen. Zur Ergänzung des Unterrichtes wurden von Tag zu Tag den Schülern noch bestimmte Seiten und Abschnitte aus verschiedenen in ihren Händen befindlichen Schriften des Marxismus-Leninismus zur privaten Lektüre aufgegeben. Es mag dabei gleich bemerkt werden, daß die Teilnehmer der Schule angewiesen worden waren, eine Reihe angegebener Bücher mitzubringen, einige andere Schriften wurden ihnen von der Partei gratis überlassen. Daneben stand eine wohl assortierte Handbibliothek dem Unterrichtsbetriebe zur Verfügung.

Der Lehrplan der Schule unterschied drei Hauptgebiete, von denen jedes ungefähr ein Viertel der zur Verfügung stehenden Gesamtstundenzahl beanspruchte. Im ersten Monat liefen so täglich zwei Doppelstunden nebeneinander: die Darbietung des Marxismus (philosophischer, politischer und ökonomischer Marxismus) und die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung (von der großen französischen Revolution bis zur Gegenwart). Im zweiten Monat trat dann an die Stelle des Marxismus als Hauptfach der Leninismus (täglich zwei Stunden). Daneben wurden in einer Reihe kleinerer Kurse von 6 bis 18 Stunden von Speziallehrern noch behandelt: der Imperialismus der Gegenwart, die Gewerkschaftsbewegung, das Wesen der jetzigen Sozialdemokratie, die Geschichte der russischen Partei, der Parteiaufbau in Deutschland und die Aufgaben der Partei in der Gegenwart. Den Abschluß bildete noch eine kurz gefaßte Darstellung der Kommunalpolitik.

Es hat sich gezeigt, daß für die Zukunft nicht mehr mit einer Schuldauer von nur acht Wochen gerechnet werden darf, das mindeste wäre eine Dauer von zehn Wochen. Dann wird auch die diesmal zu kurz gekommene Agrarfrage eingehender behandelt werden können.

Alles in allem genommen, war die Parteischule ein lebendiges Zeugnis für den guten Fonds, der in der KPD. vorhanden ist, eine Bürgschaft für die energische und gesunde Aufwärtsentwicklung des Kommunismus in Deutschland. Hoffen wir, daß es gelingt, im Herbst in einer neuen Parteischule die Erfahrungen der letzten auszuwerten und die Resultate zu steigern.

Hilfe für die Wiener Opfer

Die Internationale Arbeiterhilfe hat durch ihre österreichische Sektion Verbindung mit österreichischen Kinderheimen aufgenommen und steht vor dem Abschluß der Verhandlungen, 15 bis 20 Kinder von ermordeten und verletzten Arbeitern in Kinderheimen unterzubringen.

Mit dem tschechischen Außenminister fanden durch den tschechischen Vertreter der IAH. Verhandlungen statt, um die Einreise von 25 Kindern durch die IAH. nach tschechischen Erholungsorten zu ermöglichen.

Eine dritte Kindergruppe soll in den nächsten Tagen durch die IAH. auf mehrere Monate in deutsche Gebiete in freie Verpflegung vermittelt werden.

Terrorurteile in Mussolinien

(WTB.) **Rom**, 24. Juli.

Nach dreitägiger Verhandlung ging ein Prozeß vor dem Sondergerichtshof gegen 19 Kommunisten aus Imola zu Ende, die beschuldigt waren, Handlungen unternommen zu haben, zu dem Zweck einer gewaltsamen Aenderung der Staatsverfassung und der Regierungsform. Zwei der Angeklagten wurden zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, drei zu 10 Jahren (davon einer in contumaciam), die anderen zu 9, 8, 6, 5 und 4 Jahren.

Die „Prawda" zur Niederlage der Opposition

(WTB.) **Moskau**, 24. Juli.

„Prawda" stellt die Niederlage der Opposition in der Kommunistischen Partei fest und schreibt, von einer Spaltung der Partei könne keine Rede sein. Die Partei verwerfe, als den Grundsätzen des Leninismus widersprechend, die Theorie von zwei Parteien. Die Opposition möge ihre Schlüsse aus der Lage ziehen und ihre falsche Theorie, die sie auf eine Sandbank geführt habe, aufgeben.

Abschluß der Manöver der russischen Ostseeflotte. Die Baltische Flotte der UdSSR. ist nach Beendigung ihrer Manöver im Finnischen Meerbusen nach Kronstadt zurückgekehrt.

Für Kommunisten: Polizeiaufsicht!

„Es ist eine Affenschande, daß es im Augenblick keine Macht gibt, die der Sauwirtschaft der Bolschewiken ein Ende machen kann. Was in zivilisierten Staaten in Gefängnissen, Zuchthäusern und Irrenanstalten zu sitzen pflegt, das „regiert" heutzutage in Rußland! Wir in Deutschland gehen mit unseren Bolschewiken, den Kommunisten, immer noch viel zu milde um. Ob sich das nicht noch einmal furchtbar rächen wird? Man sollte bei uns nicht davor zurückschrecken, die ganze Schwefelbande für rechtlos zu erklären und sie dauernd unter Polizeiaufsicht zu stellen."

Das ist ein Tzuß, den sich „Die Glocke", ein Zentrumsorgan, am 24. Juni geleistet hat.

BARUM
4-Masten-Riesen-Circus
Nur noch 2 Tage in Halle
heute, Montag, den 25. Juli, abends 8 Uhr die
●● Barum-Wunder! ●●
Dienstag, den 26. Juli eine besondere Überraschung für Damen!
Beachten Sie die morgige Reklame.
Alle werden in Staunen versetzt!
Vorverkauf: Reisebüro Steinbrecher & Jasper Markt 1, Telephon 266 69 und an den Circuskassen

„Volkspark"
Morgen Dienstag, abends 8 Uhr:
13. Sommerkonzert
1948 verbunden mit einem
Prachtfeuerwerk

Von der Reise zurück
Dr. Franz Walther
Ohren-, Nasen-, Halsarzt
Große Steinstraße 74 (Café Bauer)
338 Sprechzeit: 9–12 und 3–5 Uhr

Druck-
sachen
aller Art liefert zu zeitgemäßen Preisen die Druckerei Bach und Kunstdruckerei der Produktiv-Genossenschaft e.G.m.b.H. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1046, 1047, 2251.
— Verlangen Sie Vertreterbesuch oder den Besuch unseres Vertreter.

Haustragen! kauft nur bei unseren Inserenten

Spendet für die Rote Hilfe

Walhalla
Telephon 233 85
8 Uhr 8 Uhr
1946 **Heute Premiere**
Letzte Gastspielwoche
Marga Peter u. Gust. Bertram
Die Abenteuer des Herrn Maiermax
Operettenschwank in 3 Akten von Jacobsen u. Oesterreicher. Musik v. Hugo Hirsch

Jeden Dienstag und Freitag
Schlachtefest
Täglich
frisches Gehacktes . . . . . Pfd. 1.20
ff. Rot-, Leber- und Schwartenwurst Pfd. 1.00
1944 hausgeräucherte Knackwurst . . . . Pfd. 1.40
sowie Schlack- u. Salamiwurst . Pfd. 2.60
ff. Schinken und Schinkenspeck
Arthur Müller, Kl. Ulrichstraße 1
Hausschlächterei mit elektr. Betrieb

Konsumverein Teutschenthal
Sonntag, 31. Juli, nachmittags 2 Uhr im „Bürdenhof" (Max Lange)
Außerordl. Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Bericht vom Genossenschaftstag
2. Ankauf eines Autos *2088
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand

Wir suchen
für Halle wie für alle Kreise unseres Bezirks
tüchtige Genossen
die sich für den berufsmäßigen Vertrieb der „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung" eignen. Angebote an die
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H., Halle, Lerchenfeldstr. 14
(Abtlg. Bezirks-Zentralbuchhandlung)

Werbt für den Klassenkampf!

Ehrenerklärung
Die getanen Aeußerungen gegen Eisbein Dittmar nehme ich hiermit als unwahr zurück. 2092
Anna Trilhose
Lieskau

Frau Karol. Berger, Halle (S.), Trödel 8, zu ihrem heutigen
83. Geburtstage
die besten Glückwünsche
Das Arb.-Personal

Bekanntmachung
Der Umlageplan für das Jahr 1926 der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen liegt 3 bis 4 Wochen im Magistratshauptbureau, Zimmer Nr. 12, des Rathauses zur Einsicht der Beteiligten aus. *2091
Eisleben (Lutherstadt), den 14. Juli 1927. **Der Stadt-Ausschuß.**

Die Pflaster- und Nebenarbeiten zum Ausbau des Kommunikationsweges Canena—Bruckdorf in einer Länge von 823 Meter sollen im Wege des Wettbewerbes vergeben werden.
Angebote, wozu Formulare gegen Einsendung von 1 RM. von dem unterzeichneten Gemeindevorsteher bezogen werden können, sind bis zum 5. August, früh 8 Uhr, bei mir einzureichen.
Canena, den 23. Juli 1927. [*2094
Der Gemeindevorsteher.
Stolle.

Das Ueberhandnehmen der Besamratten läßt es angezeigt erscheinen, darauf hinzuweisen, daß das Erlegen dieser überaus schädlichen Tiere einen lohnenden Erwerb darstellt, da außer der vom Staate gewährten Fangprämie von 1 RM. der Pelzhändler für ein Sommerfell durchschnittlich 5 RM., für ein Winterfell entsprechend mehr zahlt. [*2093
Zeitz, den 4. Juli 1927.
Der Landrat.
Dr. Steinhoff.

Parole: Wir kaufen nur bei unseren Inserenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192702 5-15/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Mitteldeutsche Bergarbeiter, wehrt Euch!

Der Schiedsspruch vom 5. Juli, der den mitteldeutschen Bergarbeitern eine „Lohnerhöhung" von ganzen 3 Prozent brachte, ist vom Reichsarbeitsminister nicht für verbindlich erklärt worden. Wir erinnern noch einmal an die Vorgeschichte dieses jeder Erwartung widersprechenden Ergebnisses.

Angesichts der Tatsache, daß eine erhebliche Erhöhung aller Preise, hervorgerufen durch die Zollerhöhungen, bevorsteht, angesichts dessen, daß die Löhne der mitteldeutschen Bergarbeiter wahre Hungerlöhne sind, wagte es der Schlichter, einen derartigen Schiedsspruch zu fällen.

Der BAV. konnte nicht umhin, sich ebenfalls zu entrüsten. Trotzdem beantragte die Verbandsbureaukratie, indem sie mit den bekannten Entschuldigungen dem offenen Kampf auswich, die Verbindlichkeitserklärung. Wenn man in den letzten Tagen mit den Kumpels sprach, so konnte man überall hören, daß sie der Meinung waren, nun bekommen wir wenigstens ab 4. Juli ein paar Pfennige nachgezahlt. Herr Brauns, der Reichsarbeitsminister hat durch diese Hoffnungen einen dicken Strich gemacht. 20 Pf. pro Schicht hätte ungefähr die dreiprozentige Lohnerhöhung ausgemacht. Selbst diese magere Lohnzulage ist nun abgelehnt worden.

Bergarbeiter Mitteldeutschlands, die Teuerungswelle steigt, die Preise für die wichtigsten Lebensmittel steigen, Mieterhöhungen stehen bevor, Euer Hungerlohn sinkt automatisch, aber der Herr Reichsarbeitsminister ist der Meinung, daß die Herren Braunkohlenunternehmer in ihrer „Notlage" nicht diese erneute „Belastung" ihres Profits vertragen können. Herr Brauns fühlt sich bemüßigt, die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs aus „allgemein wirtschaftlichen Gründen" abzulehnen. Aufs treffendste wird durch diese freche Provokation der mitteldeutschen Bergbauarbeiterschaft die ganze Schlichtungspraxis gekennzeichnet.

Was werden nun die Reformisten im Bergarbeiterverband tun? Werden sie den Kampf um höhere Löhne führen? Nach der ganzen bisherigen Vergangenheit der reformistischen Führer und ihrer Einstellung zum Schlichtungswesen besteht die fast sichere Gewißheit, daß sie sich dem Machtspruch der mitteldeutschen Grubengewaltigen, der in der Ablehnung des Schiedsspruches durch den Reichsarbeitsminister zum Ausdruck gekommen ist, fügen werden.

Die mitteldeutschen Kumpels müssen jetzt selbst handeln

und die Gewerkschaftsführer zwingen, den Kampf vorzubereiten. Wenn sie dieses Mal die Frechheiten der Unternehmer geduldig über sich ergehen lassen, so werden die Grubenbarone sehr bald von sich aus mit neuen Angriffen gegen die Bergarbeiter kommen. Der Appetit kommt beim Essen. Bergarbeiter, sagt Euren Führern im BAV., daß sie Euch im Frühjahr dieses Jahres, als es um die Arbeitszeit ging, versprachen, die Niederlage wettzumachen im Kampf um die Lohnerhöhung. Erinnert sie daran und laßt ihnen aus jeder Grube Mitteldeutschlands in diesen Tagen die Forderung entgegenschallen:

Wir Bergarbeiter Mitteldeutschlands wollen den Kampf, wir sind nicht länger gewillt, mit Hungerlöhnen bei übermäßig langer Arbeitszeit zu schuften. **Führt uns, wir sind bereit, Euch zu folgen!** Der letzte Kumpel hinein in den Bergarbeiterverband! Nun erst recht: **Lohnerhöhungen als Antwort auf Wucher- und Hungerzölle!**

Die Ausbeutung in der Braunkohlenindustrie

Der Braunkohlenbergbau gehört bekanntlich zu denjenigen Industrien, die am hartnäckigsten auf Preissteigerung bedacht sind. Sogar zukünftige Lohnerhöhungen, die noch gar nicht einmal sicher sind, lassen sich die Braunkohlen-Industriellen im voraus durch Preiserhöhungen bezahlen, obwohl sie es wahrlich nicht nötig hätten. Soeben wird der Bericht des Reichskohlenverbandes für 1926 veröffentlicht, woraus hervorgeht, daß in den drei Jahren von 1924 bis 1926 die deutsche Braunkohlenförderung um 12 Prozent gestiegen ist, zugleich aber 12 Prozent weniger Arbeiter beschäftigt sind! Folgende Zahlen bestätigen dies:

	1924:	1926:
Braunkohlenförderung	124,6	139,9 Millionen Tonnen
Belegschaft	580 000	517 000 Mann

Ein Musterbild der Rationalisierung. Wo bleibt nun die versprochene Verbilligung des Produktes? Sie drückt sich aus in fortgesetzten Anträgen der Braunkohlensyndikate um Verteuerung der Kohle.

Zugleich aber herrschen gerade auf den Braunkohlenwerken Arbeitsbedingungen, die von einer unerhörten Ausbeutung zeugen. Für die Angestellten der ostelbischen Braunkohlengruben galt bis zum 30. April 1927 ein Schiedsspruch, der die Betroffenen zur täglichen Zwölfstundenschicht zwang. Es wurde zwar ein feiner Unterschied gemacht zwischen Arbeitszeit und Schichtzeit. Jedoch, abgesehen davon, daß auch die Arbeitszeit zehn Stunden dauern sollte statt acht, steht ein solcher Unterschied natürlich nur auf dem Papier; solange der Angestellte im Betrieb anwesend ist, muß er auch arbeiten. Außerdem kommt der Weg von und zur Arbeitsstelle hinzu, so daß der Proletarier eben noch gerade die Zeit zum Schlafen übrig behält. Nur im unterirdischen Bergbau ist die Arbeitszeit etwas kürzer, aber der spielt bei der Braunkohle keine Rolle.

Inzwischen ist ein neuer Schiedsspruch — trotz Ablehnung der Angestellten — für verbindlich erklärt worden, der die tägliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde (!), in durchlaufenden Betrieben um eine Stunde verkürzt; aber die halbstündige Verkürzung gilt erst vom 1. Juli an, die ganzstündige erst vom 1. Oktober an. Um jedoch allem die Krone aufzusetzen, wurde bestimmt, daß selbst diese winzigen Verbesserungen erst bis zum 1. April 1928 durchgeführt zu werden brauchen.

Ein Glanzstück bildet endlich noch die Bezahlung der Ueberstunden. Ein Schiedsspruch vom 22. Juni will die Sache so regeln, daß beispielsweise ein Angestellter mit 200 Mark Monatsgehalt bare **15 Pfennig pro Ueberstunde erhalten soll!** Die Angestellten haben diesen Schiedsspruch abgelehnt, doch steht zu befürchten, daß das Reichsarbeitsministerium auch diesmal wieder, wie schon so oft, den Unternehmern zu Hilfe kommen und den Schiedsspruch für verbindlich erklären wird.

12-Stunden-Schiedsspruch für die Hüttenindustrie

Unter dem Vorsitz des Herrn Oberlandesgerichtsrats Joetten wurde am 20. Juli folgender Schiedsspruch über die Arbeitszeit in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie (Nordwestliche Gruppe) gefällt:

1. Das bisherige Arbeitszeitabkommen bleibt bis 11. August 1927 mit folgender Maßgabe in Kraft:
   a) in den Hüttenwerken beträgt die wöchentliche Arbeitszeit ab Montag, den 8. August, **57 Stunden;**
   b) in den Betrieben der Weiterverarbeitung beträgt sie **54 Stunden,** ab 3. Oktober 52 Stunden.
2. Die Regelung ist mit einmonatiger Frist erstmalig am 1. zum letzten Dezember 1927 kündbar. Erklärungsfrist bis 25. Juli 1927.

In der Woche vom 4. bis 10. Dezember beginnt die Verhandlung der Parteien über die Regelung für die Zeit ab 1. Januar 1928.

Dieser Schiedsspruch ist nicht nur eine ungeheuerliche Provokation der Arbeiter, sondern auch noch ein ganz unverschämtes Täuschungsmanöver. Die bisherige Arbeitszeitregelung sah formal 60 Stunden vor. Wenn nun jetzt die Hütten- und Walzwerkarbeiter 57 Stunden bekommen sollten, dann ist dies scheinbar eine Verbesserung, in Wirklichkeit jedoch nichts weiter als eine Lohnverschlechterung bei gleichbleibender Arbeitszeit. Denn bei 57stündiger bleibt genau wie bei 60stündiger Arbeitszeit das Zweischichtensystem, d. h. praktisch die zwölfstündige Schicht, und pro Woche 72 bis 84 Stunden. Aber bezahlt bekamen die Arbeiter nur zehn Stunden pro Tag. Die übrige Zeit wurde als unbezahlte Arbeitsbereitschaft gerechnet. Nach dem jetzigen Schiedsspruch müßten sie ebenso zwölf Stunden arbeiten, bekommen aber nur 9½ Stunden bezahlt.

Für die weiterverarbeitende Industrie bedeutet der Schiedsspruch insoweit eine kleine Verbesserung, als nur einfache Tagschicht herrscht; bei Wechselschicht trifft dasselbe zu wie bei den Hüttenarbeitern.

Aber auch bei einfacher Tagschicht ist der jetzige Schiedsspruch unannehmbar, weil er nur noch den Neunstundentag als Mindestarbeitszeit festlegt.

Der ganze Schiedsspruch ist aufgebaut auf dem vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Schwindel über Regelung der Arbeitszeit durch die Verordnung für die Hüttenbetriebe. Danach soll es für einen Teil der Arbeiter den Achtstundentag geben. Das Ganze ist ein grobes Täuschungsmanöver.

Daher gibt es für die Arbeiter nur eines: Ablehnen, einmütige Ablehnung des Schiedsspruches und **Aufnahme des Kampfes um den reinen und restlosen Achtstundentag am 1. August.**

Achtung! Weißensels! Schuhmacher!

Die Stichwahl zum „Internationalen Kongreß der Schuh- und Lederarbeiter" findet am **Mittwoch, dem 27. Juli,** in folgenden Lokalen statt:

Restaurant „Landhaus", Tageswerbener Straße,
Restaurant „Stadt Merseburg", Feldstraße,
Restaurant „Pichelsteiner Krug, Naumburger Straße,
Restaurant „Gewerkschaftshaus", Marienstraße.

Die Wahlzeit ist auf 16 bis 18½ Uhr festgelegt. Kolleginnen und Kollegen! Auf zur Wahl!

Wählt Karl Möckel, Erfurt!

Immer neue Lohnkämpfe — Die Arbeiter antworten auf die Wucherzölle

Kampfbereitschaft der Kaliarbeiter

In den letzten Tagen kam es bei den Gedingearbeitern in Merkers bei Salzungen auf Schacht 2/3 zu sehr erregter Stimmung, weil die Direktion sich weigerte, den tarifmäßig festgelegten Gedingezuschlag von 3½ Pf. pro Wagen mehr zu bezahlen. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos. Die Direktion hatte nur Hohn für die Kaliarbeiter übrig. Die Erregung und der Unwille der Kaliarbeiter wurde so groß, **daß die Frühschicht und Mittagschicht am 13. Juli nicht einfuhr** und auf die Auszahlung des tariflichen Gedingezuschusses beharrte.

Am 13. Juli fanden auf Grund der Verweigerung der Einfuhr neue Verhandlungen statt unter Teilnahme eines Gewerkschaftsvertreters. Dieser Gewerkschaftsbeamte sah es als seine Aufgabe an, nicht die Forderung der Kaliarbeiter und den tarifmäßig festgelegten Gedingezuschlag zu verteidigen, sondern der Direktion den Vorschlag zu machen, pro Wagen nur 2 Pf. Gedingezuschlag zu zahlen. Auf diesen Lakaiendienst ging die Direktion natürlich sofort ein. Gegen diesen neuen verräterischen Anschlag der Gewerkschaftsführung kam es in der Belegschaftsversammlung zu großer Empörung. Es ist kein Zweifel, daß die Kaliarbeiter daraus die Konsequenzen ziehen und im Kampfe den tarifmäßig festgelegten Gedingezuschlag durchsetzen werden.

Lohnbewegung in der Solinger und Remscheider Metallindustrie

Der DMV. Remscheid hat zum 31. Juli seine Generalversammlung einberufen und auf die Tagesordnung den Bericht über die Lohnverhandlungen gesetzt. Erstmalig 14 Tage vor dem 1. August kann die Kündigung des Lohnabkommens für die Remscheider Metallindustrie ausgesprochen werden. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß am 15. Juli die Kündigung des Lohnabkommens in der Remscheider Metallindustrie erfolgt ist.

Auch der DMV. Opladen und der Christliche Metallarbeitverband haben das Lohnabkommen für die Metallindustrie des unteren Kreises Solingen zum 23. Juli gekündigt. Die Forderungen lauten: Erhöhung der bestehenden Gesamtverdienste um 30 Prozent und eine besondere Zulage von 15 Prozent vom Gesamtverdienst für die in den Betrieben der Schwerindustrie beschäftigten Arbeiter. Diese gleiche Zulage sollen auch alle Gießereiarbeiter und sonstige mit schweren Hilfsarbeiten beschäftigte Arbeiter erhalten, sowie solche, welche überwiegend schmutzige und gesundheitsschädliche Arbeiten ausführen.

Wie für alle in die rheinisch-westfälische Lohnbewegung hineingezogenen Arbeiter gilt das gleiche auch für die Arbeiter in der Solingen-Remscheider Metallindustrie, das engste Kampfesbündnis zu schließen, um Schulter an Schulter auf breitester Basis die gemeinsamen Interessen zu verteidigen. Durch die Stellungnahme in den Betrieben und Gewerkschaftsbeschlüssen muß die Forderung erhoben werden, keinen Kuhhandel zuzulassen, sondern im Kampfe die aufgestellten Forderungen durchzusetzen.

Auch die Solinger Holzarbeiter fordern Kampf um Lohnerhöhung!

Die am 14. Juli stattgefundene Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes Solingen nahm Stellung gegen die beschlossenen Zollerhöhungen und gegen die geplante Erhöhung der Mieten, des Portos, der Steuern usw. Einstimmig wurde in einer Entschließung gegen die dadurch bedingte ungeheure Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel Protest erhoben.

Die Generalversammlung des Solinger Holzarbeiterverbandes verlangt von den maßgebenden Gewerkschaftsinstanzen, einen sofortigen Kampf um höhere Löhne einzuleiten und so die Preissteigerungen auszugleichen und den Reallohn zu erhöhen. Alle Versammelten erklärten, daß die Ausplünderung der breiten Massen durch die Bürgerblockregierung mit dem Kampf um höhere Löhne und verkürzte Arbeitszeit beantwortet werden muß.

Der Kampf der Kölner Metallarbeiter um höhere Löhne wird begrüßt, weil auch der Kampf der Solinger Holzarbeiter der Bürgerblockregierung und ihren Ausbeutungsmaßnahmen gilt.

Streik der Ziegeleiarbeiter

In der Provinz Schleswig-Holstein gärt es unter den Ziegeleiarbeitern. Wegen Lohndifferenzen sind die Ziegeleiarbeiter der Firma Mißfeldt & Peussen in **Suchsdorf in den Streik getreten,** weil sich die Firma weigerte, die Löhne des Bezirkstarifs zu zahlen. Anstatt der tariflichen Vereinbarungen von 81 Pf. wurde nur ein Stundenlohn von 71 Pf. gezahlt.

Auch in **Ueterfen** und **Kurzenmoor** sind die Ziegeleiarbeiter für eine Lohnzulage von 8 Pf. pro Stunde **in den Streik getreten.**

Kündigung des Lohntarifs im oberschlesischen Bergbau

Kattowitz, 20. Juli.

Die deutschen und polnischen Bergarbeiterverbände haben unter Hinweis auf die wachsende Teuerung den Lohnvertrag im ostoberschlesischen Bergbau zum 1. August gekündigt und verlangen eine Erhöhung der bisherigen Löhne, die durch die für Anfang der kommenden Woche angesetzte Konferenz der Berufsverbände fixiert werden soll.

Zehn Jahre Gewerkschaften der Sowjetunion

In diesen Wochen können die Gewerkschaften der Sowjetunion auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Bekanntlich war die Gewerkschaftsbewegung im zaristischen Rußland schwach entwickelt; in den Jahren des imperialistischen Krieges erfährt sie zunächst, wie in allen kriegführenden Ländern, einen starken Rückschlag und wird 1914 bis 1916 von der Regierung so gut wie liquidiert. Gleich nach dem Sturz des Zarismus feiern die Gewerkschaften ihre Wiederauferstehung. Aber die neu erstandenen Petersburger Verbände zeigen auch im „Honigmond" der bürgerlichen Revolution den politischen Charakter, der die Gewerkschaftsbewegung Rußlands von Anfang an kennzeichnet: sie lehnen die „Neutralität" und „Unabhängigkeit" der Gewerkschaftsbewegung ab, begnügen sich nicht mit dem Sturz Nikolaus des Blutigen, sondern nehmen den Kampf auf für die Losungen: Achtstundentag, Erhöhung der Löhne, Frieden und Brot! Die streikenden Arbeitermassen, die für rein wirtschaftliche Forderungen kämpften, führten auf ihren Fahnen Aufschriften wie: „Friede ohne Annexion und Kontribution!" „Nieder mit den kapitalistischen Ministern!" und „Die ganze Macht den Räten!"

Der Kampf der Gewerkschaften für politische und gewerkschaftliche Forderungen hatte natürlicherweise einen

Kampf innerhalb der Gewerkschaften

selbst zur Folge. Wenngleich nach der Februar-Revolution noch die Menschewiken in den Gewerkschaften die Mehrheit hatten, so sehen wir, wie in der Periode zwischen Februar und Oktober 1917 die Gewerkschaften sich um die Bolschewiki scharen und die Menschewiki jeglichen Einfluß in den Verbänden (mit Ausnahme des Buchdruckerverbandes) verlieren.

Zu den Hauptorganen der Gewerkschaften, die die revolutionären Forderungen erkämpften, wurden die Betriebsräte (Betriebskomitees), die schon vor der Oktober-Revolution entstanden waren.

In der Geschichte der Gewerkschaften nach dem roten Oktober spiegelt sich die ganze russische Revolution — mit ihren Kämpfen und Leiden, ihrem Heroismus und ihren Riesenwerken wider.

Die Rationalisierung der Betriebe

stellt die Gewerkschaften vor ganz neue Aufgaben; es gilt Organe zur Verwaltung der Industrie zu schaffen, angefangen von den einzelnen Betriebsleitungen bis hinauf zum Obersten Volkswirtschaftsrat der Sowjetrepublik. Vielerorts müssen die Verbände und Betriebsräte unmittelbar die Betriebsleitung übernehmen, also Funktionen, die den Gewerkschaften der kapitalistischen Länder vollkommen fremd sind. Aber noch ganz andere Funktionen müssen die Gewerkschaften in der Revolution übernehmen. Draußen tobt der Bürgerkrieg, die Lebensmittelzufuhr stockt. Die Gewerkschaften entsenden

„Lebensmittel-Bataillone"

aufs flache Land, um die Industriezentren vor dem Hunger zu retten. Zugleich entsenden die Verbände Tausende ihrer Mitglieder an die Fronten, die zu jener Zeit wie ein eiserner Ring Sowjet-Rußland umklammern.

Die Einführung der Nep verlief nicht ohne starke innere Kämpfe betreffs der einzuschlagenden Gewerkschaftspolitik. Damals war es Trotzki, der für eine „Militarisierung der Arbeit" eintrat, während Lenin für Gewerkschaftsdemokratie und Selbstaktivität der Gewerkschaften war. Lenins Linie hat gesiegt, und die weitere Entwicklung der Gewerkschaften hat ihm, wie in anderen Fragen, recht gegeben.

Heute umfassen die Gewerkschaften der Sowjetrepublik eine Armee von 9 000 000 Schaffenden, die nicht einfach im Produktionsprozeß stehen, sondern am sozialistischen Aufbau der Sowjetunion aktiv mitarbeiten.

1924 entstanden die sogenannten Produktionsberatungen, an denen die Arbeiter des Betriebes teilnehmen. Durch die Produktionsberatungen wird die Beteiligung des Proletariats an der Organisation der Produktion verwirklicht. Als mit der Entfaltung der Wirtschaft das sogenannte „Sparsamkeitsregime" notwendig wurde, als die Rationalisierung der sozialistischen Industrie durchgeführt werden mußte, da haben die Arbeiter in Produktionsberatungen Tausende von Vorschlägen gemacht, wie, mit welchen technischen und administrativen Mitteln die Rationalisierung durchgeführt werden soll. 50 bis 75 Prozent all dieser Vorschläge wurden praktisch verwertet. Wenn jetzt die Gewerkschaften der Sowjetunion ihr zehnjähriges Jubiläum feiern, so darf neben ihrer gewaltigen Wirtschaftsarbeit nicht der riesige Anteil vergessen werden, den sie an der kulturellen Aufklärung der Massen haben.

Die Kulturarbeit der Gewerkschaften,

angefangen von der Liquidierung des Analphabetentums bis zur politischen Aufklärung in den Klubs, Vorlesungen usw., ist einer der bedeutendsten Faktoren, der es ermöglicht hat, daß in zehn Jahren Sowjetherrschaft aus dem rückständigen „dummen" russischen Proletarier ein hochentwickelter klassenbewußter Arbeiter geworden ist, der fähig ist, seinen proletarischen Staat zu regieren.

Die Feinde der Sowjetrepublik behaupten manchmal, die russischen Gewerkschaften seien nur Staatsorgane. Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß im Dezember 1926 betonte noch Genosse Tscharin, daß die Sowjetverfassung keinen Paragraphen kennt, der das Streiken verbietet. Aber die russischen Arbeiter brauchen nicht zu streiken, weil die Betriebe zum größten Teil dem Staate gehören, der die Interessen der Arbeiterschaft vertritt (in Privatbetrieben wird auch gestreikt).

Die Gewerkschaften, die in allen Staatsorganen vertreten sind, sind nach wie vor Klassenorgane der Wirtschaftsinteressen des Proletariats, aber sie sind in der Sowjetunion zugleich Mitregierende im Staate.

Darin besteht der gewaltige Unterschied zwischen den Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern und den Gewerkschaften nach der Machteroberung durch die Arbeiterklasse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192707 25-15/fragment/page=0005

Stadt Halle

Krieg dem imperialistischen Kriege

lautet die Parole der Arbeiterschaft der ganzen Welt in den kommenden Augusttagen. Die hallische Arbeiterschaft wird dieser Forderung in der vom 1. bis 7. August stattfindenden Antikriegswoche Gehör verschaffen.

Mehr als Leitartikel und Reden gegen den Krieg vermag die künstlerische Darstellung den Willen zu stärken, neue imperialistische Kriege zu verhindern. Kein neues 1914, kein Massenschlachten für den Kapitalismus darf wieder über das Proletariat der Welt hereinbrechen. „Giftgas über Sowjet-Rußland", das in Kassel erstmalig aufgeführte Werk von Berta Lask hilft, in den Massen den Widerstand gegen imperialistische Raubkriege zu befestigen. Daher wird diese proletarische Revue am 7. August auch in Halle aufgeführt werden.

Die Vorstellung findet im Walhalla-Theater, vormittags 10 Uhr, statt, wobei die bekannte Rezitatorin Ilse Berend-Groa mit dem Kasseler Proletkult ihre Mitwirkung zugesagt haben. Die Aufführung verspricht infolge dessen nicht nur ein starkes Erlebnis für die Arbeiterschaft zu werden, sondern sie ist auch ein künstlerisches Ereignis von höchster Bedeutung.

Der Kartenverkauf, der bereits begonnen hat, wird in verstärktem Maße fortgesetzt. Sichert Euch durch sofortigen Kauf von Karten (die in unseren Buchhandlungen am Harz und Lerchenfeldstraße zu haben sind) die guten Plätze! Preis 0.50 Mk., 1 Mk., 1.50 Mk. Zutritt haben alle den unterzeichneten Organisationen angeschlossenen Mitglieder.

KPD., KJVD., RFB., RFMB., Rote Hilfe, IAH.

Vorbildliche proletarische Opferwilligkeit

Auf der Baustelle Realgymnasium, Friesenstraße, wurden von 13 Kollegen 8 Mark für die Kinderhilfe der IAH. gesammelt. Hunderte von Kindern erwerbsloser und kranker Arbeiter, die das ganze Jahr in der Großstadt verbringen müssen, freuen sich, einige Tage im Gebirge verbringen zu können. Darum muß dieses Hilfswerk von allen Arbeitern ohne Unterschied der Partei unterstützt werden.

Fahrt ins Ferienlager

Die Ortsgruppen Halle, Merseburg und Weißenfels des Jung-Spartakus-Bundes fahren nach Strausberg

Am vergangenen Sonnabend herrschte um ½8 Uhr früh in Halle vor der Produktiv-Genossenschaft ein lustiges Treiben. Der JSB. Halle fährt auf 14 Tage ins Ferienlager. Lauter freudig gestimmte Kinder treffen sich hier am Sammelpunkt, meist von ihren Eltern begleitet. Endlich 8¼ Uhr sind alle beisammen. Die Namen der einzelnen Kinder werden noch einmal verlesen, und 44 Kinder, der größte Teil mit weißen Kutten, formieren sich zu einem kleinen Zuge und marschieren zum Bahnhof. Hier warten bereits zehn Kinder der Ortsgruppe Merseburg, und zusammen nehmen diese in einem reservierten Wagen des Vorzuges nach Berlin Platz. Nun verläßt der Zug die Halle des Bahnhofes. Ein herzliches Grüßen zwischen Eltern und Kindern. Dann erschallt die Melodie des Bolschewistenmarsches aus dem ersten Abteil, wo der Spielmannszug der Kinder Platz gefunden hat.

Auf der ersten Station, in Bitterfeld, wo der Zug hält, warten auch 24 Kinder mit ihren Leitern, die durch die IAH. von Greppin nach Strausberg fahren. Da ihre Abteile aber im Hauptzug freigehalten werden, fahren wir unter freudigem Winken weiter, um mit ihnen auf dem Anhalter Bahnhof um 12 Uhr wieder zusammen zu treffen. Mit diesem Zuge kommen auch noch zwölf Weißenfelser Kinder vom JSB. mit ihrem Leiter an. Nun sollte es per Auto weitergehen. Aber diese hatten den Heimwart und auch uns im Stich gelassen. Was nun? Sofort wurde, nachdem man telephonisch mit einigen Kraftfahrzeugfirmen verhandelt hatte, und diese zu teuer waren, ein Sonderwagen der Straßenbahn bestellt. Dieser war auch bald zur Stelle und fuhr zum Anhalter Bahnhof. Auf der Fahrt nach dort ließen die Kinder unsere bekannten proletarischen Kampflieder erklingen, und an vielen Stellen wurde der sonderbare Straßenbahnwagen von den Berliner Arbeitern freudig begrüßt.

Im Warteraum des Schlesischen Bahnhofes wurden zunächst die durstigen Kinderkehlen mit genügend Himbeerwasser getränkt. Sodann ging es mit dem nächsten Zug bis Strausberg, und gegen 4 Uhr langte der gesamte Transport im Heim an. Nachdem das Gepäck abgelegt war, wurde an den schon gedeckten Tischen Platz genommen. Trotz des guten Appetits der Kinder wurde der Vorrat des heutigen Essens nicht restlos vertilgt. Aber, was nicht ist, wird noch werden. Während des Nachmittags wurden allerlei Spiele veranstaltet und die neue Heimat und die nächste Umgebung in Augenschein genommen.

Zum Abendbrot wurde dann das am Nachmittag Versäumte in ausreichendem Maße nachgeholt. Sodann bezogen 25 unserer Jungens aus Halle bei den heutigen Genossen Quartier für etwa drei Nächte, bis der neue Schlafsaal des Heims fertiggestellt ist.

Der Sonntag sollte den Kindern eine freudige Ueberraschung bringen. Um 9 Uhr wurde, als die „Auslander" aus ihrem Quartier ins Heim zurückgekehrt waren, gemeinsam Kaffee getrunken und sodann eine Lagerversammlung abgehalten. Die Kinder treten sich in Gruppen und besprachen die Tagesprogramme und Lagerordnung. Während dieser Versammlung kam in Gemolle und teilte uns mit, daß unsere Kinder an einem Kinderfest des Ortes, am Nachmittag teilnehmen möchten. Diese Einladung wurde natürlich nicht abgeschlagen, und nach dem Mittagbrote zogen unsere Kinder, von einer Musikkapelle des RFB. abgeholt, nach dem Festplatze. Hier wurden sie mit allerlei Geschenken bedacht und in großzügiger Weise von den Genossen bewirtet. Aber auch bei den Spielen und Aufführungen selbst halten sich die Kinder durch die guten Leistungen nicht die schlechtesten Preise. Gegen 7 Uhr ging es dann, nachdem noch jedes Kind eine Fackel als Geschenk bekommen hatte, wieder zurück ins Heim. —t

Schlüsselgewalt

Die Entwicklungsgeschichte der Ehe und des Frauenrechts im Laufe der Jahrhunderte ist ein getreues Abbild der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Stellung der Frau in den verschiedenen Entwicklungsstufen ist die naturgemäße Folge der wirtschaftlichen Gliederung der Frauenstellung und Frauenbedeutung im Organismus der menschlichen Gesellschaft. Die Frau und der Arbeiter haben seit alter Zeit gemein, Unterdrückte zu sein.

Dieses Unterdrücktsein findet im bürgerlichen Staat seinen Ausdruck in den Gesetzen. Bei der proletarischen Frau ist die Unterdrückung eine doppelte, nämlich durch Gesetz und Mann. Die wirtschaftliche Grundlage einer jeden Ehe ist nach dem Gesetz der Verdienst des Mannes. Der Mann hat nach § 1360 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Frau nach Maßgabe seiner Lebensstellung, seines Vermögens und seiner Erwerbstätigkeit Unterhalt zu gewähren; natürlich obliegt ihm auch die Versorgung der Kinder. Der Mann ist also der Verlorger der Familie. Dieser wirtschaftliche Standpunkt des Verlorgers ist die Wurzel des rechtlichen und wirtschaftlichen Uebergewichtes des Mannes. Ueberhaupt ist das gesamte bürgerliche Familien- und Eherecht ganz auf dem Begriff der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Unfreiheit der Frau aufgebaut. Das Bürgerliche Gesetzbuch stellt die Frau unter eine eheliche Vormundschaft, hütet sich aber, wörtlich von dieser Vormundschaft des Mannes über die Frau zu sprechen.

Nach § 1357 besitzt die Ehefrau die sogenannte Schlüsselgewalt. Das heißt: „Die Frau ist berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungskreises vornimmt, gelten als im Namen des Mannes vorgenommen. **Der Mann kann das Recht der Frau beschränken oder ausschließen.**"

Von diesem Recht machte ein mittlerer Reichsbeamter in Halle Gebrauch. Seine Ehefrau hatte die Gewohnheit, möglichst viele und manchmal unnütze Sachen zu kaufen. Auch ließ sie sich von Hausierern und Reisenden alle möglichen Sachen aufschwatzen. Dies wurde dem Manne schließlich zu bunt, und so ließ er 1913 der Ehefrau die Schlüsselgewalt entziehen. Einige Jahre ging es gut. Bis sie sich im Jahre 1925 wieder einmal von der Gesellschaft für Beamtenversorgung Waren im Werte von über 60 Mk. aufschwatzen ließ. In drei Monaten sollte der Betrag abgezahlt sein. Obwohl sie die Waren für ihren sich verheiratenden Sohn brauchte, machte sie ihrem Manne keine Mitteilung von dem Kauf. Auch teilte sie der Firma mit, ihr Mann dürfe vom Kauf nichts erfahren, da er kein Freund von Abzahlungsgeschäften sei. Einige Monate zahlte sie regelmäßig ab. Setzte aus und zahlte wieder ab. Der Firma dauerte die Abzahlungsweise zu lange, und sie schickte dem Ehemann der Frau einen Zahlungsbefehl. Der Ehemann, der von dem Kauf nichts wußte, war erstaunt und empört und **lehnte die Zahlung ab.** Die Firma klagte, verlor, da der Ehemann den Beweis erbrachte, daß seine Frau die Schlüsselgewalt nicht mehr besitze.

Die Ehefrau hatte sich nun auf Strafantrag der Firma wegen Betruges vor dem Gericht zu verantworten. Der Betrug liegt darin, daß sie beim Kauf der Waren der Firma nicht mitgeteilt habe, **daß ihr die Schlüsselgewalt entzogen sei.** Das Gericht schloß sich dem nicht an und sprach die Angeklagte frei. Durch die geleisteten Zahlungen sei bewiesen, daß sie nicht die Absicht gehabt habe, die Firma zu betrügen. Sie habe extra beim Kauf gesagt, ihr Mann dürfe davon nichts wissen, auch könne man nicht verlangen, daß die Frau hätte sagen müssen, die Schlüsselgewalt sei ihr entzogen.

Eben werden im Himmel geschlossen", sagt der Bürger und unzählige von Eheschließen fahren in die Kirche und lassen sich den sogenannten „Segen Gottes" geben. Aber zeigt nicht obiger Vorfall und vor allen Dingen das Bürgerliche Gesetzbuch, daß sie eine vollkommen irdische Einrichtung ist? Befaßt sich doch das Bürgerliche Gesetzbuch

in sechshundertfünfundzwanzig Paragraphen mit den Beziehungen der Ehegatten untereinander.

Nicht zu vergessen die täglich auf den Gerichten stattfindenden Ehescheidungsverhandlungen. Läßt sich eine Frau von ihrem Manne scheiden, so ist sie nach § 1577 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet, zur ewigen Erinnerung an ihn seinen Namen zu behalten, es sei denn, sie heiratet wieder, oder, falls sie allein für schuldig erklärt ist, kann ihr der Mann die Führung seines Namens untersagen.

Die Ehe der heutigen Gesellschaftsordnung weist sehr wenig „himmlische Spuren" auf, aber sehr viele Spuren der Unzulänglichkeit, der Mittelmäßigkeit, des Ungenügens.

Die heutigen Ehegesetze beruhen auf der Idee des Privateigentums. Unsere heutige Gesellschaftsordnung beruht auf dem Kapitalismus, also auf Profit und Besitz, und darum ist sie eine eifrige Hüterin der bestehenden Ehegesetze. Bebel sagt in seinem Buche **„Die Frau und der Sozialismus":** „Die volle Emanzipation der Frauen und ihre Gleichstellung mit dem Mann ist eins der Ziele unserer Kulturentwicklung, dessen Verwirklichung keine Macht der Erde zu verhindern vermag. Aber sie ist nur möglich auf Grund einer Umgestaltung, welche die Herrschaft des Menschen über den Menschen — also auch des Kapitalisten über den Arbeiter — aufhebt. Dann wird die Menschheit zu ihrer höchsten Entfaltung gelangen. Die Klassenherrschaft hat dann für immer ihr Ende erreicht, **aber mit ihr auch die Herrschaft des Mannes über die Frau.**"

Sie klagen an!

Grauenhafte Steigerung der Selbstmordziffer — Immer mehr jugendliche Selbstmörder — Her mit einer objektiven und aktuellen Statistik — Die Kirche muß auch dreinreden

Erst vor kurzer Zeit konnten wir die für unseren Bezirk so furchtbare Tatsache veröffentlichen, **daß Mitteldeutschland mit seiner Selbstmordziffer an der Spitze aller preußischen Provinzen steht.** Wir haben damals auf die schlechte wirtschaftliche Lage hingewiesen, in der das Industrieproletariat selbst zu Zeiten wirtschaftlicher Konjunktur zu leiden hat. Wir haben die völlig unzureichenden sozialen Leistungen gebrandmarkt. Jetzt legt die **Statistische Korrespondenz,** wie dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zu entnehmen ist, eine neue Selbstmordstatistik vor; diesmal aber für ganz Preußen.

Eine neue Statistik? Sie stammt aus dem Jahre 1925, also aus einer Zeit, die zur Beurteilung derartiger Ziffern für den Tagesleser fast wertlos ist. Die Langsamkeit, mit der solche Statistiken von der Regierung und den ihr nahestehenden Organen veröffentlicht werden, ist zu berüchtigt, aber das Hinterherhinken um zwei volle Jahre wird gerade in diesem Falle als besonderer Hohn empfunden werden müssen. Aus den Polizeiberichten kann man

Schwarz
ist die Farbe der Kulturreaktion!

Auf Geheiß von Staatsanwalt und Polizei mußten unsere Werbeplakate schwarz überdruckt werden, die der Oeffentlichkeit an den Anschlagsäulen bekanntgeben, daß

ab 1. August im „Klassenkampf"

Heinrich Wandts neuer Roman

„Der Gefangene von Potsdam"

erscheinen wird.

Wer „Etappe Gent" kennt, darf dieses neue Werk von Heinrich Wandt nicht zu lesen versäumen.

Neubestellungen auf den „Klassenkampf" zum 1. August gebe man daher jetzt schon auf.

[redacted]

tagtäglich Selbstmordfälle und Selbstmordversuche entnehmen, und ein jeder weiß,

daß 1927 die Selbstmordziffer immer noch im Ansteigen ist.

Trotzdem ist auch die Uebersicht über das Jahr 1925 grauenhaft genug, und ihre Zahlen sind eine eindringliche Anklage gegen das kapitalistische System, das Tausende und aber Tausende verzweifelter Menschen „freiwillig" in den Tod treibt.

Folgen wir der Statistik. **Es starben im Jahre 1925 im Freistaat Preußen durch Selbstmorde 9164 (6598 männliche, 2566 weibliche) Personen gegen 8590 (6251 männliche, 2339 weibliche) im Jahre 1924.** Auf 100 000 Lebende entfielen 1925 24 (36 m., 13 w.), 1924 23 (34 m., 12 w.) Selbstmörder. Im Jahre 1913 stellten sich die entsprechenden Ziffern auf 22 (33 m., 11 w.).

Dann geht die Statistik zur Frage der **jugendlichen Selbstmörder** über. Es wird festgestellt, daß bis zu 15 Jahren die Zahl der männlichen Personen eine Abnahme, die der weiblichen dagegen eine Junahme erfahren hat. **Die Zahl der über 15 Jahre alten Selbstmörder beider Geschlechter hat sich im Berichtsjahre in allen Altersgruppen mehr oder weniger erhöht.**

Hier gibt der Amtliche Preußische Pressedienst überhaupt keine Zahl an, obgleich gerade diese Zahl die wichtigste und aufschlußreichste wäre. Was bleibt da noch von der Phrase vom „goldenen Kinderland", vom „Jahrhundert des Kindes", von der „Erüchtigung der Jugend" und der „Jugend, unserer Zukunftshoffnung", wenn die Verhältnisse jugendliche Menschen immer mehr und mehr zum Selbstmord zwingen? Was bleibt von einem System, in dem Jugendliche über 15 Jahre, die also gerade in den Produktionsprozeß eintreten, ihrem Leben ein Ende machen? Was bleibt von einem Staat, der nicht mehr kann, die Zahl der auf diese Weise ums Leben gekommenen Jugendlichen in die Oeffentlichkeit zu bringen?

Dafür kommt die Statistik mit Material über die Art des Selbstmordes und seine Ursachen. Aber auch das ist mehr als spärlich. Man höre: Ueber die Art der Selbstmorde ist zu sagen, daß sich 1925 rund zwei Fünftel aller Selbstmörder, 2988 Männer, 713 Frauen, durch Erhängen das Leben nahmen. Nächst dieser Selbstmordart wählten am häufigsten die Männer das Erschießen (1528), die Frauen das Ertränken (629). Durch Einatmen giftiger Gase fanden 577 Männer und 550 Frauen ihren Tod. Von der Eisenbahn ließen sich 331 Personen überfahren, darunter 77 Frauen.

Als Ursache zum Selbstmord waren im Jahre 1925 in 3194 Fällen Geistes- und Nervenkrankheiten angegeben. Nächst dem waren am häufigsten Gemütserregungen (Trauer, Kummer, Reue, Scham, Aerger usw.) als Selbstmordursache genannt (2495 Fälle). Infolge wirtschaftlicher Not gingen in den Tod 620 Männer, 90 Frauen. Auf Alkoholismus zurückgeführt wurden 343 Selbstmorde männlicher Personen gegen 302 im Jahre 1924.

Hier fehlt doch eine Rubrik! Hier fehlt jene Rubrik, nach der die Todesursache „nicht bekannt" ist, die am häufigsten in den Polizeiberichten auftaucht. Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst scheint die Ursache immer bekannt geworden zu sein, woraus man wieder einmal das feine Zusammenarbeiten der einzelnen Staatsbehörden ersehen kann. Aber man sehe sich diese Ursachenaufstellung genauer an. Sie ist eine rosenrote Verschleierung der schauderhaften Wirklichkeit. Wenn zum Beispiel von Alkoholismus gesprochen wird, so geht die sauber abgerundete Zahl nicht im geringsten darauf ein, in wie vielen Fällen die wirtschaftliche Not, d. h. Hunger, Elend, Wohnungslosigkeit, erst zum Alkoholismus getrieben hat. Auch was zu den Geistes- und Nervenkrankheiten führt, muß in einer solchen Statistik untersucht werden. Und am unsichersten ist die Bezeichnung „Gemütserregungen". Wir wagen zu behaupten, daß hinter dem größten Teil dieser Selbstmorde **ebenfalls elende soziale Verhältnisse stecken,** die dann, im Zusammenhang mit besonderen persönlichen Mißhelligkeiten dazu führten, daß dem Leben ein Ende gesetzt wurde.

Diese Frage ist der Statistik des bürgerlichen Staates aber gar nicht so wichtig. Ihr ist viel wichtiger,

die Aufteilung der einzelnen Toten nach ihrem Religionsbekenntnis.

Dieser Feststellung wird in der Statistik noch einmal soviel Raum gewidmet wie die der Ursachen. Die Kirche will sich mit dem Konkordat eben nicht nur ihren Einfluß auf die Lebenden sichern, sondern auch noch die „Seelen" der Toten als ihr Privateigentum buchen.

Hallische Tageschronik

Halle stellt einen Rekord für Verkehrsunfälle auf

Am 23. Juli gegen 12.30 Uhr nachmittags stieß in der Mansfelder Straße eine Zugmaschine mit Anhänger mit einem mit zwei Personen besetzten Motorrad zusammen. Der Motorradfahrer sowie dessen Begleiter erlitten leichte Verletzungen am Kopf und an den Händen. Das Motorrad wurde stark beschädigt.

Am 23. Juli gegen 12.45 Uhr nachmittags wurde in der Delitzscher Straße ein Radfahrer von einem Lastkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Der Radfahrer trug eine leichte Verletzung am linken Arm davon.

In der Nacht vom 23. zum 24. Juli gegen 12.15 Uhr erfolgte in der Merseburger Straße ein Zusammenstoß zwischen einem mit zwei Personen besetzten Motorad und einer Radfahrerin, wobei die letztere sowohl als auch die auf dem Soziussitz des Motorrades sitzende Beifahrerin erhebliche Verletzungen davontrugen. Beide Verletzte wurden dem Krankenhaus Bergmannstrost zugeführt.

Am 24. Juli gegen 12.15 Uhr nachmittags wurde am Neuwerk ein Lehrling von einem Motorrad angefahren und zu Boden geworfen, wobei er Verletzungen am linken Bein davontrug. Der Motorradfahrer fuhr, ohne sich um den Verletzten zu kümmern, in schneller Fahrt davon.

Wieder mal die lieben Studenten. Kürzlich hatten hier Studenten eine lustige Kumpanei. Abends bekam man Hunger, und da der eine der Studenten im Besitz einer Dose Würstchen war, ging man hinaus in die Küche und wollte einen Topf Wasser siedend machen, um die Würstchen zu kochen. Aber es stand schon ein Topf mit Wasser kochend auf dem Herde. Also ob die fürsorgliche Hausmutter geahnt hätte, daß die hiesigen Würstchen heißmachen wollten. Nach kurzer Zeit wurden die Würstchen dampfend aufgetragen; aber als man hineinbiß, da schmeckten sie, nicht zu genießen. Und es stellte sich heraus, daß die Wirtin sich ihren Entfettungstee gebraut hatte. Und in diese Entfettungsbrühe hatten die Studenten ihre Würstchen gesteckt.

Schmarotzer.

Es war auf dem Bahnsteig. Einige Arbeiter, die auf den Zug warteten, der sie an ihre auswärtige Arbeitsstätte bringen sollte, unterhielten sich laut und angeregt über Aufgabe und Wesen der modernen Arbeiterbewegung.

Ein in der Nähe stehender Herr, Typ eines Schwerreichen, wohlbeleibt, fingerberingt und mit einer duftenden Havanna im Munde, mischte sich in das Gespräch.

„Eine Gesellschaft ohne Kapitalisten, das ist ja Blödsinn," schnarrte er. „Oder können Sie sich Ihren Körper denken ohne Herz und Hirn?"

„Nein, das nicht," war die Antwort, „aber ohne Bandwürmer!"

Theater, Konzerte und Vorträge

Volkshochschule. Im August beginnen folgende Vorträge, Arbeitsgemeinschaften und Führungen: Am 9. August in der Universität, Rektor Haale: „Der Sternenhimmel im August" (mit Lichtbildern und Beobachtungen). Am 14. August, Direktor Dr. Hauboerne: „Einführung in Tierkunde und Tierpflege, Führungen durch den Zoologischen Garten mit Aussprache an Ort und Stelle." Am 15. August hält im Melanchthonheim Herr Ingenieur Glatz von der Flugwerkstatt Halle A.-G. den letzten Vortrag in der Reihe: Das Flugzeug. Thema: „Der europäische Luftverkehr und seine Bedeutung als Weltluftverkehr" (mit Lichtbildern). Die Arbeitsgemeinschaft „Englisch" unter cand. phil. Gleisberg nimmt ihre Arbeit am 16. August im Lyceum I wieder auf. Außerdem beginnt Herr Doell am 25. August wieder mit den Uebungen in der Musikgemeinschaft.

Walhalla-Theater. Heute Premiere „Die Abenteuer des Herrn Maiermez", Operette in drei Akten, in welcher das beliebte Künstlerpaar Margot Peter und Gustav Bertram ihre letzte Gastspielwoche geben.

Zirkus Barum. Die Darbietungen des Zirkus Barum erfreuen sich nach wie vor des größten Interesses seitens des Publikums. Da noch immer für die nächsten Tage karte Nachfrage nach Eintrittskarten herrscht, hat sich die Zirkusleitung trotz anderweitiger, bindender Verpflichtungen entschlossen, das Gastspiel bis einschließlich Dienstag zu verlängern. Für morgen, Dienstag, plant die Direktion einen Ehrenabend für Damen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192707 25-15/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Städtekampf Halle — Oslo (Norwegen) 5:1 (3:0)

Deutsch-norwegisches Kampfbündnis — Ein gelungenes Spiel
Arbeitersportler bekräftigen den Gedanken der Einheitsfront

Der Ruf an die hallische Arbeiterschaft war nicht verhallt. Zu Tausenden hatten sie sich eingefunden, um dem internationalen Fußballspiel beizuwohnen. Noch lange wird man in Halle von diesem Treffen reden, was in seinem glänzenden Verlauf bewies, daß sich die Arbeitersportler zur revolutionären Einheit bekennen. Das kam auch in der kurzen Ansprache des Führers der norwegischen Mannschaft zum Ausdruck, in der betonte: „Wir kommen nicht nur zu dem Zweck nach Halle, um uns im friedlichen Wettkampf mit den hiesigen Arbeitersportlern zu messen, wir betrachten es als unsere vornehmste Aufgabe, durch dieses Spiel das Band der internationalen Solidarität fester und fester zu knüpfen“.

In diesem Geiste verlief auch das Spiel unter lebhafter Anteilnahme der riesigen Besucherzahl.

Der Bezirksvorsitzende Genosse Hartleb begrüßte die Sportgenossen von Norwegen offiziell mit einigen warmen Worten. Die Spiele sind nicht des Sportes wegen speziell vereinbart worden, sondern um die internationalen freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Proletariat beider Länder zu festigen, denn die Arbeitersportler sollen diejenigen sein, welche dem Rufe der Parteien folgen und das erste, wenn es sein soll, die Barrikaden zu besteigen. Er gedenkt mit einigen warmen Worten der Wiener Barrikadenkämpfer, die sich so heldenmütig geopfert haben. Nachdem er nochmals die Norweger

im roten Herzen Mitteldeutschlands

begrüßt, folgt nach der notwendigen Uebersetzung eine Erwiderung des Spielleiters von Norwegen, des Gen. Ferdinand Olsen. Er begrüßt die Hallenser im Namen seines Vereins, sowie der ganzen Arbeitersportler Norwegens und deutet ebenfalls an, daß **nicht die Spiele den Hauptzweck ihres Hierseins** bilden, sondern, daß die Norweger ebenfalls die internationale Freundschaft pflegen und aufrechterhalten wollen. Er spricht seine Freude aus, daß es ihnen vergönnt sei, einmal in dem roten Herzen Deutschlands mit Arbeiterbrüdern zusammen zu sein, wo seit des Völkermordens so viel Proletarierblut geflossen sei.

Nachdem nun noch ein Prolog in norwegischer Sprache von der Sportgenossin Hilda Knutsen („Fichte“, Halle) vorgelesen war, wurde beiden Mannschaften als Willkommengruß ein Bukett roter Rosen mit folgenden Worten überreicht:

Liebe Freunde und Sportgenossen! Im Namen der Fußballpartie des 8. Bezirks, des Arbeitersport- und Kulturkartell Halle und im Auftrage der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft heißen wir Euch, die Ihr das erstemal deutschen, vor allem hallischen, Boden betretet, herzlich willkommen. Wir hoffen und wünschen, daß Ihr die wenigen Stunden, die Ihr in unserer Mitte weilt, dazu benutzen werdet, daß das gemeinsame Band, welches uns verbindet, immer inniger und fester geschmiedet werden soll, daß Euer und unser Herzschlag ein und derselbe ist, daß keine Macht der Erde uns voneinander trennen kann, daß unser Kampf der einige ist, daß Euer und unser Ziel dasselbe ist in der Zusammenschweißung der internationalen Arbeiterschaft, auf sportlichem, wie auf gewerkschaftlichen und politischem Gebiete. Liebe Freunde! Wenn wir heute zum Spiel antreten, wenn der Kampf beginnt, dann wollen die Kräfte gegeneinig messen, sowie es für den feindlich stehenden den Anschein, als wenn wir „nur spielten“ um des Spieles halber, nein — das ist bei uns nicht der Fall, es ist ein geheimes Abwägen der Kräfte des Proletariats, ein Stählen der Körper und Nerven, um den Befreiungskampf aller Arbeiter, ein Ringen nach Macht, nach Luft und Licht. Liebe Freunde! Die Frage drängt sich hier auf: Wer wird der Sieger sein? Die Sieger müssen wir sein auf der ganzen Linie, wenn das Proletariat aller Länder sich seiner allumfassenden Kraft seiner bewußt wird, wenn es sich in die Tat zu Gebrauch macht. Schwer liegt die Faust der Machthaber aller Länder auf den Häuptern des Proletariats, die Ausbeutung und Drangsalierung ist überall die gleiche, und weil es überall so ist, bei uns in Deutschland nur noch schärfer, hervorgerufen durch den unglückseligen Krieg, welcher so unendliches Jammer über das deutsche Proletariat gebracht hat, darum, liebe Freunde und Sportgenossen, müssen wir fester denn je zusammenhalten. Darum heißen wir Euch um so herzlicher willkommen, darum schlagen unsere Herzen Euch noch freudiger entgegen, darum wollen wir die wenigen Stunden, die Ihr bei uns in echter proletarischer Freundschaft verlebt, und daß es so bleiben möge für alle Zeiten, mit einem kräftigen „Frei Heil“ bekräftigen. Der nationalen und internationalen Arbeitersportbewegung, auf daß sie immer größer und stärker werden möge, ein dreifaches „Frei Heil“!

Das Fußballspiel

Halle hat Anstoß und sofort entwickelt sich ein lebhaftes Mittelfeldspiel. H. kommt gut durch, ein scharfer Schuß von links prallt vom Pfosten und R.-A. schießt scharf auf den Mann, der Torwart von N. wehrt schlecht ab zur Ecke, welche aber nichts einbringt. Wieder entspinnen sich in der Mitte schöne Angriffe. A. kommt durch und setzt von zwei Meter auf Pfosten. Torwart wehrt aber brillant ab. Nun folgt ein Mittelfeldspiel, wie es selten gezeigt wird. N. etwas überlegen, kann aber nichts erreichen, da fast alle Angriffe von der guten Verteidigung H. gestört werden. Ein Durchbruch H. endet mit scharfem Schuß des M.-St. an dem herausspringenden Torwart von N., neuer Jubel meldet Nullen. Auf und ab wogt der Kampf, bis endlich in der 22. Minute H. durch präzises Durchspiel und schlechte Abwehr des N. Torwart zum ersten Erfolge kommt. In der 24. Minute gelingt es H., durch gut hereingespielten Einwurf Nr. 2 zu buchen. Nach längerem Spiel und hier wird ein Eilmeter wegen Handspiel gegeben, der in sportlicher Weise verschenkt wurde. In der 45. Minute kommt Halle durch gut gelungenes Kombinationsspiel durch scharfen Schuß von R.-A. zum dritten Erfolg.

Nach Wiederbeginn wird das Tempo noch etwas mehr verschärft. Wieder ist es zumeist Mittelfeldspiel mit leichter Ueberlegenheit von H. Ein Strafstoß für H. wegen Zurückspielens eines Abseitsstoßes wird durch Abseitsstellung unterbunden. Der Torwart von N. bekommt etwas mehr Arbeit, desgleichen müssen die Verteidiger alles aufbieten, um nur einigermaßen vor dem Tore zu bleiben. Jetzt nimmt das Spiel wieder etwas wechselvolleren Charakter an. Obwohl N. alles aus sich herausgibt, um wenigstens einen Erfolg zu erzielen, so bleiben aber alle technisch gut eingeleiteten Angriffe erfolglos, ja, halle kann in der 81. Minute durch einen guten Seitenwechsel des L.-A. nach R. zu dem 4. Erfolg kommen. N. macht alle Anstrengungen und soll auch in der 88. Minute wenigstens das Ehrentor durch schönes Durchspiel erreichen. Gleich darauf, in der 89. Minute, ist es halle vergönnt, das Resultat auf 5 zu erhöhen. Und somit darauf trennt der Sportgenosse Höhne (Alberslehen) mit 5:1 für Halle beide Gegner.

Die Zuschauer waren durch das Städtespiel Halle — Berlin etwas optimistisch eingestellt. Der Spielverlauf zeigte jedoch, daß der Spielausschuß diesmal doch einen bedeutend besseren Griff bei der Aufstellung seiner hallischen Elf getan hat. Das Spiel selbst wurde in einem nur denkbar ruhigem und vor allen Dingen fairen Rahmen gezeigt und zeigt sich voll und ganz zu einem freundschaftlichen Verbrüderungsakt der sportlichen Vertreter des Proletariats zweier Länder.

Die Mannschaften

Die Norweger waren durchweg eine gute, technisch ausgebildete Mannschaft, es war auch nicht ein schwacher Punkt vorhanden. Im Deckungs- und Zuspiel sowie „Mann an Mann Ball“ waren sie den hallischen überlegen, nur Unentschlossenheit vor dem Tor verscherzten die Erfolge. Sie waren bemüht, technischen Sport zu zeigen, in Torraum wurde von dem Innenstio nach kombiniert. Es muß noch erwähnt werden, daß die zwei besten Spieler in Leipzig verletzt wurden, der Ersatz paßte sich dem Spiel sehr gut an.

Die hallische Mannschaft war technisch nicht so auf der Höhe, wie ihr Gegner. Jedoch war das Zuspiel genau und die Spieler mit großem Eifer. Die Verbindungsstürmer konnten nicht immer gefallen. Die Außenseite wurden zu wenig bedient. Die Läufer hatten einen schweren Stand. Sie lösten ihre Aufgabe im allgemeinen zur Zufriedenheit. Die Verteidigung wirkte sicher und ganz, ebenso der Torwart. Dem Schlußtrio hat es halle auch zu verdanken, daß das Resultat nicht ein anderes Gesicht bekam. Die saire, ruhige Spielweise unserer hallischen Elf sowie auch die der R.), hat bei den Zuschauern einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Es war wirklich Sport, was geboten wurde. Das Aus-den-Mann-gehen fiel fast vollständig weg, das Abperren und Abspielen ohne die sonstigen Kempeleien, das ist der Erfolg, den das internationale Fußballspiel hinterlassen hat.

Oslo (Norwegen) — Vorwärts (Leipzig-Eutritzsch) 3:3 (1:2) Ecken 7:2

Das erste Spiel der Norweger Genossen fand am Sonnabend in Leipzig vor zirka 2500 Zuschauern statt. Da zu gleicher Zeit dort noch andere große Treffen durchgeführt wurden, konnte dieses Spiel keine Massenveranstaltung für die Einheit der Arbeitersportbewegung sein. Vertreter des Arbeiter-Turn- und Sportbundes des Norweger Verbandes und der KPD. wiesen vor dem Spiel in kurzen Ansprachen auf die Bedeutung derartiger Spiele für die Einigung der Arbeiterklasse gegen den internationalen Kapitalismus hin.

18.30 Uhr begann das Spiel, der R. Anisch wird abpfeifen. Hochhohes Spiel ist zu sehen, die Mannschaften finden sich nicht recht zusammen. Leipzig drückt und schon nach sechs Minuten fällt das erste Tor durch einen Nachschuß, den der K. Lormann schön abwehrt, allerdings hinter der Linie. N. hielt ungenau zu, die Stürmer hatten den Ball zu lange und alle Angriffe wehrt L. sichere Verteidigung ab. Auffallend sind die Schrägschüsse der Außenstürmer, R.-A. erzielt bald dadurch den Ausgleich. Zwei Minuten später schießt L. einen wegen unabsichtlicher Hand gegebenen Elfmeter zum Führungstor ein. N. spielt leicht überlegen, schlechtes Zuspiel (man sieht sogar das typische Lauf- und Stoßspiel) und leichte Schüsse der weiße gezeigt, so daß die erste Hälfte zum größten Teil mit Einzelleistungen ausgefüllt ist. R. Stürmer halten den Ball zu lange und spielen noch im Strafraum nach außen, die Gelegenheiten zu sicheren Torschüssen bleiben dadurch aus.

In der zweiten Hälfte ist das Tempo lebhafter. L.-A. unternimmt einen Alleingang, die Verteidigung greift nicht an und der Ball wird haarscharf neben das Tor geschossen. Kurz darauf erreicht ein Schrägschuß des L.-A. das Netz. 3:1. Nun spielt N. auf Ausgleich, die Mannschaft wird sicherer und spielt sich gut durch. Mehrere Ecken werden gut getreten, aber von L. noch besser abgewehrt. Verschiedene Strafstöße muß der Schiedsrichter verhängen, damit das Spiel nicht hart wird. In der 17. Minute stellt ein vom R.-A. getretener Elfmeter das Resultat auf 3:2. Die Norweger Stürmer greifen ungestraft den L. Tormann an, der Schiedsrichter übersieht das Ausgleichstor, der Ball sprang aus dem Netz ins Spielfeld zurück. Die Beachtung der neuen internationalen Spielregeln (keine Drahtnetze, ordnungsmäßiges Kreiben des Spielfeldes) wäre in der Hauptsache unseres Bundes zu begrüßen. L. unternimmt noch einige schöne Angriffe, N. wehrt vielbeinig ab, die Viertelminuten pfeift R. ab. Ein hartes Elfmeter-Entscheidung bringt den verdienten Ausgleich. Die letzte Viertelstunde steht im Zeichen der Nordländer, es wird aber der Sieg von keiner Mannschaft erreicht.

Jugendspiel A — B 2:3 (0:2)

Das erste Ausmahlspiel der Jugend zeigte, daß die Zusammenstellung gut war. Die B-Mannschaft erwies sich spielstärker, der Sturm arbeitete genauer. Ein Unentschieden wäre dem Spielverlauf nach gerechtet. Das Spiel wurde fair ausgetragen. Die beiderseitigen munteren Angriffe, das technische Können der einzelnen Spieler ließ die Zuschauer auf ihre Kosten kommen. Zu erwähnen ist, daß die fünf geschossenen Tore sehr placiert und unhaltbar waren.

Halbstunden-Mannschaftslauf

1. ASC. (23½ Runde): 8000 Meter. 2. Passendorf 1. (22½ Runde): 8960 Meter. 3. Passendorf 2. (21½ Runde): 8570 Meter. 4. Adler-Halle bei der achten Runde aufgegeben.

Die Kirche hat einen großen Magen

In Bayern sind die teutschen Turner in heller Aufregung. Zum 16. und 17. Juli planten sie in Neuburg a. D. das „Erste Bayrische Frauenturnfest“. Die Vorbereitungen sind im vollen Gange und da **platzt folgender Ukas der katholischen Sittlichkeitswächter** hinein:

Die hochwürdigen Herren Bischöfe Bayerns erlassen folgende Erklärung:

Durch die Leitsätze, die im Jahre 1925 von sämtlichen deutschen Bischöfen zu verschiedenen Fragen der öffentlichen Sittlichkeit erlassen wurden, ist in einer für das Gewissen der Katholiken verpflichteten Weise jedes öffentliche Schauturnen, Wettkämpfen, Wettschwimmen von Frauen und Mädchen verboten. Nun hat der Bayrische Turnerbund, obwohl seiner Leitung die bischöflichen Leitsätze seinerzeit zur Kenntnis kamen, für den 16. und 17. Juli des Jahres das „Erste Bayrische Frauenturnfest“ in Neuburg a. D. ausgeschrieben und dadurch weite Kreise des Volkes, die bisher dem Turnen der Männer wohlwollend gegenüberstanden, in Gewissenskonflikte gebracht. Die Bischöfe Bayerns erheben gegen dies öffentliche Aergernis öffentlich Einspruch und verpflichten als Wächter des göttlichen Sittengesetzes die katholischen Frauen und Mädchen im Gewissen, dem Turnerinnenfest in Neuburg oder sonstwo ferne zu bleiben. Die Seelsorger unserer Diözesen werden hiermit angewiesen, diesen Einspruch des Bayrischen Gesamtepiskopates an einem Junisonntag von den Kanzeln zu verlesen und mit pastoraler Klugheit und Entschiedenheit in Vereinsversammlungen und bei anderen Gelegenheiten die katholischen Frauen und Mädchen immer und immer wieder auf die Leitsätze des Deutschen Episkopates zur öffentlichen Sittlichkeit hinzuweisen.

Da haben wirs. Die teutschen Turner, die sich doch so viel Mühe geben, der Kirche gerecht zu werden, sie werden plötzlich so arg befehdet. Was sie alles getan haben, um sie zufrieden zu stellen, das zählt der reaktionäre bayrische Turnerbund in einer Gegenerklärung in der schwarzweißroten „Deutschen Turn-Zeitung“ wie folgt auf:

„Die Bayrische Turnerschaft hat sich im allgemeinen fast ängstlich bestrebt, den Wünschen der Geistlichkeit überall entgegenzukommen. Sie hat die katholischen Gebräuche pietätvoll geachtet und für den Kirchenbesuch bei festlichen Gelegenheiten, Wanderungen, Wetturnen usw. in weitgehendem Maße Sorge getragen. Wir verweisen auf die diesbezüglichen Anordnungen beim letzten Deutschen Turnfest, beim Bayrischen Landesturnfest in Bamberg 1926 usw. Auch für das Frauenturnfest in Neuburg a. D. ist der Gottesdienst für beide große christliche Konfessionen vorgesehen. Bei allen Jugendtreffen des Bayrischen Turnerbundes ist ein Gottesdienst eingeschaltet: Kurzum, es geschieht grundsätzlich bei allen Veranstaltungen des Bayrischen Turnerbundes alles nur mögliche, um der Kirche zu geben, was ihr gebührt.“

Und klagend flehen die teutsch-bayrischen Turner die „hochwürdigsten Herren Bischöfe“, doch ja nicht den „Weltanschauungskampf in die große nationale Bewegung der körperlichen und sittlichen Ertüchtigung unserer deutschen Jugend zu tragen“ und abzulassen von der Vermehrung der „bedauerlichen Zwietracht auf einem Gebiete ..., auf dem alle Gutgesinnten, sich zum Segen des ganzen Volkes die Hand reichen und alle etwa vorhandenen Gegensätze friedlich ausgleichen sollten.“

Nun, sie werden sich schon wieder vertragen, haben doch beide, Kirche und bürgerlicher Sport, die gleiche Aufgabe, mit allen Mitteln, vor allem die arbeitende Jugend fernzuhalten von den Klassenorganisationen des Proletariats. Die Bourgeoisie wird sie schon wieder zusammenbringen.

Aufgabe auch der Arbeitersportler aber muß es sein, den Kampf gegen den bürgerlichen Sport und gegen die Kirche zu verstärken und die Propaganda für den Arbeitersport eifriger denn je zu betreiben.

Fußball

Cröllwitz 1. — Sportbrüder 1. 11:2 (8:0)

Am Freitag standen sich obige Mannschaften im Gesellschaftsspiel gegenüber. Obwohl H. sich die größte Mühe gab, so gut wie möglich abzuschneiden, mußten sie sich diese hohe Niederlage ruhig gefallen lassen. Bemerkenswert war, daß Sportbrüder in aller Ruhe, Gelassenheit und von Anfang bis Ende einen eifrigen Ball spielten. Ein Beispiel für andere Vereine, sich mit der Tatsache abfinden zu lernen, daß der Bessere siegt.

Viktoria Schüler — Möslich Schüler 3:0 (1:0)

Erstmalig trafen sich die „Kleinen“ im Gesellschaftsspiel auf dem Sandanger. Beide Mannschaften hörten ein ruhiges, faires und lautloses Spiel vor, wonach sich die „Alten“ ein Beispiel nehmen können. Viktoria konnte infolge ihres besseren Zusammenspiels der Stürmer den Sieg an sich reißen. Auch die Läuferreihe war gut, doch zum Ehrentreffer langte es nicht. Der Schiedsrichter hatte Freude an diesem Spiel, denn er brauchte sehr wenig zu pfeifen und vor allen Dingen fügten sich die Kleinen seinen Anordnungen. Nur so weiter, andere Vereine müssen aber folgen mit der Gründung von Schülermannschaften und wir bekommen einen spielstarken und guten Nachwuchs im Arbeitersport.

Viktoria 3b — Askania 3. 3:0

Auch die vor kurzer Zeit ins Leben gerufene 3b-Mannschaft von Viktoria konnte nach ruhigem Spiel über ihren Gegner obiges Resultat herausholen.

Fortuna 1. — Ammendorf 1. 6:2.
Fortuna 2. — Möslich 1. 2:0.
Fortuna 3. — Viktoria 3. 3:1.

Handball

Fichte-Halle 1. — Seehen 1. 3:2.
Fichte-Halle 2. — Frisch auf 1. 12:1.
Fichte-Halle 3. — Möser 1. 1:1.
Sportlust 1. — AWV. 1. 1:2.
Sportlust 2. — ASC. 2. 0:6.
Lueis 1. — Zwintschöna 1. 2:4.
Lueis Jugend — Zwintschöna Jugend 0:3.
Sportlust Sportlerinnen — ASC. 0:0.
Wörmitz Sportlerinnen — Fichte-Halle 2:1.
Viktoria Sportlerinnen — Fichte 2. Halle 0:1.

Schwimmer

Wasserball-Serienspiel um die Kreismeisterschaft in Burg b. M.
Vormittags: Freier Wassersportverein Halle — Magdeburg-Neustadt 1:2 (0:1).
Nachmittags: Freier Wassersportverein Halle — Burg 7:0 (3:0). Näherer Bericht folgt noch.

Vereinsmitteilungen

Turnerbund Zeitz. Dienstag abend 8 Uhr Spielausschußsitzung bei Wagner, Voigtstraße. Mittwoch abend 8 Uhr sehr wichtige Spielerversammlung. Erscheinen ist Pflicht. [491

Athletikvereinigung Germania-Zeitzerfeld. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Dienstag, dem 26. Juli, unsere Uebungsstunden wieder beginnen. Dienstag abend Uebungsstunde aller Sportarten. Der technische Leiter. [492

Sonntag, den 7. August, 5½ Uhr nachm.
auf dem Sportplatz Bahnhof Heide, Dölau
Wien — Fortuna-Dölau

Sportsgenossen! Werbt eifrig für den „Klassenkampf“

Zur Einheit der Arbeitersportbewegung

Am 5. Juli 1927 sandte der Hohe Rat für physische Kultur der in Prag tagenden Bureausitzung der Luzerner Sportinternationale folgendes Telegramm:

Spaz. IVJ. für Bureau LSJ., Prag

Hoher Rat für physische Kultur wiederholt hiermit die Einladung aller Sektionen Ihrer Internationale zur Teilnahme an dem Sommerfest für physische Kultur in der RSFER., welches eröffnet wird am 20. August 1927. Bedingungen: Wir zahlen Verpflegung, Quartier und Bahn auf unserem Territorium. Senden Spezialbrief allen Sektionen. Erwarten eine zustimmende Entscheidung zur Festigung der Einheit der Arbeitersportfront. Antwortet telegraphisch. Brüderliche Grüße.

Hoher Rat für physische Kultur.
Kalpus.

Und die Antwort der LSJ.? Bisher ist eine solche nicht bekannt geworden. Das ist kennzeichnend für den so oft von den Führern der LSJ. betonten „Willen“ zur Einheit. Sie sprechen wohl davon, praktisch haben sie aber noch nichts unternommen, um die Einheit zu verwirklichen. Die RSJ. dagegen hat in all den vergangenen Jahren wiederholt ihre Bereitschaft zur Vereinigung zum Ausdruck gebracht. Sie hat wiederholt Vorschläge gemacht, um die Einheit zu verwirklichen. Sie unterstreicht das erneut durch folgende Vorschläge:

Einheitsplattform der RSJ.

Das Präsidium hat in einer seiner Sitzungen folgende Plattform als Grundlage zur Vereinigung mit der LSJ. beschlossen:

1. Das EK. der RSJ. hält die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz aus den Vertretern beider Internationalen, proportional der Zahl der Mitglieder, zur Behandlung der Frage der Vereinigung der RSJ. und LSJ. für notwendig.

2. Das EK. der RSJ. denkt sich die Vereinigung der RSJ. und der LSJ. auf folgender Grundlage:

a) Die vereinigte Internationale arbeitet auf Grund der Prinzipien des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie.

b) Die vereinigte Sportinternationale führt einen entschiedenen Kampf gegen die bürgerliche Sportbewegung und für die Loslösung der Arbeitersportlermassen von derselben.

c) Die vereinigte Internationale kämpft entschieden, gemeinsam mit dem revolutionären Proletariat gegen den bürgerlichen Militarismus, gegen neue Kriege, gegen die Reaktion, gegen den weißen Terror und gegen die faschistischen Organisationen.

d) Die vereinigte Internationale organisiert in ihren Reihen einen Selbstschutz und unterstützt das Proletariat in seiner Selbstverteidigung.

e) Die vereinigte Internationale betrachtet den Sport, die Gymnastik und die Körperkultur überhaupt, als Mittel der Organisierung, der Stärkung der körperlichen Gesundheit und der Hebung des kulturellen und politischen Niveaus der Massen des Proletariats und der Bauernschaft im Klassenkampf des Proletariats.

f) Die vereinigte Internationale schließt sich keiner Parteiinternationale organisatorisch an, sondern leistet ihre Arbeit im Kontakt mit dem revolutionären Kampf des Proletariats.

g) In der vereinigten Internationale soll volle Freiheit der politischen Anschauungen der Mitglieder der Internationale erlaubt sein.

h) Auf dem vereinigten Kongreß wird das leitende Organ der Internationale (das Exekutivkomitee) mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt.

i) Der Sitz des Exekutivkomitees wird vom vereinigten Kongreß bestimmt.

k) Das Statut wird vom vereinigten Kongreß behandelt.

l) Zur Organisierung der Vorbereitung des Kongresses stellt das EK. der RSJ. und das Bureau der LSJ. auf einer gemeinsamen Sitzung das Organisationskomitee zur Einberufung des Vereinigungskongresses zusammen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192707 25-15/fragment/page=0007

Otto Hänisch
◆ Fahrräder ◆
Turmstraße 156

Hermann Schütze
Zigarren, Zigaretten und Tabake
Pfännerhöhe 52

Ia. Fahrräder
Nähmaschinen, Sprechapparate
sämtliche Ersatzteile billigst
— Eigene Reparaturwerkstatt —
Emaillieren und Vernickeln
August Kraft
Steinweg 51 Geiststr. 40
Tel. 2816. Zahlungserleicht.

Wo kauft man
Bettfedern
Inlettstoffe
fertige Betten
und Steppdecken
am besten?
Bei
Kreß & Co.
Halle a. d. S.
Pfännerhöhe 4 Tel. 23332
Bettfedern-Reinigungsmaschine täglich in Betrieb

Moritz Rosenthal
Leipziger Straße 1
(im alten Rathaus)
Herren- und Knabenbekleidung
fertig und nach Maß
Anerkannt billige Preise

Mineralwasser
Farben — Tapeten
Artikel zur Weinbereitung
Barbara-Drogerie
Merseburger Straße 104

F. Baumgärtel
Lessingstraße 26 Ecke Roßplatz
Kolonialwaren
Speiseleinöl
jede Woche frisch eintreffend

Fahrräder
Triumph, Panther, Presto
Viktoria
Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate
— Zahlungserleichterungen —
Paul Krause
jetzt Geiststraße 39

Nr. 48
Die preiswerteste und beste Zigarre, die zu
15 Pf.
geboten werden kann
Richard Schöne
Talamtstraße 5
am Hallmarkt
Fernruf 23478

Arbeiter
fahrt Strapazierschuhe nur mit grünem Leder „Marke Goliath" besohlen
1 Jahr Haltbarkeit keine Seltenheit!
Kirchner-straße 18a **Fußwohl** Wörmlitz. Straße 9
Gr. Wallstr. 44, Steebener Str. 164
Auch Leder im Ausschnitt

Feinste
Fleisch- u. Wurstwaren
Aufschnitte
nur reines Schweinefett
Adolf Klingner
Fleischermeister
Schillerstraße 34
Tel. 24745

Johannes Thurm
empfiehlt ständig seine
prima Fleisch- und Wurstwaren

Hallmarkt-Drogerie
Paul Claus
Dreyhauptstr. 2 Dreyhauptstr. 2
Farben — Lacke — Pinsel
schnelltrockn. Fußbodenfarben
streichfertige
Oelfarben

Willy Ackermann
Inhaber seiner Fleisch- u. Wurstwaren
Tel. 23488 Lessingstraße 29 Tel. 23488
Spez.: Thüringer Wurstwaren
ferner:
Alle Sorten Fleischwaren
in prima Qualitäten

Fahrräder
Opel, Phänomen und andere erstklassige Spezialmarken in großer Auswahl
Geringe Anzahlung, Wochenrate 3,— Mark
Reparaturen prompt und billig
Max Lange
Ludw.-Wucherer-Str. 63

Fahrräder
mit Freilauf und Gummi
von 60,— bis 110,—
Panzer, Gritzner, Corona
Fritz Lohrengel
Große Klausstraße 7
Ecke Oleariusstraße

Groß-Roßschlächterei
Karl Böhlert
Halle an der Saale, Olearius-straße 3, Reilstr. 30, Tel. 23933
Ammendorf, Hauptstr. 30, Tel. 29
empfiehlt:
Prima Fleisch- u. Wurstwaren, warme Würstchen z. jd. Tageszeit

Liebings hausschlachtene
Nietlebener Landwurst
schmackhaft gewürzt, rein verarbeitet, trotzdem billig
Wer sie einmal probiert hat, kommt immer wieder!
Verkaufsstelle:
Leipziger Straße 2

Stempel-Pfautsch
Nikolaistr. 6
Fernruf 23668

Gruden
Oefen, Herde
Gaskocher
Christian Glaser
Gr. Klausstr. 24

Arbeits-Bekleidung
für alle Berufszweige
Echt blaue Pilot-, Köper- und Leinen-Anzüge, Stoff- und Leder-Hosen aller Arten
in altbekannten, nur bewährten Qualitäten in jeder Preislage
Herm. Bauchwitz
Markt 4 Halle a. d. S. Markt 4

Ia
Marken-Fahrräder
liefert zu günstigsten Bedingung
K. Regenhardt
Streiberstr. 40
Hof ptr.

Kolonialwaren u. Spirituosen
Spezialität: Gebrannte Kaffees
Oskar Haeder, Oleariusstr. 11

Zigaretten, Zigarren, Tabake
Otto Mucha, Großhdlg.
Lerchenfeldstraße 12 Tel. 21730

Unsere Leser kaufen nur bei unseren Inserenten!

Fahrräder
Ia. Marken
10 Mark Anzahlung
3 Mark Wochenrate
Paul Lucke, Halle a. S., Bäckerstr. 1 (Glauchaer Str.)
Reparatur-Werkstatt
Emaillieren Vernickeln

Fahrräder
Anzahlung 10 Mk., Wochenrate 3 Mk.
Fr. Franke
Landwehrstraße 4 Tel. 29478
Reparaturwerkstatt
Landwehrstraße 2

Vereine
bestellen am besten ihre
Drucksachen
bei der Produktiv-Genossenschaft in Halle a. S., Barfüßerstraße 14, die schnell und preiswert liefert
Fernruf 21045, 21047

Langestr. 7
RADIO
Apparate und Teile
Hermann Lilge
Zeitzer 22178 Tabakwaren-Spezialgeschäft Leipz. 23178
Langestr. 7

Inhaber: Ernst Kadler
Bahnhofs-Tunnel
Gaststätte für jedermann
Warme Speisen
zu jeder Tageszeit, zu billigsten Preisen sowie gut gepflegte Biere
Jeden Mittwoch Schlachtefest!

SINGER
Nähmaschinen Akt.-Ges.
Zahlungserleichterungen
Teile — Nadeln — Reparaturen
Halle a. S., Leipziger Str. 23, Mühlweg 22
Bitterfeld, Mühlstr. 24

Familienbad
Ammendorf-Skopau
Haltestelle der Fernbahn Halle-Merseburg
Schönstes Bad der Umgebung
Reinstes Flußwasser
10000 qm Luft- u. Sonnenbad in freier Natur
Für Familien herrliche Sitzgelegenheit unter uraltem Baumbestand

Flugplatz-Kasino
Der beliebte Ausflugsort aller Genossen
Max Weber
7 Minuten v. d. Endstation d. Linie 1

Fleischerei
Otto Ulbricht, Glauchaer Straße 25
Empfehle meine
Fleisch- und Wurstwaren
Nur erste Qualität

Friedrichsbad Zwintschöna
Bahnhof Diesbar
Herrliches Schwimm-, Luft- und Sonnenbad
Kristallklares, sauerstoffhaltig. Quellwasser
Dieses Jahr auf ca. 200 Zellen erweitert

Leder im Ausschnitt
Spezialität: Eisenleder
Ferner reichhaltiges Lager in Damen-, Herren- und Kinderschuhen
Hartmann & Hansen
Mansfelder Str. 4

Beerdigungs-Institut
Willy Lutze
Halle an der Saale
Krukenbergstraße Nr. 7
Geschäftsstelle des Deutschen Begräb.-Versicherungs-Verein
Tel. 25020

Von 10 Mk. Anzahlung an
und 3 Mark Wochenrate erhalten Sie ein
Qualitätsrad
Nähmaschinen- und Fahrrad-Großvertrieb
A. Möller, Schmeerstr. 1

Niemberger Molkerei
empfiehlt ihre Produkte
Hauptniederlage Lindenstr. 52
Ferner Filialen:
Martinstr. 12, Beesenerstr. 1
Rannischestr. 22, Schillerstr. 16
Ludwig-Wucherer-Straße 57
Raffineriestr. 47 Tel. 22416

Rind- u. Schweineschlächterei
Max Reußner
Langestr. 30 Langestr. 30
Prima Fleisch- und Wurstwaren
Spezialität:
fl. Aufschnitt

Empfehle allen Genossen und Genossinnen meinen
Damen- und Herren-Friseursalon
Gute und schnelle Bedienung, sorgfältigst
Rich. Kutschbach,
Gr. Klausstr. 7

Uhren und Goldwaren
kaufen Sie reell und billigst bei
Amand Weiss
Halle an der Saale
Kleinschmieden 6

Schuhe und Stiefel
wie immer nur bei
Alzak
Steinweg 46—47
Ecke Taubenstraße

Kauft
nach wie vor Eure
Farben und Tapeten
nur bei
Farben-Kramer
Mittelwache 9/10
Telefon 274 65

Gewerkschaftshaus Halle
Harz 42/44
Uebernachtung zu soliden Preisen
Guter und preiswerter Mittagstisch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192707 25-15/fragment/page=0008

Aus der Provinz

Erlebnisse in der Fürsorgeerziehungsanstalt

Wer selbst schon in solch einer Tretmühle gewesen ist, denkt in Abscheu an diese Zeit zurück. Wir wollen nicht darüber berichten, was es mit der „Fürsorgeerziehung" auf sich hat und sie in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bedeutet. Der folgende **Bericht eines ehemaligen Fürsorgezöglings** sagt uns das viel deutlicher:

Am 20. Mai 1926 betrat ich das Erziehungsheim **Carlshof** bei Rastenburg (Ostpreußen). Das Haus an und für sich macht für einen Fremden einen guten Eindruck, aber das Innere ist doch anders. Vor allem die Erzieher.

In der Anstalt befinden sich 50 Burschen. Jeder neue Zögling, der dorthin kommt, wird in den ersten Tagen sehr gut behandelt, sobald er sich aber erst richtig eingelebt hat, geht es ihm genau so wie den anderen. Ich selbst habe die erste Zeit etwas Vertrauen genossen, wurde aber dann nach einiger Zeit krank, und schon war es aus mit meiner Person.

Die Zöglinge müssen, ob Sommer oder Winter, morgens um ½6 Uhr aufstehen, dann wird gewaschen und bis um ½7 Uhr muß jeder die ihm angeordnete Arbeit verrichten. Bis um 7 Uhr wird gefrühstückt. Manche Jungen verlassen dann aber immer noch hungrig den Tisch. Speisekarte: Jeden Morgen gibt es

zwei Emailleschüsseln Wassersuppe und eine Schnitte Brot,

abends wieder Wassersuppe und eine bestrichene Schnitte Brot. **Montag** mittag: halbfaule, ganz verschimmelte Bohnen. Es sind ja auch ein paar weiße Bohnen bei, aber die sind zu zählen. Der Hausvater hat zu mir gesagt beim Bohnenausspuhlen: **„Immer rein mit den schlechten, die sind alle zu essen!"** **Dienstag**: Salzkartoffeln mit Fleisch. **Mittwoch**: Mohrrüben oder Kohlrüben mit Graupenwurst. **Donnerstag**: Salzkartoffeln mit Hering, nicht zu vergessen, der Hering kommt so wie er aus dem Faß genommen wird auf den Tisch und die Jungen müssen ihn erst selbst reinigen. **Freitag**: Erbsen mit Sauerkohl und eine kleine Scheibe Fleisch. **Sonnabend**: Kohlrabi, meistens holzig. Sonntags ist das Essen einigermaßen.

Ungefähr in der Mitte des Monats August 1926 wurde ein Zögling R. V. eingeliefert. Dieser hatte sich in Berlin den Tripper zugezogen. Er wurde dann auch bald im Krankenhaus zu Rastenburg eingeliefert. Wegen der schlechten Behandlung ist er dort entwichen, wurde aber nach kurzer Zeit wieder ergriffen. Total arbeitsunfähig, durfte er sich zu Bett legen, das ist das einzige, was man mit ihm machte, um ihn gesunden zu lassen. Eines Tages wurde er erwischt, wie er auf der Toilette rauchte. Der Erzieher **Komossa** hatte natürlich nichts Eiligeres zu tun, als dem Hausvater von dem Geschehenen zu berichten.

Das Ende vom Lied

war: Er wurde auf die „Burg" (Zwangsanstalt) gesteckt. Der Junge machte von Zeit zu Zeit Fluchtversuche, die ihm aber nie gelangen. Er mußte die schwersten Arbeiten verrichten. Zum Beispiel Straßenpflastern. So traf ich ihn eines Tages beim Arbeiten an. Ich rief ihn beim Vornamen. In diesem Moment warf V. die Picke weg und rannte zu dem einen Erzieher der Rosenburg hinüber und klagte diesem sein Leid. Dieser aber, unbarmherzig wie er war, brachte V. zurück.

Dort nahm man den Spazierstock und schlug unbarmherzig auf ihn ein.

Dann mußte er weiter arbeiten. V. brach zusammen und rief: „Nehmt mich zurück! Ich werde verrückt!" Worauf ihm der Erzieher sagte: „Wenn Du verrückt wirst, ist in der „Esche" (Verrücktenanstalt) noch Platz. Und wenn Du stirbst, haben wir noch einen Komposthaufen." In seiner Verzweiflung über diesen Hohn biß V. sich ein Stück Fleisch aus dem Arm.

Erhebliche Verteuerung der Lebensmittelpreise

Die soeben veröffentlichte Kleinhandelspreisliste der wichtigsten Lebensmittel zeigt, daß die meisten Lebensmittel, besonders Brot, seit Juni 1926 recht erheblich gestiegen sind. Nur einige haben einen geringen Preisabschlag erfahren. Aus der Fülle der dort aufgeführten Lebensmittel wurden auf gut Glück die untenstehenden neun herausgegriffen. Die Preise, die in Pfennigen angegeben sind, beziehen sich auf je ein Kilo, bei Milch auf ein Liter und bei Eiern auf ein Stück. Sie gelten für Juni 1927. Die entsprechenden Preise vom Juni 1926 sind in Klammern beigefügt worden. Auffallend sind die großen Preisunterschiede für die gleiche Ware und zwar nicht nur in räumlich weit auseinanderliegenden Städten, sondern auch in Nachbarstädten. So kostete Schwarzbrot (Roggenbrot) 31 bis 47 (22 bis 38), Weizenkleingebäd (Semmeln usw.) 70 bis 111 (61 bis 104), Weizenmehl (70er Auszug) 48 bis 66 (45 bis 60), gelbe ungeschälte Erbsen 50 bis 102 (34 bis 70), alte Kartoffeln 14 bis 23 (6 bis 14), inländisches Schweineschmalz 186 bis 300 (234 bis 340), Vollmilch 16 bis 34 (16 bis 30), Molkereibutter 306 bis 512 (292 bis 500), ein Hühnerei 8 bis 13 (8 bis 14). Befinden sich in der Provinz Sachsen drei, und zwar Magdeburg, Halle und Erfurt. In den übrigen Städten werden sich die Preise wohl nach denen in den benachbarten Berichtsorten richten. Es kostete:

Schwarzbrot: Magdeburg und Halle (Angaben fehlen), Erfurt 42 (32).
Semmeln: Magdeburg 84 (80), Halle 83 (83), Erfurt 90 (78).
Weizenmehl: Magdeburg 56 (46), Halle 60 (50), Erfurt 56 (48).
Erbsen: Magdeburg 78 (49), Halle 70 (49), Erfurt 80 (52).
Alte Kartoffeln: Magdeburg 21 (12), Halle 21 (11), Erfurt 18 (12).
Schweineschmalz: Magdeburg 240 (296), Halle 240 (280), Erfurt 280 (320).
Ein Hühnerei: Magdeburg 11 (11), Halle 12 (12), Erfurt 10 (11).
Vollmilch: Magdeburg 28 (28), Halle 30 (30), Erfurt 32 (30).
Molkereibutter: Magdeburg 395 (398), Halle 440 (440), Erfurt 440 (440).

Die von den Großagrariern durchgeboxten Schutzzölle gelten bekanntlich ab 1. Juli, während sich die oben auszugsweise wiedergegebene Statistik noch auf den Monat Juni bezieht. Man sieht an diesem knappen Beispiel also sehr deutlich, wie sich die Schutzzölle besonders für die Agrarprodukte schon vor dem Inkrafttreten der Zölle verteuernd auswirken. Verschiedene Produkte (siehe Kartoffeln, Weizenmehl und Erbsen) sind schon bis zum Monat Juni um beinahe hundert Prozent im Preise gestiegen. Sie werden nun, nachdem die Schutzzölle unter Dach und Fach gebracht sind, auch weiter steigen. Die Arbeiterschaft, die allein diese gewaltige Belastung zu tragen hat, hat alle Ursache, gegen die Schutzzölle anzukämpfen.

Merseburg-Querfurt

Schkeuditz sammelt für die Hochwassergeschädigten

Es lebe die Solidarität

An den Landesvorstand der IAH. wurden nachfolgende gut erhaltene Sachen zwecks Weitertransportes nach Sachsen abgeliefert:

Von der Ortsgruppe Schkeuditz (Nähstube): 15 Kinderhemden (Mädchen), 2 Frauenhemden, 2 Knabenhemden, 1 Kinderkleid, 4 Schürzen.

Von einer Genossin: 1 Burschenweste, 1 Frauenrock, 1 Kinderrock, 3 Kinderkleider, 2 Damenhosen.

Gesammelt durch einen Genossen: 1 Kinderhut, 1 Kindermütze, 3 Schürzen (Kinder), 2 Knabensporthemden, 3 Kinderkleider, 1 Kinderbluse, 2 Knabenanzüge, 1 Frauenkleid, 1 Kinderjumper, 1 Strickjacke, 7 Damenblusen, 4 Knabenhosen, 1 Burschenjoppe, 2 Knabenmäntel, 1 Burschenmantel, 2 Knabenmützen, 4 Herrenhüte, 10 Paar Kinderstrümpfe, 1 Paar Damenstiefel.

Wir fordern die Einwohnerschaft im ganzen Bezirk auf, sich an dem Eifer der Schkeuditzer Freunde ein Beispiel zu nehmen. Weil die städtische Unterstützung ganz unzulänglich ist, muß die proletarische Solidarität helfend eingreifen. Die Not besonders unter den Kindern ist unbeschreiblich. Darum muß die Hilfsaktion der IAH. mit noch größerer Energie fortgesetzt werden.

Bund der Freunde der IAH., LV. Halle-Merseburg.

Merseburg. Sprechzeit im städtischen Jugendamt. Das städtische Jugendamt ist künftig für den öffentlichen Sprechverkehr jeden Montag, Mittwoch und Freitag von 8.30 bis 12.30 Uhr geöffnet. Eilige Mitteilungen können schriftlich in den im Erdgeschoß des Verwaltungsgebäudes 3 in der Christianenstraße 23 und im Rathause am Markt angebrachten Briefkästen abgelegt werden.

Querfurt. Die Fahnenweihe des RFMB. Am Sonntag, dem 17. Juli, fand hier die Fahnenweihe des Roten Frauen und Mädchen-Bundes statt, an der sich auch auswärtige Ortsgruppen beteiligten. Unter Beteiligung der roten Frontkämpfer und zweier Schallmeienkapellen fand nachmittags 2 Uhr eine Demonstration durch den Ort statt. Auf dem Marktplatze wurde durch die Genossin **Lehmann**, Halle, die Fahne überreicht, wobei auch der Arbeiter-Gesangverein mitwirkte. Das geschlossene und geordnete Auftreten der Genossinnen sicherte der Demonstration einen guten Eindruck. Mancher Proletenfrau, die im Luisenbund ist, ging ein Licht auf, denn verschiedentlich konnte man Aeußerungen hören über die Begeisterung, die in den Frauen steckt, denn niemand hatte geglaubt, daß die hiesige Ortsgruppe des RFMB eine so stattliche Zahl Teilnehmer auf die Beine bringen könnte. Der Abend wurde durch ein Referat der Genossin Schumann, Halle ausgefüllt. Sprechchor, Theater und Rezitationen folgten. Leider wurde die Abendveranstaltung kurz vor Schluß noch gestört. Der Stadtkassensekretär und Stadtverordnete **Barnutz** versuchte im angeheiterten Zustande, durch allerband Redensarten, wie Waschlappen und so weiter, die Kundgebung zu stören. Als man ihn verschiedenemal im guten aufgefordert hatte, den Saal zu verlassen, wenn er sich nicht ruhig verhalten könnte, ging er hinaus und **stellte sich vor die äußere Saaltür mit einem Revolver in der Hand und bedrohte jeden mit den Worten: „Ein Hund nur, der herauskommt, den erschieße ich!"** Da keiner versucht ist und die Kapelle gerade spielte, konnte nicht festgestellt werden, wievielmal geschossen ist. Jedenfalls wird von verschiedenen Festteilnehmern, die im Garten standen, ausgesagt, daß zwei Schüsse gefallen wären. Da leicht ein Blutbad angerichtet werden konnte, muß verlangt werden, daß diese Vorgänge gründlich untersucht werden und der schuldige Revolverheld zur Verantwortung gezogen wird. Der Revolver ist dem „Helden" ja abgenommen worden, allerdings ist er bis jetzt noch nicht abgegeben worden. Warum ist Stadtverordneter, Mitglied im Kriegerverein und Vorsitzender von der Gesellschaft Querfurt. Er war angeheitert, aber nicht direkt betrunken.

Lützen. Zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers und des Kartoffelkrebses macht die Polizeiverwaltung darauf aufmerksam, daß das Auftreten dieser Schädlinge binnen 24 Stunden bei der Polizeiverwaltung zu melden ist, widrigenfalls Bestrafung erfolgt.

Aus dem Saalkreis

Dölau. Aus der Gemeindevertretung. — Die Bürgerlichen hassen die proletarische Solidarität. Unsere Genossen beantragten, dem Antrage der IAH. auf Bewilligung von 100 Mark stattzugeben und wiesen auf die Notwendigkeit hin, auch Arbeiterkindern Ferienaufenthalt zu verschaffen. Die IAH. würde sicher bereit sein, auch Dölauer Kinder bei der Verschickung zu berücksichtigen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien lehnten den berechtigten Antrag ab mit der schiefen Begründung, daß auch noch andere Organisationen ähnliche Anträge stellen könnten. **Im übrigen hätten die Dölauer Kinder keine Erholung notwendig, sie könnten doch nach der Heide gehen!!** Genossin **Kühne** wies darauf hin, daß im vorigen Jahre auch Arbeiterkinder nach dem „Eisenhammer" geschickt wären und sich gut erholt hätten. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien kennen weder bei sich noch bei ihren Kindern irgendwelche Not; darum ihr brutaler ablehnender Standpunkt. Das Wort „International" wirkt auf sie wie rotes Tuch. Die werktätige Einwohnerschaft von Dölau kann aus dieser Stellungnahme erneut ersehen, wo die wirklichen Vertreter ihrer Interessen sitzen.

Holleben. Das Taschengeld einer Gutsbesitzersfrau. Eine hiesige Gutsbesitzersfrau, die das Gauturnfest in Bad Lauchstädt besucht hatte, kehrte abends wieder mit dem Autobus nach Hause zurück. Da dieses vollständig überfüllt war, kam ihr das Handtäschchen abhanden, das außer einer größeren Summe Geldes noch Schlüssel und ein wertvolles goldenes, mit Perlen besetztes Schmuckstück enthielt. Sie erwartete den Omnibus, der seine Fahrtgäste inzwischen nach Halle gebracht hatte, und konnte ihr Täschchen sogleich wieder in Empfang nehmen. Der ehrliche Schaffner hatte es liegen sehen und an sich genommen. Eine Gutsbesitzersfrau mit 100 Mark Taschengeld! Tatsächlich, eine feine Illustration für die „Not" der Großagrarier.

Postbezieher!

Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für August erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht.

Der Verlag.

Für unsere Kinder

Marsch der Kinder

Bumm, bumm!
Wir, die Kinder aller Armen,
weinen nicht mehr um Erbarmen.
Wir sind laut und hart geworden
in dem großen Kindermorden!
Bumm, bumm!

Schrumm, schrumm!
Und wir haben schon Gedanken,
wir, die Hungrigen und Kranken —
und sie gehen in die Fernen,
aus den grauen Mietskasernen.
Schrumm, schrumm!

Wumm, wumm!
Saßen stumm an kalten Oefen!
Suchten Licht in engen Höfen!
Doch nun ziehn wir durch die Gassen,
aufgetürmte Kindermassen!
Wumm, wumm!

Trumm, trumm!
Unsre Mütter, unsre Väter
treiben fauler Herren Räder,
aber alle unsre Hände
bleiben leer wie unsre Wände.
Trumm, trumm!

Prumm, prumm!
Doch der Herren zarte Kinder
trugen warmes Kleid im Winter,
trugen Pelz und schöne Bänder,
fuhren durch die fernen Länder.
Prumm, prumm!

Bumm, bumm!
Nein, — wir wollen nicht mehr hungern,
auf den Treppenstufen lungern!
Und wir wachsen, werden Macht;
lacht, ihr Herren, lacht nur, lacht;
morgen seid ihr umgebracht!
Bumm, bumm!

Hans Lorbeer.

Erlebnisse aus dem Ferienlager

Nachstehenden Brief erhielten wir von zwei Zeitzer Arbeiterkindern aus dem Ferienheim Strausberg bei Berlin.

Liebe Genossen!

Unsere Fahrt von Zeitz bis nach Berlin (Anhalter Bahnhof) ist sehr gut verlaufen. Wir haben dabei schon ein kleines Stück von Deutschland gesehen, denn so weit können wir Arbeiterkinder sonst nicht verreisen. Auf unserer Fahrt sind wir am Leuna-Werk oder, wie unsere Väter sagen, am großen Zuchthaus Mitteldeutschlands vorübergefahren. In Berlin sahen wir zum ersten Male den großen Verkehr auf den Straßen. Vor dem Bahnhof wartete ein Auto, um uns ins Heim zu bringen. Auf dem Auto haben wir gesungen und die Berliner Arbeiter begrüßten uns an vielen Stellen. Nachdem wir endlich Berlin mit den vielen Häusern durchfahren hatten, waren es immer noch 30 Kilometer bis zum Heim. Unterwegs hatten wir noch eine kleine Panne, ein Reifen des Autos war geplatzt. Zum Glück hatte der Chauffeur noch ein anderes Rad und so kamen wir endlich nach langer Fahrt am Ziele an. Hier wurden wir freudig begrüßt. Am Sonntag besuchten uns zwei Genossen von Halle und auch zwei Leiter vom JSB. aus Berlin. Diese gaben sich sehr viel mit uns ab. Wir machten allerlei Spiele und vertrieben uns so den Tag. Um 7 Uhr wurde eine Lagerversammlung abgehalten. Hier teilten wir uns in drei Gruppen ein und besprachen die Lagerordnung und das Programm für den nächsten Tag.

Die Lagerordnung lautet wie folgt:

Am 7 Uhr: Wecken, dann Schlafraum aufräumen, Waschen, Zähneputzen und Freiübungen; 8 bis 8½ Uhr: Kaffee; 8½ bis 9½ Uhr: Baden; 9½ bis 11 Uhr: Spielen; 11 bis 12 Uhr: Freistunde; 12 bis 12½ Uhr: Mittagessen; 12½ bis 2 Uhr: Schlafen; 2 bis 4 Uhr: Spielen oder Singestunde; 4 bis 4½ Uhr: Kaffee; 4½ bis 6 Uhr: Vorlesungen und Unterhaltung; 6 bis 7 Uhr: Freistunde; 7 bis 7½ Uhr: Abendbrot; 7½ Uhr: Lagerversammlung, dann Waschen und um 9 Uhr zu Bett.

Am Dienstag setzten wir für Mittwoch eine Besichtigung des „Zoo" fest. Im „Zoo" bestiegen wir den Aussichtsturm und es war auch sonst sehr fein, aber es kostete auch sehr viel Geld. Um 6 Uhr abends waren wir wieder im Heim. Da wir sehr müde waren, schliefen wir nach dem Abendessen sehr bald ein. Am Sonntag suchten wir ein Ferienlager der Berliner Pioniere in Tiefensee auf. Auch dort wurden wir herzlichst begrüßt und freudigst aufgenommen. Am Abend machten die Berliner auf einem Platze ein Lagerfeuer, eine Genossin hat zwei Gedichte angesagt und einige Pioniere von Berlin berichteten von ihren Erlebnissen in ihrem Heim. Nachdem das Feuer allmählich abgebrannt war, gingen wir mit in das Heim und blieben bei den Berlinern. Auch den Montag verbrachten wir noch in freudiger Stimmung bei ihnen und erst am Abend kehrten wir nach Strausberg zurück.

Ihr seht also, daß wir uns hier sehr gut die Zeit vertreiben und es uns auch sonst sehr gut gefällt.

Seid bereit!

Ernst H. und Elfriede St.

Die Schule und die Pfaffen!

Diese Dickbäuche wollen durch Konkordat und Reichsschulgesetz die Herrschaft über die Volksschule ergreifen.

Arbeiterkinder, wehrt auch Ihr Euch dagegen.

Laßt Euch von Euren Eltern sofort vom Religionsunterricht abmelden und werdet Mitglieder des „Jung-Spartakus-Bundes!"

Schupo und der Blumenstock

Karl und Fritz haben einen herrlichen Blumenstock gesehen und beschlossen, ihn zu stehlen. Abends nahmen sie eine Leiter und schlichen unter das Fenster. Als Fritz oben war, bog plötzlich ein Schupo um die Ecke. — „Was macht Ihr hier?" schreit er Fritz an.

Karl: „Ach Jott, Herr Wachmeester, meine Großmutter hat morjen Geburtstach un da wollt mar ihr e' Blumtopp bloß nuffsetzen!"

Schupo: „Gibts nicht, könnt Ihr morgen hintragen!"

Karl: „Fritze, bring'n mit runter, mar soll'n morjen hinschaffen!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192707 25-15/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Kritisches zu den Genossenschaftsausstellungen Weißenfels—Zeitz

(Arbeiterkorrespondenz)

Die von den beiden genannten Vereinen veranstalteten Ausstellungen waren, in gewissem Sinne gesprochen, ein Erfolg. Ein aufmerksamer Beobachter konnte aus der Art und Weise des Empfanges der Besucher und der Aufmachung der Ausstellung sehr interessante Schlüsse ziehen. Grundprinzip bei der Aufmachung war: Wir sind Genossenschaft und wollen mit „Politik" nichts gemein haben! Genossenschaftssozialismus! Wie recht hatte Lenin, als er formulierte, „daß manche Leute Träumereien darüber haben, wie man durch eine einfache Vergenossenschaftung der Bevölkerung die Klassenfeinde in Klassenarbeiter und den Klassenkrieg in einen Klassenfrieden verwandeln könnte"! Keine der beiden Ausstellungen war verbunden mit grundsätzlichen Losungen und Forderungen der Arbeiterklasse, ja selbst die Ausschmückung war „neutral". War in Weißenfels eine rote Schattierung nur an der Dekorationsmalerei der Saaldecke zu sehen, so bestand in Zeitz wenigstens teilweise eine rote Grundierung in den einzelnen Nischen. Wir empfehlen den Herren Dekorateuren, bei der nächsten Leipziger Messe die russische Messhalle aufzusuchen und dann die gesammelten Erfahrungen zu verwerten. Die Arbeiter wollen sehen, daß es ihre Genossenschaft ist. Durch was würde sich sonst eine derartige Ausstellung von der eines großeren kapitalistischen Warenhauses unterschieden? Doch nur dadurch, daß überall hübsch gleichmäßig und sauber, pedantisch dekoriert GEG.-Artikel geseigt werden. Also nicht so kühl, geschäftsmäßig! Die Genossenschaft soll ein wichtiges Glied in der klassenbewußten Arbeiterbewegung sein und muß eng mit allen Tagesfragen der Arbeiter verbunden werden! Die Mitglieder müssen werben, den Ausbau ihrer Genossenschaft fest und sicher in die Hände nehmen und darüber wachen, daß die Leitungen keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um den Willen der Mitglieder auszuführen.

Die Weißenfelser Ausstellung hatte einen Rekordbesuch zu verzeichnen, ein Beweis, daß trotz allem Gerede und Geschmiere im „Volksboten" es die Leitung versteht, die Genossenschaft ihren Mitgliedern näher zu bringen und, gestützt auf diese Grundlage, zur breiten Werbeaktion übergeht. Der „Volksbote" hat auch „wirklich" die Weißenfelser Ausstellung durch einen Zotenartikel sehr gut „unterstützt". Die Feinde der Genossenschaftsbewegung können stolz sein auf die Helferdienste dieses „Aufbauartikels". Der Wintergarten im Stadttheater eignet sich für eine gute sinnetrische Aufstellung der Waren sehr gut. Eine Art Foyer gestattete der Geschäftsleitung, jeden Besucher durch Ueberreichung von Flugschriften und Reklameartikeln die Vorzüge des Genossenschaftswesens begreiflich zu machen.

In Zeitz litt die Aufmachung durch die ungeeigneten Räume. Doch auch hier wird vielleicht im Laufe der Zeit Abhilfe geschaffen werden. Was die gezeigten Waren betrifft, war überall GEG. Trumpf. Jeder Arbeiter konnte sich ein Bild von der gewaltigen Ausdehnung des Genossenschaftsgedankens machen. Zeitz hatte es geschickt verstanden, den Werdegang einzelner Artikel vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat zu veranschaulichen. Weißenfels hatte wiederum das Hauptaugenmerk auf Bäckerei und Fleischerei gelegt. Das, was hier gezeigt wurde, hält jeder bürgerlichen Konkurrenz stand. Aber wie mancher Proletr wird sehnsüchtig lächelnd diese Dinge bestaunt haben. Für manchen auf Grund der miserablen Arbeits- und Lohnverhältnisse unerreichbare Leckerbissen! Liegt hier nicht ein klaffender Widerspruch? Zeitz hatte durch Zusammenstellen der Lebensmittel den Monatsverbrauch einer fünfköpfigen Familie dargestellt. Der Verbrauch sollte sein: 20 4-Pfund-Brote, 120 Brötchen, 1¼ Pfund Fleisch, 10 Heringe, 28 Eier, 4 Pfund Wurst, 130 Pfund Kartoffeln, 3⅜ Pfund Bohnen, 4½ Pfund Schmalz, 1 Pfund Butter, 1 Pfund Speck, 4½ Pfund Margarine, 3¾ Pfund Erbsen, 3¼ Pfund Käse, 8 Pfund Weizenmehl, ½ Pfund Kaffee, 2½ Pfund Malzkaffee, 2¾ Pfund Haferflocken, 35 Liter Milch, 3¾ Graupen, 4 Pfund Sago, 3¾ Pfund Grieß, 3¾ Pfund Reis, 7 Pfund Zucker. Die Ausgaben für diese Nahrungsmengen würden 104,88 Mark betragen. Dabei sind die jetzt in Kraft tretenden Zollerhöhungen nicht berücksichtigt. Ausgaben für Waschmittel, Kleidung, Miete, Organisationsbeiträge usw. sind nicht berechnet. Hier wäre die Frage aufzuwerfen: **Wieviel Prozent der Mitglieder haben einen garantierten Wochenlohn von 45 bis 50 Mark?** Es genügt nicht, nach dem Muster eines bürgerlichen Kochbuches zu sagen: „Man nehme sechs Eier, ¾ Liter Sahne, ein Liter Rotwein!" usw. Sondern hier ist es möglich und erforderlich, die Genossenschaft in den Dienst der breitesten Aufklärung und der aktivsten Unterstützung der Arbeiterforderungen zu stellen. Einwandfrei ist festgestellt, daß nicht einmal diese minimalen Waren der oben aufgestellten Verbrauchsziffern von einer Anzahl Arbeiterfamilien gekauft werden können. Bei dieser Art „Aufklärung" mußte sofort den Besuchern klargemacht werden:

Genossenschaftler, kämpfe um die Erhöhung Deines Existenzminimums!

Stellt Lohnforderungen durch die Gewerkschaften! Kämpft **gegen die räuberische Zollpolitik** der Bürgerblockregierung! Hier haben die kommunistischen Genossenschaftler den Hebel anzusetzen.

Die Anstrengungen der Leitungen und des Personals haben seitens der Besucher volle Würdigung gefunden, und es wurden Wünsche geäußert, daß der beschrittene Weg erfolgreich weiter ausgebaut wird unter Betonung der Arbeiterforderungen. Die ausgehängten Tabellen zeigen den bisherigen Entwicklungsgang. Von 1909 bis 1914 steigen progressiv die Steuern. 1925 ungeheure steuerliche Belastung und eines der schwersten Geschäftsjahre. 1926 gesteigertes Vertrauen, das sich ausdrückt im Wachsen der Spareinlagen. Die Spareinlagen übersteigen die angelegten flüssigen Werte, wodurch der Zinsendienst im negativen Sinne zur Auswirkung kommt. Erstenlichenweise ist zu verzeichnen, daß das Eigenkapital relativ gestiegen ist.

Im Ausstellungsraum Zeitz waren noch eine Auswahl Geschenke aus Anlaß des 25jährigen Geschäftsjubiläums ausgestellt. Das Jubiläum hätte eigentlich im März stattfinden sollen, aber auf Verlangen der sozialdemokratischen Parteileitung Zeitz wurde die Feier bis Monat Juli verschoben, um das „Fest der Arbeit" mit zu verschönern. Kommentar überflüssig!

An den Mitgliedern in den einzelnen Vereinen wird es nun liegen, Mängel und Fehler zu beheben, Erfahrungen auszuwerten, den Leitungen zu übermitteln und diese fest und vertraulich zu unterstützen und die Losung Lenins durchzuführen:

Macht die Genossenschaften zu einer Waffe im proletarischen Klassenkampf!

Wie sich ein Zeitzer SPD.-Führer Arbeitern gegenüber benimmt

Das „Fest der Arbeit" ist noch immer im Munde aller Arbeiter. Jetzt, nachdem der Rummel beendigt ist, mehren sich auch im Lager der Nachläufer von Bergholz, Franken & Co. die Stimmen, die das Fest als Unfug bezeichnen. Wir erhalten noch täglich Zuschriften von irgendwelchen Vorgängen, die wir ihrer Fülle wegen nicht alle veröffentlichen können. Folgender Tatsachenbericht eines Genossen soll unseren Lesern nicht vorenthalten werden, weil er zeigt, daß die linken Führer in ihrer Angst vor einer Schlappe und aus Mangel politischer Argumente selbst vor Tätlichkeiten nicht zurückschreden. Der Genosse schreibt folgendes:

„Ich hatte den Auftrag, Flugblätter auf dem Sportplatz zu verteilen. Ich gab dem Redakteur Franken ein Flugblatt. Franken verlangte, nachdem er das Flugblatt gelesen hatte, daß ich sofort den Platz zu verlassen habe und ihm die noch in meinem Besitz befindlichen Flugblätter aushändige. In diesem Moment griffen einige Reichsbannerleute, unter ihnen Wolfert, Polzer Straße, ein und versuchten, mir die Flugblätter mit Gewalt zu entreißen. Sie gingen so weit, nachdem sie mir die Arme festhielten, die Taschen zu visitieren.

In unerhörter Weise benahm sich bei diesem skandalösen Vorgang der Redakteur Franken. Trotzdem er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß ich im Besitze einer Festkarte war, drohte Franken, mich persönlich vom Platze herunterzuprügeln. Wörtlich sagte er: „Wenn Du nicht sofort gehst, besinne ich mich auf meine Wut und dann knallt es!"

Neben den tätlichen Angriffen wurde ich in der unstatthaften Weise beschimpft. So sagten einzelne SPD.-Leute: „Ihr seid ganz charakterlose Lumpen, überhaupt den Platz zu betreten. Noch weiter versteigt sich in seiner maßlosen Wut der genannte Franken, der mir androhte: „Wagt Euch nicht, am Sonntag bei der Veranstaltung etwas zu unternehmen, wir werden mit Euch in ganz energischer Weise verfahren".

Bezeichnend für die Haltung der SPD.-Führer ist die Tatsache, daß die Nachricht von dem Blutbade in Wien ihnen bekannt war, ehe die Flugblätter verbreitet wurden. Sie versuchten also eine auch ihnen bekannte aber unangenehme Nachricht den Arbeitern zu verheimlichen. Als Beweis dafür folgender Vorfall: Durch das Radio wurde die Meldung in den Abendstunden bekanntgegeben. Darauf setzte sich ein Arbeiter der SPD. mit der Festleitung in Verbindung, teilte ihr das unerhörte Vorkommnis mit und verwies darauf, daß doch der Bierausschank und die Festlichkeit eingestellt werden sollten. Dieser Antrag wurde von einzelnen Personen der Leitung mit der Bemerkung abgelehnt:

„Wir geben heute noch nichts bekannt, das erfahren sie morgen zeitig genug!"

Die Zeitzer linken SPD.-Macher versuchten also im Interesse ihrer parteiegoistischen Ziele ihrem Anhang die Nachricht von den Vorfällen in Wien für einen Tag zu unterschlagen, und als dann unsere Genossen diese Taktik durchkreuzten und ihrerseits für weite Verbreitung der Wiener Vorgänge Sorge trugen, drohten sie, mit offener Gewalttätigkeit gegen diese vorzugehen. Wir können dieses Vorgehen nur als schamlos bezeichnen und glauben sicher, daß sich auch die Mehrzahl der sozialdemokratischen Arbeiter diesem Urteil anschließt.

Spießigkeiten aus Eckartsberga

Hundert Jahre zu spät geboren

sind vier Einwohner, die im hiesigen Lokalblättchen ihre vorsintflutlichen Anschauungen vertreten. Sie sind aber wenigstens so mutig, für ihren wenig geistvollen Erguß auch mit vollen Namen zu zeichnen. Es handelt sich um folgende Namen: Schlegel, Bieling, Spennemann und Voigt.

Also fragen wir: „Was hat man Dir, Du armes Kind, getan?" Schweres Leid hat man ihnen zugefügt. Man denke sich nur, die böse" Propaganda für den Bolschewismus macht selbst vor den Toren unseres sonst recht spießerhaften Städtchens nicht halt. Im „Jugendheim" haben fürsich Mitglieder eines kommunistischen Jugendverbandes Unterkunft gefunden. Wir alle wissen, wie frisch und frei von aller Heuchelei und Hohlheit sich diese Jugend zu tummeln versteht. Selbst bei solchen Erholungsausflügen vergißt sie die Propaganda für die Ziele der Arbeiterklasse nicht. Morgens geht es mit Sang und Klang hinaus in die Natur. In Reih und Glied marschieren sie durch die Straßen, revolutionäre Kampflieder erklingen an Stelle der üblichen Wandervogelweisen und im Winde wehen rot leuchtend die Wimpel mit dem Sowjetstern.

Aber nicht nur so, sondern auch individuell wird agitiert. Jeder, der sich mit den Jugendgenossen in eine Diskussion einläßt, wird von ihrer Argumentation gefesselt, wird mit vielen Lehren nach Hause geschickt und wird zum weiteren Nachdenken angeregt. Und das alles ist der Grund, warum obengenannten vier „Friedfertigen" nun merklich abmagern. Man hat ihnen die idyllische Ruhe, ihren Frieden genommen. Sie sind „besorgt" um die Jugend von Eckartsberga und fürchten, daß diese durch solche Propaganda ebenfalls einmal den ganzen Moder und Pfunder des Mittelalters abschütteln könnte und, frei von allen bürgerlichen Moralbegriffen, mit der übrigen Jugend Deutschlands begeistert für die Befreiung aller Werktätigen kämpfen würde. Darum lassen sie ihre warnende Stimme ertönen und wenden sich mit einem Artikel an die Eltern, die sie auffordern, mehr auf die Jugend zu achten, damit sie im Sinne der „Ahnen und Urahnen" erzogen werde. Nach den Wünschen der obigen vier Herren soll die Jugend nicht denken, sondern bedingungslos glauben und sei es der größte Kohl, sie soll nicht fordern, sondern betteln. Anstatt sich ihr Recht zu erkämpfen, soll sie geduldig warten und alles über sich ergehen lassen, kurzum: **sie soll nicht zum freien Menschen, sondern zum Knecht, zum willenlosen stupiden Vieh erzogen werden.**

Die proletarischen Eltern von Eckartsberga haben alle Ursache, sich diese vier Muder genauestens anzusehen und ihre Kinder von solchen Leuten fernzuhalten. Es sind maskierte Feinde der Jugend, geistlose Muder, die in unserem Zeitalter nichts mehr zu suchen haben und die man schon vor hundert Jahren hätte begraben können. **Erzieht Eure Kinder zu freien Menschen. Schickt sie in die Organisation der kommunistischen Jugend und kämpft gemeinsam mit ihnen gegen Kirche, Kapital und Faschismus, für ein Deutschland der Arbeiter.**

Weißenfels. Unschädlich gemachte Spaltpilze. Der Reichsbund Deutscher Mieter, Ortsverein Weißenfels a. S. und Umgebung, e. V., hielt am Freitag, dem 15. Juli, eine sehr gut besuchte außerordentliche Hauptversammlung im großen Saale des „Volkshauses" ab. Neben der Erledigung von allgemeinen Vereinsangelegenheiten fand eine rege Aussprache über die am 8. Juli d. J. nichtsatzungsgemäß vom Vorstand, sondern von drei jetzt aus dem Verein ausgeschlossenen Mitgliedern einberufenen „wilden" Versammlung statt. In dieser Versammlung hatten diese „Helden" versucht, den Gesamtvorstand, und ganz besonders das Vorstandsmitglied Schmidt, mit ungeheuerlichen Verleumdungen zu verunglimpfen. Schmidt, welcher als Vorstandsmitglied ehrenamtlich tätig ist, hat als Schöfser und Bearbeiter der Entwürfe und Bauleiter für die Bauvorhaben in der Gustav-Adolf-Straße und in der Faberstraße ein bestimmtes Honorar vom Verein bewilligt erhalten. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß für diese jahrelangen schmämischen Arbeiten eine Bezahlung stattfinden mußte. Die besagten „Helden" glaubten nun, einen neuen Mieterverein gründen zu können oder wenn das gemeine Vorgehen der „Helden" Erfolg gehabt hätte, sich an die Spitze des Mietervereins zu setzen, um diesen in Grund und Boden zu wirtschaften. In der Versammlung wurden ihnen die gebührenden Antworten erteilt. Berger verschanzte sich hinter seinen „Gewährsmann" Mussolini. Die Versammlung begriff das „Theater", so daß auf Antrag aus der Versammlung heraus diesem das Wort entzogen wurde. Der auf Ausschließung Meißners, Bergers und Wolfs lautende Vorstandsbeschluß wurde von der Versammlung **gegen nur eine Stimme** gutgeheißen. Auf Antrag aus der Versammlung wurde dem Gesamtvorstand einstimmig volles Vertrauen ausgesprochen. Der Mieterverein fordert seine Mitglieder auf, treu und fest zur Zentralorganisation zu stehen, damit der Vorstand seine schwierige Aufgabe zum Wohle der Mitglieder tätigen und weiterhin an der Schaffung eines allgemeinen Wohn- und Mietrechtes sowie an der Beseitigung des größten Volkselendes, der Wohnungsnot, mitwirken kann. Es ist Pflicht eines jeden Mieters, sich zu organisieren, denn nur eine starke Zentralorganisation ist in der Lage, die jetzt beginnenden Kämpfe gegen das Weiterbestehen des Mieterschutzgesetzes, Wohnungsmangelgesetzes und Reichsmietengesetzes erfolgreich durchzuführen. Anmeldungen neuer Mitglieder werden in der Geschäftsstelle, Gustav-Adolf-Straße 10 (bei Langelütitsch), jederzeit entgegengenommen.

Naumburg. Der SPD.-Spitzel Wallbaum hat nach einem achttägigen Stern-Kursus bei den Zeitzer SPD.-Linken, vollgepfropft mit neuem „Geist", seine Tätigkeit als „Volksboten"-Berichterstatter mit großem Eifer wieder aufgenommen. Seine Abwesenheit merkte man daran, daß der „Volksbote" eine Zeitlang über die Naumburger Kommunisten schwieg. Mit der Rückkehr Wallbaums aber muß das Versäumte doppelt nachgeholt werden. Daß dieser Parteispitzel in Zeitz viel gelernt haben muß und den tieferen Sinn des Stern-Kurses auch richtig kapiert hat, beweist er mit seinen neuesten Tendenzberichten über die „noch lebende" Naumburger KPD., deren Inhalt sich durch niedrigstes Denken, Verlogenheit und vor allen Dingen Dummheit auszeichnet. Was könnte man auch anderes von diesem Wallbaum erwarten, der, um nicht ganz im stinkenden kapitalistischen Morast unterzugehen, sich vor Jahresfrist an die Rockschöße der Gruner und Rusack klammerte. **Als ehemaliger gelber Gewerkschaftler, treudeutscher Tanner und fanatischer Monarchist** schnüffelt er jetzt in allen Sitzungen der freien Gewerkschafts- und Sportbewegung herum, um das dort Gesprochene in entstellter, verdrehter Form dem „Volksboten" zu übermitteln, der ihn zeilenweise hierfür bezahlt. Der schwere Alltagskampf der Arbeiterklasse gegen Unterdrückung und Ausbeutung, Faschismus und Kriegsgefahr interessiert ihn nicht. Die neuesten Schädelfunde von Noske-Banditen ermordeter Arbeiter in Berlin verhöhnt und verlacht er. Was kümmern ihn auch tausende erschlagene Arbeiter — wenn es nach ihm ginge, müßten es mehr sein. Fürwahr, ein Parasit am Körper der Arbeiterbewegung ist dieser Wallbaum. Das gesunde Blut der Naumburger Arbeiter wird auch ihn kaltstellen wissen. Da die Sozialdemokraten mit ihrem Spitzel Wallbaum den schmierigen Personenkampf wollen, so werden wir zur Charakterisierung dieser Leute — nicht aus persönlicher Freude, sondern aus berechtigter Abwehr — zukünftig mit Material aufwarten und antworten, daß jenen Hören und Sehen vergeht.

Naumburg. Die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene im Stadtkreise Naumburg gibt bekannt: Anmeldungen auf Lieferung von Kohlen für dieses Jahr werden in der Zeit von Montag, den 25. Juli, bis einschließlich Sonnabend, den 30. Juli, in der Fürsorgestelle, Markt 6 (Schlößchen), Zimmer Nr. 2, entgegengenommen.

Zeitz. Das riecht ja fast nach Demokratie. Die Polizeiverwaltung sieht sich aus verschiedenen Gründen veranlaßt, die bisher bestehende Straßenpolizeiverordnung vom 8. Juli 1924 durch eine neue Polizeiverordnung zu ersetzen. Soweit innerhalb der Einwohnerschaft die Absicht bestehen sollte, hierzu besondere Anregungen zu geben oder Wünsche zu äußern, wird gebeten, dies innerhalb zwei Wochen schriftlich bei der Polizeiverwaltung zu tun.

Kasberg. Einladung. Heute, Montag, den 25. Juli, abends 8 Uhr, findet im Gasthof „Brühl" eine Gemeindevertretersitzung statt. Hierzu sind alle Einwohner eingeladen.

Mansfeld-Sangerhausen

Werktätige von Eisleben und Umgebung!

Zu dem am 13. und 14. August 1927 in Eisleben stattfindenden Gautreffen benötigen wir zirka 1000 Quartiere. Zeigt Euer Klassenbewußtsein. Jeder nehme einen Frontkämpfer in Quartier. Anmeldungen nehmen entgegen: Volksbuchhandlung, Rathausgasse 7; R. Jorisch, Breiter Weg 79; H. Müller, Grüner Weg 30; O. Mertens, Nicolaistraße 16; P. Wersti, Klosterplatz 47; W. Dunkel, Feldstraße 1.

Eisleben. Drillinge. Die Frau eines Schuhmachers in der Lutherstraße wurde in der Nacht zum Freitag von Drillingen (ein Knabe und zwei Mädchen) entbunden. Mutter und Drillinge befinden sich wohl. — Lachen kann nur die Mansfeld A.-G. oder andere Ausbeuter.

Oberröblingen. Einen Selbstmordversuch mit Lysol unternahm die Witwe Henschel. Da sie von Bekannten kurz nach dem Versuche gefunden wurde, konnte ihre Ueberführung nach dem Eisleber Krankenhause erfolgen. Die Aerzte hoffen, sie am Leben zu erhalten, obgleich ihr Zustand ernst ist. Der Grund zur Tat scheint in Familienverhältnissen und Wohnungsnot zu liegen. Frau H. mußte ihre Wohnung bei dem kürzlich erfolgten Wolkenbruche wegen Gefahr räumen und wurde in einer Schulklasse untergebracht.

Unterröblingen. Ein tiefer Erdeinbruch hat sich auf einem Acker im Gebiet des ehemaligen Salzigen Sees, dicht an der Schutzdämme, nach dem Unweiter der vorigen Woche gebildet. Der Bruch zeigt oben eine Oeffnung von etwa einem Quadratmeter und erweitert sich trichterförmig nach unten über eine Tiefe von 15 Metern bis zu einer Grundfläche von etwa 36 Quadratmeter. Ein größeres Unglück ist durch die Aufmerksamkeit des Pächters verhütet. Dieser bemerkte den Einbruch erst beim Mähen, als die Pferde mit der Mähmaschine schon hart am Rande der Einbruchstelle sich befanden. Pächter wie Pferde hätten hier spurlos verschlungen sinken können.

Hettstedt. Ein folgenschwerer Autounfall. Zu einem Zusammenstoß kam es am Sonnabendmittag zwischen einem Personenomnibus der Harzer Kraftfahrzeuglinien Eisleben—Siersleben—Hettstedt und einem Zug der Grubenbahn bei der Bahnüberführung in der Nähe des Eduard-Schachtes. Der Kraftwagen wollte in dem Augenblick die Bahn überqueren, als sich ein Zug der Grubenbahn nahte. Wahrscheinlich hat der Chauffeur das Läuten des Zuges überhört. Der Kraftwagen wurde von der Maschine des Zuges erfaßt und in den Straßengraben geworfen. Hierdurch wurden fünf Insassen des Kraftwagens teils schwer, teils leichter verletzt. Mitglieder der Arbeiter-Samariter-Kolonne leisteten sofort tatkräftig Hilfe und schafften die Schwerverletzten in das Knappschaftskrankenhaus. Lebensgefahr soll bei keinem der Verletzten bestehen. Der Chauffeur kam mit geringfügigen Verletzungen davon. Der Omnibus wurde stark beschädigt. Ueber die Schuldfrage kann erst eine sofort eingeleitete Untersuchung Aufschluß geben. Sicher ist aber, daß auch hier die ungesicherte Bahnüberfahrt die Hauptschuld trifft. Es kann nicht als Entschuldigung gelten, daß es sich hier um eine Grubenbahn handelt, die nicht jeden Bahnübergang durch eine Schranke sichern kann. Bekanntlich gibt es auch bereits zahlreiche automatisch wirkende Sicherungen. Das Läuten einer Lokomotive ist auf dem Führersitz eines Kraftwagens durch das Geräusch des arbeitenden schweren Motors meistens nicht zu hören. Bei dem zunehmenden Autoverkehr ist eine ausreichende Sicherung von Bahnübergängen auch für kleine Privatbahnen unumgänglich notwendig, wenn sich nicht in Zukunft noch viele ähnliche Zusammenstöße ereignen sollen.

Augsdorf. Karneval und Kriegerfest. Wie alljährlich, so fand auch in diesem Jahre in unserem Dörfchen ein Kriecherfest statt. Die Kriecher aus allen Ständen waren erschienen, um das Fest recht würdig zu begehen. Eingeleitet wurde es mit einem Festessen, bei welchem nach Punkten ge . . . . . wurde. Die „Preisträger" werden wir noch veröffentlichen.

Welch ein herrliches Bild: wie sie so schön beisammen saßen. Die Satten und die Hungrigen. Eine feine Familie. Dicke Bauern mit glänzendem Fell und ausgemergelte Bergleute mit leerem Hosenboden. Auch einige Invaliden befanden sich mit in den Reihen und hauten tüchtig drein auf den Erbsensi (Bratwurst). Der Sonntag war noch prächtiger. Was für eine tüchtige Truppe bildete den Umzug durch den Ort. An der Spitze hoch zu Roß ein paar Invaliden in Uniform und einige Clowns. Hinterher die tapferen Kriecher. Ein paar ganz alte Kriecher machten den Umzug in der Kutsche mit. Ein recht seltsames Bild boten uns die von auswärts erschienenen Vaterlandsverteidiger, manchem der „Tapferen" sah man es schon an der Nasenspitze an, daß er nicht aus Patriotismus, sondern dem Alkohol zuliebe nach Augsdorf gekommen war. Obwohl uns die Sache nur humoristisch erscheint und wir ganz genau wissen, daß im Ernstfalle die Säbelrasseln nicht hinter Mamas Rock hervorkommen würden, so muß die Parole doch lauten: „Arbeiter, aufgepaßt! Seht Euch Eure Gegner recht genau an!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192707 25-15/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Das Arbeitsamt

für den Kreis Bitterfeld berichtet:

Der bestehende Bedarf konnte in einigen Fällen trotz Inanspruchnahme des zwischenörtlichen Ausgleiches nicht voll befriedigt werden. Zum größten Teile ist dies, wie auch in den Berichten der Vorwochen hervorgehoben, auf den **Mangel an geeigneten Unterkünften** zurückzuführen.

Landwirtschaft: Vermittelt wurden 6 ledige Knechte, 2 Familien und 4 Mädchen für Hauswirtschaft. Weitere 3 Knechte und einige Arbeiterinnen sind zugewiesen. Das Vermittlungsergebnis steht noch aus.

Bergbau: Im zwischenörtlichen Ausgleich wurden 31 Arbeiter vermittelt. Im Laufe der Woche werden weitere Arbeitskräfte herangezogen.

Keramik: Vermittlungen konnten nur vereinzelt getätigt werden. Bedarf ist noch gemeldet für 4 Ziegeleiarbeiter und einige Arbeiterinnen.

Metallgewerbe: Der Bedarf im Metallgewerbe konnte bis auf 6 Leichtmetallformer, welche nur schwer zu beschaffen sind, gedeckt werden. Vermittelt wurden 14 Facharbeiter. Gesucht werden noch 6 Former (Leichtmetall) und 1 älterer Kupferschmied.

Chemie: Vermittelt wurden 14 ungelernte Arbeiter und 65 Arbeiterinnen (davon 39 von auswärts). Bedarf ist nur noch in ganz geringem Umfange vorhanden. Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Arbeiterinnen für die chemische Industrie bestehen nicht.

Holzgewerbe: Vermittelt wurden 4 Tischler und 1 Stellmacher. Weiterer Bedarf ist nicht vorhanden.

Bekleidungsgewerbe: Vermittlungen wurden in der Berichtswoche nicht getätigt. Dagegen sind dem Arbeitsamt **in größerer Anzahl Entlassungen** bekanntgeworden.

Spinnstoffgewerbe: Für die Teppichfabrik in Pouch werden noch einige Arbeiterinnen aus nächster Umgebung benötigt.

Baugewerbe: Es besteht Nachfrage nach Zimmerleuten. Diese können im zwischenörtlichen Ausgleich beschafft werden. Es fehlen jedoch für die Leute die Unterkunftsräume. Verhandlungen wegen Aufstellung einer Wohnbaracke schweben zurzeit. Vermittelt wurden in der Berichtswoche 15 Facharbeiter, davon 12 im zwischenörtlichen Ausgleich.

Verkehrsgewerbe: Die Reichsbahn hat noch Bedarf an Bahnunterhaltungsarbeitern.

Gast- und Hauswirtschaft: 3 Hausmädchen für Gastwirtschaft konnten vermittelt werden. Weitere 3 Hausmädchen werden gesucht. In Hauswirtschaft wurden 3 Aufwärterinnen und 2 Hausmädchen vermittelt. Bedarf ist noch gemeldet für 5 ältere Alleinmädchen, 1 selbständige Stütze und 1 ältere Wirtschaftern.

Angestellte: 1 Stenotypistin zur Aushilfe konnte vermittelt werden. Für eine Dauerstellung wird eine jüngere Kontoristin gesucht. Zuweisungen sind erfolgt. Das Vermittlungsergebnis steht noch aus.

Arbeit aller Art: Der starke Bedarf an Erdarbeitern konnte nicht restlos gedeckt werden. Auch hier scheitert die Vermittlung oft am Mangel an geeigneten Unterkunftsräumen. Vermittelt wurden 26 ungelernte Arbeiter, weitere 37 Arbeiter sind zugewiesen.

Männliche **Arbeitssuchende** sind noch 273 vorhanden. Notstandsarbeiter wurden 195 (davon 30 von auswärts) beschäftigt.

Unterstützt wurden in der Stadt Bitterfeld 36 männliche und 3 weibliche, im Kreis Bitterfeld 87 männliche und 28 weibliche, insgesamt also 154 Hauptunterstützungsempfänger mit 161 Angehörigen.

Auf Grund des Krisenfürsorgegesetzes werden 4 männliche und 1 weibliche Erwerbslose unterstützt. Davon entfällt auf die Stadt Bitterfeld 1 männlicher Erwerbsloser.

Als Kommentar zu diesem Bericht verweisen wir auf den Artikel eines Bitterfelder Erwerbslosen, den wir zugleich veröffentlichen.

Wie man es in Bitterfeld mit den Erwerbslosen treibt

Die Arbeitsämter protzen in der letzten Zeit sehr mit der „günstigen Lage des Arbeitsmarktes". Fast jedes Arbeitsamt verkündet in den bekannten Wochenberichten eine „Besserung des Arbeitsmarktes".

Wir haben schon oft darauf aufmerksam gemacht, daß diese sogenannte „Besserung" einmal eine Folge der Krisenfürsorge ist; auf der anderen Seite geht aus den Berichten dieser Arbeitsämter selbst hervor, daß die Großagrarier während der Erntezeit und der Sommerarbeit auf dem Lande einen großen Teil der Erwerbslosen als billige Ausbeutungsobjekte auf ihren Gütern und Domänen beschäftigen. Wir sind nun in der Lage, den Bericht eines Erwerbslosen zu veröffentlichen, worin dieser zeigt, wie man es bei ihm geschoben hat und welche Machenschaften der Arbeitsnachweis anwandte, um sich von der Unterstützung zu drücken. Er wird bestimmt nicht der einzige sein, mit dem man es so treibt. Viele andere werden sein Los teilen und ebenfalls zum

Objekt des Arbeitsamtes

geworden sein. Doch lassen wir diesen Erwerbslosen selbst sprechen:

„... Nachdem ich wieder erwerbsfähig geschrieben war und mich auf Grube „Leopold" beim Meister Kloos zur Arbeit meldete, eröffnete mir dieser, daß ich wegen Betriebseinschränkung entlassen sei, trotzdem Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden war und die Kollegen jeden Tag Ueberstunden schoben. Also wurde stempeln gegangen. Aber das „Vergnügen" dauerte auch nicht lange. Eines Tages erklärte mir der Beamte des Bitterfelder Arbeitsnachweises: „Als Schmied bekommen Sie keine Arbeit mehr. Sie sind schon zu alt. (56 Jahre.)

Ob ich nach Gräfenhainichen als Erdarbeiter gehen wollte. (In den Zeitungen machen sie bekannt, daß in Bitterfeld es an Erdarbeitern mangelt.) Auf meine Einwendung, daß ich als Erdarbeiter nicht arbeiten kann, da ich an Rheumatismus und Rückenschmerzen leide, wurde ich vom Vertrauensarzt der Bitterfelder Ortskrankenkasse Dr. Gorn untersucht. Derselbe fand meine Einwendung berechtigt.

Das Arbeitsamt zu Bitterfeld hat aber, da ich nicht zu allen Arbeiten, die es auf der Welt gibt, fähig bin, dies zum Anlaß genommen, mir die Erwerbslosenunterstützung, die 13,40 Mk. für eine vierköpfige Familie betrug, zu entziehen, denn hier sind die Gesetze so, daß jeder Arbeiter, der Erwerbslosenunterstützung beziehen will, jede Arbeit können muß, sonst gibt es nichts. Wird z. B. ein Handwerker gebraucht und ist ein solcher nicht gleich zur Stelle, so wird ein ungelernter Arbeiter aufgefordert, die Stelle anzunehmen. Kann er es nicht, wird ihm die Unterstützung entzogen.

Auf meine Beschwerde erklärte mir der Direktor Gutmann: „Das Arbeitsamt ist keine Unterstützungskasse." Wozu es da ist, hat er mir nicht gesagt, auch hat er mir nicht gesagt, wovon ich mit meiner Familie leben soll. Allem Anschein nach ist das Arbeitsamt nur dazu da, um ein großes Arbeitslosenheer in Bitterfeld zusammenzuziehen, damit die Unternehmer jederzeit willige Arbeitskräfte und Lohndrücker haben. Denn trotzdem hier jeden Tag Hunderte von Erwerbslosen Arbeit suchen und nur wenige vermittelt werden, stehen in fast allen Zeitungen Bekanntmachungen, daß es in Bitterfeld an Arbeitskräften mangelt.

Auf einer Baustelle wurden Maurer gesucht. Als sich welche meldeten, hieß es gleich: „Es werden nur Handlanger gebraucht. Das soll soviel heißen wie: „Wenn Du für Handlangerlohn arbeiten willst, kannst Du anfangen." Der Schmiedemeister Koch in Bitterfeld verlangte einen Schmied. Als ihm ein solcher durch die Arbeitsvermittlung zugewiesen wurde, sagte er: „Ich brauche keinen, ich habe mich anders besonnen." Die Tiefbaufirma Rödiger ließ sich vom Arbeitsnachweis Arbeiter vermitteln und bestellte sie nach Werk I.

Als diese verschiedene Stunden da herumgestanden bzw. herumgejagt waren, wurde ihnen vom Geschäftsführer erklärt, daß er sie nicht unterbringen kann und die Arbeitslosen, die um ihre Zeit geprellt waren, konnten wieder gehen. Durch solche Machenschaften werden in Bitterfeld die Erwerbslosenziffern gesenkt . . ."

Dieser Bericht bestätigt voll und ganz, was wir schon immer zu der „günstigen Arbeitslage", die die Arbeitsämter verkünden, geschrieben haben.

So täuscht man den Arbeitern „Besserungen" vor. Unser Bericht ist ein gutes Gegenstück zu dem heutigen Berichte des Bitterfelder Arbeitsamtes, welches denselben Arbeiter zum Besten hatte.

Das „Bitterfelder Tageblatt" wird seine Arbeiterleser los

In Deutschland gibt es eine Menge sogenannter Wurstblättchen, deren Leserkreis sich bedauerlicherweise zu einem großen Teile aus Arbeitern rekrutiert. Diese Wurstblättchen sind ein übles Gift. Sie haben die Aufgabe, die Arbeiter immer wieder für die heutige „göttliche Weltordnung" zu begeistern.

Die Arbeiterfrau ergötzt sich an dem Roman, der in dieser Zeitung vorzufinden ist und worin sich in den meisten Fällen immer zwei „kriegen". Gerade in diesen Tagen lassen es sich diese Blättchen angelegen sein, eine wüste **Hetze gegen die Kommunisten** zu führen, die sie auch für das in Wien geflossene Blut gern verantwortlich machen möchten. Wenn die Arbeiter diesen Teil einer solchen Zeitung gründlich lesen würden, dann würden sie wohl doch bald begreifen, welche giftige Wirkung diese Wurstblättchen auf so viele Arbeiter ausüben.

Daher ist es besonders zu begrüßen, daß diese Erkenntnis sich bei vielen Arbeitern doch schon Bahn bricht. Das „Bitterfelder Tageblatt", das auch eine von dieser Sorte Zeitungen ist, verschickt

Bittbriefe en gros an die davongelaufenen Arbeiterleser

und überschüttet sie geradezu, um sie wieder einzuhaschen. In einem Briefe heißt es:

„Sie wissen ja selbst, daß das „Bitterfelder Tageblatt" mit allen Einrichtungen einer modernen Großstadtpresse versehen ist und gehen uns regelmäßig unaufgefordert ungeteilte Anerkennungen aus unserer Leserschaft zu. Wir dürfen daher wohl annehmen, daß Ihre Abbestellung nur auf augenblickliche Umstände zurückzuführen ist.

Da es selbstverständlich unser vornehmstes Bestreben ist, tunlichst allen Wünschen unserer Leserschaft gerecht zu werden, wären wir Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns den Grund Ihrer Abbestellung mittels anliegendem Freikuvert ungeschminkt sagen würden.

Sollten Sie jedoch inzwischen das „Bitterfelder Tageblatt" durch die Einstellung Ihres Bezuges vermißt haben, bitten wir, anliegende Bestellkarte für diesen Briefumschlag zu benutzen.

Wir empfehlen uns Ihnen

hochachtungsvoll

Bitterfelder Tageblatt
Kreisblatt."
(Unterschrift unleserlich.)

Fast alle Briefe sind in diesem Tone gehalten. Wie wichtig die Arbeiterleser für diese Blätter sind, geht aus dem Inhalt dieser Briefe deutlich hervor. Die **Verdummungsinstitute** der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wissen, was es bedeutet, wenn sie ihren giftigen Einfluß über die Arbeiter verlieren. Diese sollten nun aber gerade erkennen, wie verderblich die Wirkung dieser Blättchen ist. Der letzte Arbeiter sollte der bürgerlichen Presse die Freundschaft kündigen und sich in der revolutionären Arbeiterpresse orientieren.

Ein „großer Tag" der SPD.

in Anhalt

In Dessau war was mang. — Das „Volksblatt" für Anhalt verkündete in der vorigen Woche mit vollem Pathos: „Nach dem alten Mummenschanz der Schützen beherrscht die Partei wieder das Gespräch." In Dessau war nämlich am Sonntag „Parteifest" der SPD., und in diesem Tone hat das „Volksblatt" Reklame dafür gemacht. Ein Parteifest war es ja weniger, sondern es war mehr eine Geburtstagsfeier für Paul Peus, der erst noch in den letzten Wochen mit Hindenburg durch das schöne Anhaltiner Land gefahren ist und der ihm bei der Begrüßung am Bahnhof einen krummen Buckel gemacht hat. Es sollte aber keiner denken, daß der Buckel allein von der Verbeugung vor Hindenburg herrührt. Peus ist 65 Jahre gewesen und wenn man so viele Jahre auf dem Buckel hat, dann wird er eben ziemlich krumm.

Die SPD. hat in Dessau diesen großen Tag also benutzt, um sich wieder einmal sehen zu lassen. Mit Freß- und Saufgelage, Budenzauber, italienischer Nacht und was nicht noch alles mehr, ist Peus in das 66. Lebensjahr hinübergeschlidert. So feiert die Sozialdemokratische Partei den Geburtstag ihrer Bonzen. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die dabei zusehen durften, sollten eigentlich bald merken, daß ihr Platz nicht in dieser Hindenburg-Partei sein kann.

Bitterfeld. Neues Adreßbuch. Im Herbst d. J. wird ein neues Adreßbuch für Bitterfeld herausgegeben. Die Vorarbeiten an Hand der Melderegister haben bereits begonnen. Jetzt schon fällt es auf, daß viele Einwohner ihren Zuzug nach Bitterfeld oder den Umzug innerhalb der Stadt nicht gemeldet haben. Da ihnen bei Anlegung des Adreßbuches dadurch Nachteile erwachsen können, wird dringend empfohlen, das Versäumte beim Einwohnermeldeamt schleunigst nachzuholen.

Bitterfeld Vom Jugendamt. Zur Beratung der Schwangeren, insbesondere der unverheirateten, wird unsere Säuglingsfürsorgerin von jetzt an jeden Dienstag von 3 bis 5 Uhr nachmittags im „Jugendheim" zwischen Mädchen-Schule und „Bürgergarten" eine Beratungsstunde abhalten. Es soll dort Rat erteilt werden über alle gesundheitlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen, die mit dem zu erwartenden Ereignis zusammenhängen.

Zschornewitz. Turnhallenbau. Nunmehr wurde der Bau der schon seit Monaten projektierten Turnhalle vergeben, und zwar wurden die Arbeiten der Firma Philipp Holzmann A.-G. übertragen. Mit den Arbeiten soll schon Anfang nächsten Monats begonnen werden. Die Turnhalle wird unweit unserer neuen Schule errichtet werden.

Wittenberg. Verletzt wurden durch einen vorüberfahrenden Lastkraftwagen, der sie zu Boden warf, ein junges Mädchen und ein zweijähriges Kind. Nach Anlegung von Notverbänden wurden die beiden der Wohnung zugeführt.

Neues aus aller Welt

Vernichtung einer Schachtanlage durch Wassereinbruch

Der eben fertiggestellte Schacht 3 der Zeche Auguste-Viktoria bei Essen ist gestern vormittag durch Wassereinbruch vollständig zerstört worden. Die Tagesschicht von 15 Mann konnte sich im letzten Augenblick retten. Die über Tage beschäftigte Belegschaft von 30 Mann entging nur durch schleunige Flucht dem Tode. Die Schachtanlagen 1 und 2 der genannten Zeche, die mit Schacht 3 durch einen Querschlag in Verbindung standen, sind schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Ein Pferdejunge auf der dritten Sohle wird wahrscheinlich durch den Wassereinbruch ums Leben gekommen sein. Ein Steiger und vier Mann, die in die dritte Sohle einzudringen versuchten, um den Einbruch zu dämmen, sind vom Wasser abgeschnitten

worden. Arbeiten zu ihrer Rettung sind sofort aufgenommen worden.

Zu dem Schachtzusammenbruch erfahren wir weiter: Der neue Schacht ist 700 Meter tief, die mit den Schachtausbauarbeiten beschäftigte Nachtschicht von 15 Mann bemerkte am Ende der Schichtzeit starke Feuchtigkeit in der Anlage, die sie zunächst auf ein Unwetter zurückführte und deshalb nicht aufruhr. Plötzlich hörten sie unter sich ein mächtiges Krachen und eilten schleunigst zum Förderkorb und ließen sich rasch zutage fördern. Sie stellten bald fest, daß in 200 Meter Tiefe durch Bruch der Tübbinge ein Wassereinbruch erfolgt war. Die Nachtschicht und die ganze Belegschaft von über Tage verließen fluchtartig die Anlagen, die in etwa einer Viertelstunde unter lautem Getöse zusammenbrach und in einem Krater von etwa 200 Meter Durchmesser versank. Von dem Förderkorb, den Maschinenanlagen und sonstigen Uebertagenlagen ist nichts mehr vorhanden. Alles bildet ein wüstes Chaos, ein Gewirr von Eisen- und Maschinenteilen. Zwei in der Nähe gelegene Beamtenwohnungen müssen schleunigst geräumt werden, da die Ränder des Schachtes dauernd nachstürzen und sich in den Mauern der beiden Häuser schon Risse zeigen.

Schwere Hochwasserschäden in der Altmark

Die Betroffenen werden mit Steuernachlaß verhöhnt

Durch die starken Regenfälle der letzten Wochen sind im Gebiet der Mittelelbe weite Flächen überschwemmt worden. Nach der Hochwasservoraussage des Magdeburger Wasserbauamtes ist der höchste Wasserstand noch nicht erreicht und es wird mit einem weiteren Steigen um ¾ Meter gerechnet. Aber schon bei dem jetzigen Stand von 2,74 Metern tritt der gefürchtete Elberückstau ein, der durch den Zusammenprall mit den Hochwasser führenden Elbevorfluten außerordentlich bedrohlich ist.

Das Milde-Biese-Aland-Becken in der Altmark hat unter dem Hochwasser besonders schwer zu leiden.

Ueber 100 000 Morgen Wiesen und Aecker stehen unter Wasser.

Das Vieh mußte auf die höchstgelegenen Weideplätze zusammengetrieben werden, um vor dem Ertrinken geschützt zu sein. Rübenund Kartoffelfelder schauen nur noch mit den Blattspitzen aus dem Wasser hervor, die durch ihre schwärzliche Verfärbung den Beginn der Fäulnis anzeigen. Die Umgebung der Kreisstadt Osterburg ist eine einzige große Wasserfläche.

Die Kartanne und Stepnitz haben über 17 000 Morgen Wiesengelände überschwemmt. Mehrere Ortschaften sind von der

Verbindung mit Wittenberge vollkommen abgeschnitten.

Den betroffenen Landwirten ist ein Steuernachlaß zugesichert worden. Das ist nichts als

ein Hohn der Regierung für die Geschädigten,

die eine gründliche Regulierung der Flußwassergebiete verlangen, die derartigen Katastrophen energisch vorbeugt.

Hochwasser bei Cottbus

Vernichtete Ernte

Das Hochwasser der Malxe ist weiter gestiegen, der Wasserstand ist bereits 35 Zentimeter höher als beim Hochwasser im Jahre 1926. Der Verkehr kann nur durch Notstege und Kähne vermittelt werden, viele Wohnungen werden geräumt, das Vieh wird größtenteils fortgetrieben. Ein über 500 Meter langer Abflußgraben von den Deichen ist unter schwierigen Verhältnissen fertiggestellt worden. Ein Durchbruch der Deiche ist anscheinend nicht mehr zu befürchten, die Kartoffel- und Roggenernte ist völlig vernichtet.

Schwere Unwetter in Schlesien

In der Gegend von Drachenberg sind neuerdings schwere Unwetter niedergegangen. Es ging dichter Hagelschlag nieder, von starkem Gewitter begleitet. Auf den Chausseen wurden fast sämtliche Bäume umgeknickt und zahlreiche Obstbäume wurden entwurzelt. Ein Wirbelsturm hat einen mit Baumaterial beladenen Wagen samt Pferd und Fahrer in den Straßengraben geworfen. Viele Telephonmasten sind zerbrochen, so daß die Fernleitungen schwer gelitten haben. In Drachenberg hat der Sturm die Mauer eines Sägewerkes umgerissen, Dächer abgehoben und Scheunentore durch die Luft getragen. Die niedergegangenen großen Wassermengen haben das schon bestehende Hochwasser noch verstärkt, so daß die ganze Umgegend wiederum unter Wasser steht.

Noch zwei Tote in Berggießhübel aufgefunden

In Berggießhübel sind am Freitag wiederum zwei Leichen unter den Schuttmassen entdeckt worden, darunter ein 15jähriges Mädchen. Obwohl die Suche nach den Verunglückten mit fieberhaftem Eifer betrieben wird, werden noch immer zehn Personen vermißt.

Unwetter in Südfrankreich

Ein Schnellzug entgleist

Die Pariser Blätter berichten aus Südfrankreich über heftige Gewitterstürme, die vor allem im Departement Isere beträchtlichen Sachschaden angerichtet haben. Infolge des Unwetters ist der Schnellzug Marseille—Paris unweit Vienne entgleist. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Wirbelstürme in Südchile.

Der „Chicago Tribune" wird aus Vilparaiso gemeldet, daß Südchile von Santiago bis Vilparaiso von einem heftigen Wirbelsturm heimgesucht wurde, der ungeheueren Sachschaden anrichtete. Es sollen auch Menschen umgekommen sein.

Schwere Unwetter im Kreise Cleve

Der nordwestliche Teil des Kreises Cleve wurde von einem schweren Unwetter heimgesucht. Ungeheure Sandmassen wurden von den Woler Bergen herabgespült. Die ganze Gegend gleicht einem See. Ein Abfließen des Wassers ist unmöglich, da die Rinnwegener Schleusen geschlossen sind. Der gesamten Landwirtschaft ist außerordentlicher Schaden enstanden.

Vier Brunnenbauer ertrunken

Aus Lorankwitz (Landkreis Breslau) wird berichtet: Beim Ausbau eines alten Brunnens fanden vier Brunnenbauer den Tod. Sie waren durch Gase, die sich in der Tiefe angesammelt hatten, betäubt worden und in das Wasser gestürzt. Ehe Hilfe gebracht werden konnte, ertranken sie.

Großfeuer durch Blitzschlag

Bei den über das ganze Ergebirge niedergegangenen Gewittern schlug ein Blitz in ein Wohnhaus. Das Haus brannte vollständig nieder. Die angrenzenden Grundstücke konnten gerettet werden.

Von einem Rind getötet. Einem tragischen Unfall ist der 67 Jahre alte Landwirt Adolf Fritsch in Rambach zum Opfer gefallen. Er hörte in der Nacht ein Geräusch im Viehstalle und sah nach der Ursache. Als er den Stall betrat, wurde er von einem Rind, das sich losgerissen hatte, gegen die Wand gedrückt und niedergetreten. Er erlitt schwere innere Verletzungen und starb bald darauf.

Den Schädel zertrümmert. Als gestern ein D-Zug den Tunnel in Richtung Salzburg passiert hatte, beugte sich der Maschinenführer des Zuges zu weit aus der Maschine, so daß ihm durch Eisenträger der Lammerbrücke die Schädeldecke zertrümmert wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192707 25-15/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Der Arbeitsmarkt
im Kreise Delitzsch

Die Aufnahmefähigkeit des Holz- und Verkehrsgewerbes sowie der Landwirtschaft brachte in der Berichtswoche eine geringe Besserung der Arbeitsmarktlage. Bei der Vermittlung von Ungelernten stellten sich insofern Schwierigkeit entgegen, als die vorhandenen Arbeitsuchenden infolge ihres Alters für Arbeiten in der Landwirtschaft und Industrie nicht mehr geeignet sind. (!) Von der vom Arbeitsamt am 15. d. M. durchgeführten Erhebung in der Krisenfürsorge liegt das Ergebnis noch nicht vor. Am Ende der Berichtswoche sind vorhanden 498 männliche und 129 weibliche Arbeitsuchende. Davon werden unterstützt: a) aus der Erwerbslosenfürsorge: 226 männliche und 44 weibliche Hauptunterstützungs- mit 320 Zuschlagsempfängern; b) aus der Krisenfürsorge: 39 männliche und 2 weibliche Hauptunterstützungs- mit 45 Zuschlagsempfängern.

Bei den Notstandarbeiten sind insgesamt 196 Erwerbslose beschäftigt.

In der Landwirtschaft hat sich der Bedarf an Arbeitskräften stark erhöht. Außer ständigen Arbeitern (Pferdeanspänner, Hofarbeiter, Mädchen für Stallarbeiten) wurden noch männliche und weibliche Arbeitskräfte für die Ernte verlangt. Durch zwischenbezirklichen Ausgleich war es möglich, 12 Stellen für männliche Arbeitskräfte zu besetzen. Es wurden insgesamt 15 Burschen und ein Stallmädchen vermittelt.

Im Holzgewerbe war die Unterbringung von acht Tischlern möglich.

Das Genußmittelgewerbe hatte nach wie vor Bedarf an Zigarrenarbeiterinnen für Heim- und Fabrikarbeit.

Im Verkehrsgewerbe konnten 20 ungelernte Arbeiter zu Gleisarbeiten vermittelt werden. — Die übrigen Berufsgruppen haben keine wesentliche Veränderung aufzuweisen.

Die Ueberschwemmung reicht 10 Kilometer weit

Am Freitagabend meldete unser Sonderberichterstatter aus dem Hochwassergebiet der Schwarzen Elster:

Gegen 6 Uhr abends gingen östlich von Mückenberg Regengüsse nieder, so daß ein neues Anschwellen der Elster möglich ist. Heute mittag war das Wasser etwa 2000 Meter oberhalb der Dammbruchstelle um 15 Zentimeter gefallen. Obwohl wir das erfreulicherweise feststellen können, nimmt die Ueberflutung neuer Landstrecken ständlich zu, weil der Wasserspiegel der Elster bedeutend höher liegt, als der Wasserstand der übergetretenen Wasserflut. Unaufhörlich ergießt sich die dunkle Wassermasse gurgelnd und brodelnd durch die Dammbruchstelle. Bis Plessa, das etwa 9 Kilometer von Mückenberg entfernt liegt, sind in einer Breite von über 1000 Meter alle Getreidefelder vernichtet. Ebenso bis Dollshaida, das 3 Kilometer nach der entgegengesetzten Seite entfernt liegt.

An der Bruchstelle wird vom Militär aus Königsbrück (nicht wie wir zuerst meldeten aus Kamenz) ununterbrochen gearbeitet. Man hofft, die Bruchstelle bis zum Sonnabend schließen zu können.

Ein neues Unglück an der Bruchstelle
Vergebliche Mühe der Bevölkerung.

Das nasse Element war stärker als der Wille der Mückenberger Bevölkerung und der Reichswehrleute. Jene dachten, den Damm am Sonnabend schließen zu können. Das war auch bis zu einem Teile bereits gelungen.

Pfahl neben Pfahl wurde in den Strom an der Dammbruchstelle hineingetrieben und mit eisernen Klammern und Draht verbunden. Vier Meter lange Kanthölzer wurden sodann aufeinandergeschichtet und, wiederum untereinander fest verankert, an den eingerammten Pfählen ins Wasser gesenkt, so daß sich eine regelrechte neue Wand vor der Bruchstelle zu erheben begann. Die von beiden Seiten der Bruchstelle fortschreitende Arbeit war am Sonnabend so weit gediehen, daß der Bruch bis auf etwa drei Meter geschlossen schien. Es war interessant zu sehen, daß, sobald eine solche 4½ Meter lange, aus Kanthölzern gebaute Wand in das Wasser gesenkt wurde, der Wasserspiegel an dem verkleinerten Durchlaß der Bruchstelle sich kräftig hob. Diese starke Anwachsen des Wasserdrucks an der verbleibenden Bruchstelle hat dann auch das Unglück herbeigeführt.

Die mühevoll errichtete Mauer wurde wieder weggespült. Das Werk der letzten 24 Stunden wurde vom wütenden Wasser davongetragen.

Auch Plessa unter Wasser
Ueberaus schweres Unwetter

Die Flutwelle, die von Mückenberg her über die Felder strömt, hat bereits am Freitag Plessa erreicht. Sie wird vom Flutgraben, in welchen sie sich an vielen Stellen ranschend ergießt, an der hiesigen Elsterbrücke wieder in die Elster geleitet. Heute steht das Wasser oberhalb Plessa von der Elster bis an die Bahn und bildet einen riesigen See. Die Chaussee Plessa—Mückenberg steht vollkommen unter Wasser. Das Korn ist entweder ganz verschwunden oder ragt nur noch mit den Aehren aus dem Wasser. Ein trostloser Anblick ist es, wenn man oberhalb der Hammergrabenbrücke die einzelnen Garben schwimmen sieht. Das Wasser ist auf dem Gelände weiter im Steigen. — Am Freitag ging ein schweres Unwetter nieder. Der plötzlich einsetzende Sturm brachte Schloßen von Taubeneigröße in einer derartigen Menge und Gewalt, daß im Nu die Straßen mit einer Eisschicht bedeckt wurden. Besonders im Zentrum des Unwetters hat es großen Schaden angerichtet. Von den Bäumen wurden die Blätter und Früchte heruntergeschlagen. Dem Gärtner haben die Schloßen einen Teil der Gewächshausfenster zertrümmert und seine Jahresarbeit vernichtet. Auf den Feldern sind das Getreide und die Kartoffeln zerschlagen. Die Gemüsegärten sehen trostlos aus.

Bei den Geschädigten im überfluteten Gebiet

Wir waten bis an die Knien im Wasser zu Kleinbauern, die auf ihren Feldern arbeiten. Sie stehen teils bis an die Hüften im Wasser und versuchen, von dem reifen Getreide noch etwas zu retten. Der Bauer mäht und die Frau hascht die Halme zusammen, Tränen stehen ihnen in den Augen und mit wutbebenden Lippen sagen sie uns, daß neun Zehntel ihres Getreides und ihrer Kartoffeln vernichtet sind. „Was sollen wir nun machen? Im vorigen Jahr die Hälfte vernichtet und dieses Jahr alles. Wir werden wohl nun unsere Kühe verkaufen müssen. Wenn sonst jemand den anderen schädigt, wird er bestraft und die Schuldigen, die uns alles vernichten, wird man die auch bestrafen? Die Dämme und das Flußbett konnten längst in Ordnung sein. Da wären auch nicht so viel Arbeitslose . . ."

Eine Bemerkung: „Das vergessen ja die Bauern doch wieder!" ließ die Augen des Bauern aufblitzen.

Drohend, voll Zorn: „Ich werde das mit unserer Mutter nicht vergessen!"

„Die haben nur Geld für die Großen!"

Ein Bauer kommt uns entgegen und berichtet, daß 20 Morgen seines besten Getreides dort an der Elster stehen.

„Da ist nichts zu retten, aber hier habe ich noch ein Stück. Von der südlichen Seite kann ich nicht heran. Nun will ich es von hier versuchen."

Er macht seinem Aerger Luft und mit harten Worten bezeichnet er als die Schuldigen die Behörden.

„Die schicken uns einige Kommissionen und das Erhöhen der Dämme hat für sie Zeit. Ja, ja, ich sehe ein, daß die Regierung nicht für uns da ist. Die haben wohl Geld für die Großen, aber für uns nichts!"

Der Weg zur Arbeit — bis an den Nabel durchs Wasser.

Auf dem Wege nach Schraden, am Rande des Wassers, sind Arbeiter vom Rade gestiegen, ziehen sich aus und die Badehose an. Sie stecken die Kleider in ihre Rucksäcke und durch gehts, durch die Flut hunderte Meter weit. So gehen sie ihren Weg zu und von der Arbeit, fast bis an die Brust im Wasser. Wie ein drohendes verhaltenes Grollen kommt es von ihren Lippen: „Die vom grünen Tisch müßten diesen Weg gehen bei unserem jetzigen Verdienst!" Einer sagte: „Alles vernichtete das Wasser — hoffentlich auch die falsche Einstellung der Bauern, so daß die Stunde der da oben bald schlägt!"

Ein Scharnhorst-Führer wird radikal

An der Zollhausgasse in Mückenberg steht ein dicker Mann am Wasser. Er hat einen großen Schnauzer und schimpft in allen Tonarten auf „die da oben".

„Die Lumpen da oben sind schuld! Die muß man herholen und reinschmeißen. Hätten sie den Arbeitslosen ein paar Pfennige mehr gegeben, hätten diese gern den Damm gebaut. Ja, die müßten erst mal runter da oben!"

Und als sich der Mann herumdrehte, sah ich, daß es der Häuserverwalter der Bubiag war und dieser ist Führer von der Scharnhorst-Gruppe. Ob er seinen Schülern die gleiche Lehre erteilt?

Ein maßgebender Beamter

der Verwaltung sagte (seinen Namen nennen wir aus begreiflichen Gründen nicht): „Na, wenn die Kommunisten einen „Putsch" machen, da schickt man das Militär gleich in Kasernen. Aber bei einem Dammbruch der Elster genügen 50. Das ist ja auch für kleinen Leute!"

•

Dies Stimmungsbild zeigt, welche berechtigte Wut die Geschädigten ergriffen hat. — Wut über die Säumigkeit der Behörden, die das Unheil verschuldet haben. Die Geschädigten müssen sich zusammentun und müssen ihren großen Schaden ersetzt verlangen.

Wir veröffentlichen morgen eine Anzahl Bilder vom Hochwasser und Dammbruch in Mückenberg mit den Darstellungen unserer Sonderberichterstatter.

Mückenberg. Straßensperrung. Die Kreisstraße Mückenberg—Ortrand bzw. Mückenberg—Plessa ist wegen Ueberflutung durch Hochwasser bis auf weiteres gesperrt. Der Verkehr wird über die alte Straße Mückenberg—Plessa, nördlich der Eisenbahn, gewiesen.

Die Bürgerblock-Regierung kennt keinen Pächterschutz
Hermann Kellermann, Berlin

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Regierung der Großagrarier und Verpächter beschlossen, die bestehende Reichspachtschutzordnung, die am 30. September d. J. außer Kraft treten sollte, auf zwei Jahre zu verlängern. Aus der Erkenntnis heraus, daß diese Pachtschutzordnung den Verpächtern in ihrem Ausplünderungsfeldzuge gegen die werktätigen Pächter staatlichen Schutz gewährt, haben die bürgerlichen Parteien und ihre großagrarischen Vertreter im Reichstage dem Vorschlage ihrer Regierung auf Verlängerung zugestimmt.

Als im Sommer 1925 die sogenannte Pachtschutzordnung vom Reichstage beschlossen wurde, führten die Vertreter des Landbundes und der christlichen Bauernvereine einen scharfen Kampf gegen das Gesetz.

Im Laufe der Zeit haben es diese Herrschaften vorzüglich verstanden, durch die Landwirtschaftskammern, in denen nur Großagrarier vertreten sind und durch ihre Vertreter in den Pachteinigungsämtern, in denen die werktätigen Pächter immer in der Minderheit vertreten sind, die einzelnen Paragraphen in ihrem Sinne auszulegen, so daß von einem Schutze für die Pächter nicht viel übrig geblieben ist.

In Anbetracht dessen, daß mehr als ein Drittel aller werktätigen Bauern und Landarbeiter auf Pacht oder Zupacht von Grundstücken angewiesen sind und die bestehende Reichspachtschutzordnung diese Volksgenossen vor der Ausplünderung der Verpächter nicht schützt, führten die Kommunisten von Anfang an in- und außerhalb der Parlamente einen scharfen Kampf gegen das Gesetz und verlangten von der Regierung eine Vorlage, durch die den werktätigen Pächtern ein dauerndes, soziales Pachtrecht und Schutz vor jeder Ausplünderung gewährleistet wird. Die

Forderungen der Kommunisten,

die bei den Beratungen über die Pachtschutzordnung zu den einzelnen Paragraphen gestellt wurden, sind folgende:

Nach dem Paragraph 1 der bestehenden Reichspachtschutzordnung werden die Landesregierungen ermächtigt, Pachteinigungsämter zu errichten. Gefordert muß werden:

a) Die oberen Landesbehörden sind verpflichtet, in jedem Kreise Pachteinigungsämter zu errichten.

b) Pächterbeisitzer sind regelmäßig aus den Reihen der Pächter, deren Betriebsgröße den Bestimmungen der Pachtschutzordnung entspricht, zu nehmen. Die Pächterbeisitzer werden von den Pächtern des Kreises bestimmt.

c) Bei Pachtstreitigkeiten müssen die Pachteinigungsämter angerufen werden, deren Entscheidung rechtsverbindlich ist. Als Anwälte vor den Pachteinigungsämtern sind die von den Pächtern bevollmächtigten Organisationsvertreter zuzulassen.

d) Die bei allen Verfahren entstehenden Kosten übernimmt der Staat.

2. Alle landwirtschaftlichen Pächter, die bis 20 ha Land bewirtschaften, fallen unter die Bestimmungen der Reichspachtschutzordnung.

3. Pachtverträge für die unter 2 angegebenen Pächter dürfen nicht unter 12 Jahren abgeschlossen werden. Ausnahmen können jeweils nur auf Wunsch des Pächters gemacht werden.

4. a) Dem Pächter ist verboten, gepachtetes Land zu einem höheren Preise weiter zu verpachten, er darf im Höchstfalle nur die selbstgezahlte Pachtsumme erheben.

b) Handelt der Pächter gegen die Bestimmungen zu 4, so muß das Pachteinigungsamt ihm das Land abnehmen und dem Unterpächter das Land als rechtmäßig verpachtet zusprechen.

c) Bei Todesfall der Eltern geht der Pachtvertrag ohne weiteres auf Familienangehörige über.

d) Einziehung von Pachtländereien durch den Großgrundbesitzer ist verboten.

5. Für Verbesserung an Grund und Boden (Kultivierungen usw.) erhält der Pächter vom Verpächter bei Beendigung des Pachtverhältnisses eine Entschädigung. Einigen sich Pächter und Verpächter über die Höhe der Entschädigung nicht, so entscheidet das Pachteinigungsamt endgültig.

6. Die jährliche Pacht darf 80 Prozent der Vorkriegspachten nicht übersteigen. Die Pacht ist erst am Schlusse eines jeden Erntejahres fällig.

7. Oeffentliche Versteigerung von Pachtland ist verboten. Pachtländereien sind durch die Pächterorganisationen entsprechend der Bedürftigkeit der einzelnen Pächter aufzuteilen.

Vorstehende Forderungen erfordern bereits schärfsten Kampf der Werktätigen gegen die kapitalistischen Ausbeuter, doch bedeuten sie noch nicht eine endgültige Lösung der Pachtfrage.

Dies ist erst möglich unter einer Regierung der Arbeiter und Bauern, erst wenn die Arbeiter und Bauern unter Führung der Kommunistischen Partei das kapitalistische Joch abgeschüttelt haben.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Zeitweise heiter und ziemlich kühl, ohne erhebliche Niederschläge.

Für das übrige Deutschland: Westostwärts fortschreitende Besserung der Witterung, aber nur vorübergehend.

Sprechstunden der Redaktion täglich außer Montags und Sonnabends von 12 bis 1 Uhr vormittags und ½5 bis ½6 Uhr nachmittags. Sonnabends nur eine Sprechstunde von 2 bis 3 Uhr. Montags keine Sprechstunde.

Verantwortlich: Walter Troppenz, Halle, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Krod, Halle a. d. S.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Leiterfeldstr. 14, Fernruf 21478. — Postscheckkonto Leipzig 107 905. Konto Sämtlicher Bezirks-Literatur. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Funktionäre, heute schon Literatur für den Verkauf bei den Stadtteilleitungen abholen! Werbeformulare für die Kassierung des Literaturpreises sind ebenfalls bei den Stadtteilleitungen abzuholen. Ab Freitag beginnt der Hausverkauf in unseren Buchhandlungen.

Halle. Stadtteil Norden. Heute abend 8 Uhr im „Hallsport" Fraktionssitzung des RFB., Stadtteil Norden.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Kitzen. Montag abend 8 Uhr im Lokal Versammlung. Referent: Genosse Lehnert, Halle.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Peterroda. Dienstag, den 28. Juli, abends 8 Uhr, gemeinsame Versammlung der KPD. und des RFB. Pflicht aller Genossen und Kameraden ist es, zu erscheinen.

Raschwitz. Dienstag, den 28. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Roch öffentliche Volksversammlung. Referent: Gen. Krüger, Halle.

Zeitz. Dienstag, den 28. Juli, abends 8 Uhr, in der „Herberge" außerordentliche Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Teutschenthal. Mittwoch, den 27. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung sehr wichtig. Referent: Genosse Lademann.

Unterrißdorf. Mittwoch, den 27. Juli, abends 8 Uhr, bei Genossen Heidenreich Mitgliederversammlung. Referent der BL.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung des RFB. Halle-Merseburg: Fritz Brüdner, Halle a. d. S., Große Klausstraße 18.

Sprechstunden des Gausekretariats des RFB. vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 9 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr abends. Postscheckkonto: Leipzig. Konto Nr. 14 971, Fritz Brüdner, Halle.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Abt. 3 (Ost). Kameradschaft. Montag, 25. Juli, abends 8 Uhr, außerordentliche Kameradschaftsversammlung bei Lolle, Dessauer Straße. Wichtige Tagesordnung. Gruppenführer haben einzuladen.

Halle. Dienstag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, Arbeitsgruppenführersitzung bei Möpel, Lutherberg.

Halle. Abteilung 5, Zentrum. Mittwoch, den 27. Juli, abends 8 Uhr, bei Möpel, Lutherberg, Kameradschaftsversammlung. Gruppenführer haben einzuladen.

Halle. Am Donnerstag, dem 28. Juli, beteiligen sich alle Kameraden an der Demonstration gegen den Zuhälterbesuch nach dem „Hallsport".

Halle. Abteilung 4, Norden. Mittwoch, den 27. Juli, abends 8 Uhr, Abteilungsversammlung im „Hallsport". Wichtige Tagesordnung. Erscheinen ist Pflicht.

Oppin. Mittwoch, den 27. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Herl Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Erscheinen ist Pflicht.

Jungfront

Halle. Abteilungsführer holen heute abend im Bureau Material ab.

Halle. Abt. 5 (Zentrum). Dienstag, 26. Juli, abends 8 Uhr, in der „Kette", Alter Markt, Probe. Alle Kameraden, welche dazu eingeteilt sind, haben unbedingt zu erscheinen.

Rote Jungfront. Abteilung 2, Süden. Dienstag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, bei Freundlieb Funktionärsitzung. Alles hat zu erscheinen.

Untergau Merseburg

Querfurt. Dienstag abend 8 Uhr im „Schützenhaus" Mitgliederversammlung.

Untergau Delitzsch

Dienstag, 26. Juli, in Delitzsch Untergauführungssitzung. Auch Vertreter der Roten Jungfront müssen anwesend sein.

Untergau Eilenburg

Eilenburg. Mittwoch, den 27. Juli, in Eilenburg Untergauführungssitzung. Auch die Vertreter der RJ. müssen anwesend sein.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Adresse der Gauleitung des RFMB. Halle-Merseburg: Anne Schumann, Halle a. S., Steinstraße 1 pt., bei Lichtenstein.

Bureauzeit der Gauleitung ist wie folgt: Von Montag bis Freitag nachmittags von 3 bis 6 Uhr und Sonnabends von 3 bis 5 Uhr.

Halle. Große Mitgliederversammlung am Montag, dem 25. Juli, abends 8 Uhr, im „Hallsport", Kartellzimmer. Tagesordnung: Kriegsgefahr, die Wiener Barrikadenkämpfe und unsere Aufgaben. Die Tagesordnung ist außerordentlich wichtig und muß eine jede Genossin bestimmt erscheinen.

Weißenfels. Außerordentliche Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 27. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Referentin: Genossin Anne Schumann, Halle. Das Erscheinen aller Genossinnen ist erforderlich.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands
Bezirk Halle-Merseburg

Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14

Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle (Norden). Montag wichtige Fraktionssitzung. Jeder Funktionär muß erscheinen.

Halle. Montag abend 8 Uhr im Jugendbureau Arbeitsabend für die Gruppenkassierer.

Halle, Gruppe Westen. Montag abend 8 Uhr im Jugendbureau Kaiserslangage für die Funktionäre.

Halle. Gruppe Zentrum. Montag abend ½8 Uhr Funktionärsitzung in der „Goldenen Kette", Alter Markt.

Halle. Mittwoch abend 7 Uhr auf der Peißnitz Spielen.

Ammendorf. Dienstag Gruppenabend. Wie verteidigt sich ein Proletarier vor Gericht? Referent Genosse Bradow.

Ammendorf. Dienstag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, in der „Pok" Gruppenabend. „Wie verhält sich der Proletarier vor Gericht?" — Sämtliche Genossen, welche an der Veranstaltung am 7. August im „Waihalla" teilnehmen wollen, müssen sich bis Freitag, den 29. Juli, beim Kassierer melden. — Sämtliche Theaterrollen und Berichtsbogen sind sofort abzugeben.

Schkeuditz. Mittwoch ½8 Uhr Gruppenabend im Jugendheim. „Warum sind wir in den Gewerkschaften." Referent: Genosse Rübiger.

Radefeld. Mittwoch Unterhaltungsabend.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Mittwoch 8 Uhr Versammlung im Jugendheim.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Montag um 8 Uhr alle Funktionäre zur Sitzung im Gewerkschaftshaus.

Zeitz. Dienstag Tischtennisabend.

Zeitz. Mittwoch ½8 Uhr wichtige Funktionärsitzung im Jugendheim.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Dienstag Gruppenabend im Gesellschaftshaus.

Jung-Spartakus-Bund
Bezirksleitung Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Ammendorf. Dienstag ½7 Uhr in der Burg Spiele.

Ammendorf. Mittwoch ½7 Uhr in der „Burg" Einübung der Spiele zum Kinderfest.

Bund der Freunde der JAH.
Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Telephon 29150

Halle. Montag, 25. Juli, Abfahrt des zweiten Transports nach Kelbra. Treffpunkt der Kinder und Eltern 7½ Uhr vorm. Hallmarkt.

Rote Hilfe Deutschlands
Bezirk: Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 24425

Alle hiesigen Ortsgruppen werden hiermit nochmals ersucht, die Abrechnungen beim Bezirksvorstand einzureichen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270725-15/fragment/page=0012